



Beschluss-Protokoll

der 28. und 29. Sitzung, Amtsjahr 2014-2015

Mittwoch, den 10. Dezember 2014, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

Vorsitz: *Christian Egeler, Grossratspräsident*

Protokoll: *Thomas Dähler, I. Ratssekretär*
Regine Smit, II. Ratssekretärin

Abwesende:

10. Dezember 2014, 09:00 Uhr *Christophe Haller (FDP), Salome Hofer (SP).*
28. Sitzung

10. Dezember 2014, 15:00 Uhr *Martin Gschwind (fraktionslos), Christophe Haller (FDP),*
29. Sitzung *Salome Hofer (SP), Oswald Inglin (CVP/EVP), Roland Lindner (SVP),*
Eduard Rutschmann (SVP), Daniela Stumpf (SVP).

Verhandlungsgegenstände:

1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung	2
2.	Entgegennahme der neuen Geschäfte	9
3.	Wahl eines Mitglieds der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Nachfolge Samuel Wyss, SVP)	10
4.	Wahl eines Mitglieds der Begnadigungskommission (Nachfolge Samuel Wyss, SVP)	11
5.	Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Murat Kaya, FDP)	12
6.	Wahl eines Mitglieds der Kommission für Denkmalsubventionen (Nachfolge Francisca Schiess, SP)	12
7.	Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission betreffend Kantonale Volksinitiative für bezahlbare Krankenkassenprämien im Kanton Basel-Stadt	13
8.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag zum Gesetz betreffend Förder- und Hilfeleistungen für Kinder und Jugendliche (Kinder- und Jugendgesetz, KJG)	14
9.	Ausgabenbericht betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Verein Le Bon Film (Stadtkino Basel/Landkino/Kinemathek) für die Jahre 2015 - 2018	15
10.	Ausgabenbericht betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Stiftung Haus für elektronische Künste Basel (HeK) für die Jahre 2015 - 2018	17
11.	Ratschlag betreffend Rahmenausgabenbewilligung für den Kunstkredit des Kantons Basel-Stadt für die Jahre 2015 bis 2018/21	18
12.	Ausgabenbericht betreffend Rahmenausgabenbewilligung für den gemeinsamen Fachausschuss Literatur der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft für die Jahre 2015 bis 2018/21	19

13.	Ausgabenbericht betreffend Rahmenausgabenbewilligung für die Kulturpauschale des Kantons Basel-Stadt für die Jahre 2015 bis 2018/21	21
19.	Neue Interpellationen.	23
49.	Resolution betreffend Musikerinnen und Musiker aus Drittstaaten	24
50.	Resolution betreffend dem Erlernen einer zweiten Landessprache	26
14.	Ausgabenbericht betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die GGG Ausländerberatung für die Jahre 2015 bis 2017	26
15.	Ausgabenbericht betreffend Ausrichtung der baselstädtischen Jungbürgerfeier 2015 bis 2018 und Bericht zu einem Anzug	28
16.	Ausgabenbericht betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Stiftung Frauenhaus für die Jahre 2015 bis 2016	29
17.	Ratschlag betreffend Neubau Primarschule und Doppelturnhalle Schoren und Fotovoltaikanlage	30
18.	Ausgabenbericht für die Elektrifizierung der Hochrheinstrecke. Finanzielle Beteiligung des Kantons Basel-Stadt an den Kosten der Entwurfs- und Genehmigungsplanung	31
20.	Anzüge 1 - 10	33
	Anhang A: Abstimmungsergebnisse	35
	Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisungen)	41
	Anhang C: Neue Vorstösse	44

Beginn der 28. Sitzung

Mittwoch, 10. Dezember 2014, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[10.12.14 09:01:04, MGT]

Mitteilungen

Christian Egeler, Grossratspräsident: ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen verschiedene Mitteilungen zu machen:

Neues Ratsmitglied

Ich habe die Freude, ein neues Mitglied in unserem Rat begrüssen zu dürfen.

Ruedi Vogel (SVP) nimmt den Platz des zurückgetretenen Samuel Wyss ein. Das neue Mitglied gehörte dem Grossen Rat bereits von 2007 bis 2013 an.

Ich bitte Ruedi Vogel, sich kurz von seinem Sitz zu erheben.

Ich wünsche dem neuen Mitglied für seine verantwortungsvolle Aufgabe alles Gute und heisse es hier herzlich willkommen.

Rücktritt einer Ersatzrichterin

Frau Sibylle Oser hat Ende November den Rücktritt als Ersatzrichterin am Strafgericht auf den 31. Mai 2015 erklärt.

Die gesetzliche Frist von sechs Monaten gemäss § 81a GOG wurde eingehalten.

Ich danke der Zurücktretenden für die dem Staat in dieser Funktion geleisteten Dienste. Das Geschäft geht an die Wahlvorbereitungskommission.

Todesfall

Am 22. November ist der frühere Grossratspräsident Hanspeter Müller nach langer Krankheit im hohen Alter von 95 Jahren gestorben.

Hanspeter Müller Jahre hat von 1964 - 1972 dem Grossen Rat angehört. Er war Mitglied der FDP-Fraktion, die damals noch "Radikale" hiess und wurde im Wahlkreis Ost gewählt. Beruflich war Hanspeter Müller Direktor des damaligen kantonalen Lehrerseminars. Im Amtsjahr 1971/72 hat er unser Parlament präsidiert.

Wir werden den Verstorbenen stets in gutem Andenken bewahren.

Neue Interpellationen

Es sind 6 neue Interpellationen eingegangen.

Die Interpellationen Nr. 116, 120 und 121 werden mündlich beantwortet.

Vertraulichkeitsverletzungen

Ich muss leider feststellen, dass die Zahl der Vertraulichkeitsverletzungen aus dem Kommissionsarbeit tendenziell zunimmt. Die Entwicklung ist wirklich bedauerlich, weil solche Vertraulichkeitsverletzungen die Arbeit des Parlamentes und seiner Kommissionen beeinträchtigen.

Am 13. November 2014 berichtete die Basler Zeitung zur Strassen-Initiative des VCS aus der Arbeit der UVEK. Zitat: "*Gemäss Informationen der BaZ will eine Mehrheit der UVEK den Gegenvorschlag der Regierung zur Strassen-Initiative des Verkehrs-Clubs der Schweiz (VCS) gutheissen. Ob auch die Initiative von der UVEK-Mehrheit zur Annahme empfohlen wird, steht momentan noch auf der Kippe.*"

Weiter berichtete die "Schweiz am Sonntag" am 16. November über das geplante Vorgehen der Finanzkommission bei der Rückweisung des Budgets 2015. Der inzwischen publizierte Bericht der Finanzkommission bestätigt weitgehend die Informationen, welche Valentin Kressler damals hatte.

Das Ratsbüro bedauert diese Vertraulichkeitsverletzungen. Sie zehren am Vertrauenspotenzial der parlamentarischen Kommissionen und behindern damit die Arbeit der vorberatenden Kommissionen in einem erheblichen Masse. Das Ratsbüro ist nicht bereit, diese Vertraulichkeitsverletzungen hinzunehmen und hat deshalb der Disziplinarkommission den Auftrag erteilt, den Sachverhalt im Sinne von § 62 der Geschäftsordnung abzuklären und dem Ratsbüro zu berichten.

Eine weitere Vertraulichkeitsverletzung betrifft die gemeinsame Sitzung der Ratsbüros des Landrats BL, des Parlement du Jura und des Grossen Rates am 12. November. Hier sind wir mit den benachbarten Kantonsparlamenten in Kontakt.

Jahresendempfang im Historischen Museum

Das Historische Museum lädt Sie auch dieses Jahr zu einem Jahresendempfang ein.

Er findet heute Abend ab 18.30 Uhr statt, und zwar im Museum für Wohnkultur / Haus zum Kirschgarten an der Elisabethenstrasse 27. Sie dürfen gerne in Begleitung kommen. Es besteht auch die Gelegenheit, das Museum sowie die mit Weihnachtsschmuck dekorierten Christbäume zu besichtigen.

Zolli-Kalender

Der Zolli überlässt auch dieses Jahr den Ratsmitgliedern ihren Kalender. Die Kalender liegen im Vorzimmer auf. Sie dürfen sich genau mit je einem Exemplar bedienen - auch wenn Sie zwei oder drei Enkel haben. Wir danken dem Zolli Basel ganz herzlich für diese grosszügige Geste.

Geburtstag

Joël Thüring hat am vergangenen Samstag einen Geburtstag gefeiert. Es handelt sich dabei um keinen runden im landläufigen Sinn. Diesen runden feierte er vor einem Jahr. Aber sein neues Lebensalter ist immerhin eine Primzahl und es ist inzwischen näher bei vierzig, als bei zwanzig. Joël Thüring lädt deshalb den Grossen Rat heute Morgen zum Kaffee ein.

Web-Auftritt des Grossen Rates im neuen Kleid

Vielleicht haben Sie es bereits gesehen: Die Webseite des Grossen Rates kommt seit heute Morgen in einem moderneren Kleid daher. Keine Angst: In Bezug auf die Sitemap hat nichts geändert, Sie finden also alle Dokumente und sonstigen Inhalte am gewohnten Ort.

Grosszügiger gestaltet worden ist insbesondere die Eingangsseite. Diese hat nun mehr Bildanteil, und sie hat unter anderem auch eine Plattform für Aktualitäten und historische Beiträge erhalten.

Selbstverständlich ist die Webseite auch für die mobilen Geräte angepasst worden.

Die Überarbeitung der Webseite ist in Abstimmung mit der Subkommission Öffentlichkeitsarbeit des Ratsbüros entstanden.

Tagesordnung

Antrag auf Terminierung:

Das Büro beantragt Ihnen wie üblich, das Traktandum 48, das Budget 2015, auf nächsten Mittwoch 09.00 Uhr anzusetzen. Das Geschäft wurde bereits auf der Tagesordnung so terminiert. Eine allfällige Detailberatung des Budgets wird auf nächsten Mittwoch 15.00 Uhr terminiert.

Tanja Soland, Präsidentin der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission: **beantragt**, die Detailberatung nicht zu terminieren.

Christian Egeler, Grossratspräsident: begründet den Antrag des Ratsbüros. Es ist damit zu rechnen, dass nach einer allfälligen abgelehnten Rückweisung Anträge eingereicht werden. Diese müssen zuerst von der Finanzverwaltung geprüft, dann kopiert und verteilt werden, was wohl einige Zeit dauern wird. Deshalb hat das Ratsbüro vorgeschlagen, eine Pause einzulegen und die Detailberatung auf 15.00 Uhr zu terminieren.

Abstimmung

Terminierung der Detailberatung zum Budget auf 15.00 Uhr am zweiten Sitzungstag

JA heisst Terminierung, NEIN heisst keine Terminierung.

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 46 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 775, 10.12.14 09:11:15]

Der Grosse Rat beschliesst

die Terminierung abzulehnen. Damit wird die Detailberatung anschliessend an den Entscheid über die Rückweisung durchgeführt.

Resolutionsentwürfe

Es wurden sechs Resolutionsentwürfe eingebracht. Die Entwürfe wurden Ihnen aufgelegt.

Wir diskutieren jetzt nur, ob die Resolutionsentwürfe auf die Tagesordnung zu setzen sind.

Die Redezeit beträgt dabei 5 Minuten. Am Schluss stimmen wir für jeden einzelnen Resolutionsentwurf über die Traktandierung ab.

Resolutionsentwürfe, welche auf die Tagesordnung gesetzt werden, kommen heute nach den neuen Interpellationen zur Diskussion und zur Abstimmung.

Resolution der Fraktion SP betreffend Musikerinnen und Musiker aus Drittstaaten

Anfangs September 2014 teilte das Amt für Wirtschaft und Arbeit Basel-Stadt den freischaffend tätigen Musiker/-innen die Praxisänderung hinsichtlich der Bestimmung für den Aufenthalt und Erwerbstätigkeit von Ausländer/-innen mit. In Anwendung der Bestimmungen des eidg. Ausländergesetzes vom 16. Dezember 2006 (Stand 1. Februar 2014) ist es Musiker/-innen bzw. Künstler/-innen aus Drittstaaten nicht mehr erlaubt, in der Schweiz Wohnsitz zu haben. Sie dürfen sich nur noch temporär bis maximal acht Monate im Lande aufhalten sofern sie nicht eine 75%-Anstellung bei einem Arbeitgeber haben.

Diese Regelung ist praxisfern weil es für diese hochspezialisierten Künstler/innen in der Regel kaum solche 75%-Stellen gibt. Sie bestreiten ihren Lebensunterhalt, indem sie in Teilpensen an den verschiedenen Basler Musikinstitutionen tätig sind und in Orchestern im In- und Ausland mitwirken.

Die Praxisänderung hat für die rund 55 betroffenen Künstler/-innen wie auch für Basel-Stadt einschneidende Konsequenzen. Die meisten müssen die Schweiz bis Ende August 2015 verlassen. Damit verliert die Region Basel hochqualifizierte Künstler/-innen, die zum Teil hier die Ausbildung absolvierten und für die Ausbildung zukünftiger Musiker/innen besorgt sind.

Die starre Regelung des eidg. Ausländergesetzes nimmt zu wenig Rücksicht auf die aktuellen gesellschaftlichen Begebenheiten in den jeweiligen Tätigkeitsgebieten und Branchen und es sind neben den

Künstler/-innen noch weitere Bereiche davon betroffen.

Der Grosse Rat fordert deshalb,

- dass der Regierungsrat und/oder der Bundesrat (Bundesamt für Migration) für die von der Praxisänderung betroffenen Musiker/-innen aus den Drittstaaten eine Regelung für einen Kurzaufenthalt bis mindestens Ende 2015 sucht.*
- dass sich der Regierungsrat beim Bund einsetzt und mit allen Mitteln darauf hinwirkt, dass es freischaffenden Künstler/-innen aus Drittstaaten möglich ist in der Schweiz praxisgerecht tätig zu sein.*

Resolution der Fraktion SP betreffend dem Erlernen einer zweiten Landessprache

Eines der wesentlichen Merkmale der Schweiz ist die Vielfalt der Kulturen und Sprachen. Sie bedingt ein gutes Mass an gegenseitiger Solidarität, Interesse am anderen und das Verständnis dafür, dass die gegenseitige Beachtung der eigentliche Zusammenhalt des Landes ist. Mit Sorge und Unverständnis haben wir zur Kenntnis genommen, dass in einer wachsender Zahl Kantone das Erlernen einer zweiten Landessprache nicht mehr als unverzichtbarer Lerninhalt der Primarschulen verstanden wird. Der Kanton Freiburg hat als Brückenkanton und Vermittler zwischen Sprachregionen alle Kantone aufgerufen hier zu intervenieren, damit dem frühen Erlernen einer zweiten Landessprache in allen Kantonen weiterhin bzw. erneut oberste Priorität eingeräumt wird.

Dieser Meinung schliessen wir uns an und deshalb fordert der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt die eidgenössischen Räte auf, sowohl beim Bundesrat als auch bei der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) vorstellig zu werden.

- Beim Bundesrat, um diesen aufzufordern, vermehrt in das gegenseitige Kennenlernen und Verstehen der Landeskulturen zu investieren, den Austausch zu fördern sowie das Erlernen der zweiten Landessprache in der Primarschule im Interesse des Landes zu verfolgen.*
- Bei der EDK, um diese eindringlich zu bitten, die Lücken des Erlernens der zweiten Landessprache in der Lehrerbildung sowie bei den Lehrmitteln zu schliessen als auch den Kantonen Vorschläge zu unterbreiten, wie interindividuelle Unterschiede im Sprachlernen gelöst werden könnten.*

Resolution Eric Weber für einen respektvollen Umgang miteinander

Der Grosse Rat hält fest, dass es ihm wichtig ist, dass alle Parlamentsmitglieder der Welt, auch die Basler, einen respektvollen Umgang miteinander pflegen.

Sollte es Probleme geben, dann ist es wichtig, dass ein Vermittler eingesetzt wird. Dass immer beide Seiten gehört werden. Sollte es Probleme geben, müssen diese geschlichtet werden.

Jeder Politiker hat das Recht, ein Schlichtungsgespräch zu verlangen.

Resolution Eric Weber betreffend Überbevölkerung, Überfremdung und Ausländer

Es ist wichtig, die Ängste und Sorgen der Einheimischen wahr zu nehmen. Immer mehr Basler sorgen sich um die Zukunft. Ganz oben auf ihrem Sorgenbarometer steht die Ausländer-Frage.

Weltweit ist der Basler Grosse Rat ein Parlament mit den meisten eingebürgerten Ausländern. Von unseren 100 Mitgliedern haben 25 Abgeordnete ausländische Wurzeln.

Wir Grossräte wollen als Vorbild voran gehen, dass die Integration unserer ausländischen Mitbürger gelingt. Wer sich nicht an unsere Sitten und Gebräuche hält, der hat das Land zu verlassen.

Wir legen auch grossen Wert darauf, dass man in seinem Leben keine Schulden macht. Wer Schulden macht, soll diese wieder zurück bezahlen.

Resolution Eric Weber gegen politische Verfolgung

Dem Basler Grossen Rat ist es ein Anliegen, festzustellen, dass wir gegen jegliche politische Verfolgung sind.

In der Schweiz befinden wir uns in der zweitältesten Demokratie Europas. Nur noch die Demokratie Islands ist älter als unsere.

Wir wollen in Basel alle politischen Meinungen schätzen und pflegen. Denn nur dies entspricht dem Volks- und Wähler-Willen.

Parteien, die demokratisch in das Parlament gewählt wurden, haben ein Existenz-Recht. Auch sogenannte

Minderheiten-Parteien, Ein-Themen-Parteien und Kleinstparteien.

Resolution Eric Weber wir gratulieren dem FC Basel zum Einzug ins Achtel-Final der Champions League

Der Grosse Rat gratuliert dem FC Basel für den Einzug ins Achtelfinal der Champions League.

Der Grosse Rat ist sich bewusst, dass der FC Basel das Aushängeschild für unsere Stadt ist.

Wenn man im Ausland unterwegs ist und man sagt, man kommt aus Basel, dann fällt in fast allen Gesprächen folgendes Wort: "Wir kennen Basel. Sie haben doch den FC Basel." Wir sind stolz auf unseren FC Basel.

Voten: *Martin Lüchinger (SP); Eric Weber (fraktionslos)*

Christian Egeler, Grossratspräsident: erteilt Eric Weber den ersten Ordnungsruf.

Voten: *Eric Weber (fraktionslos); Patrick Hafner (SVP); Otto Schmid (SP); Lorenz Nägelin (SVP); Patricia von Falkenstein (LDP); Beatrice Isler (CVP/EVP); André Auderset (LDP); Eric Weber (fraktionslos)*

Christian Egeler, Grossratspräsident: ermahnt Eric Weber erneut, zur Sache zu sprechen.

Voten: *Eric Weber (fraktionslos); Helmut Hersberger (FDP); Stephan Mumenthaler (FDP); Peter Bochsler (FDP); Anita Lachenmeier-Thüring (GB); Dieter Werthemann (GLP)*

Abstimmung

Resolution der SP Fraktion betreffend Musikerinnen und Musiker aus Drittstaaten

JA heisst Traktandierung, NEIN heisst keine Traktandierung

Ergebnis der Abstimmung

68 Ja, 21 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 776, 10.12.14 09:39:34]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Resolution der SP Fraktion betreffend Musikerinnen und Musiker aus Drittstaaten wird traktandiert.

Die Resolution wird als neues Traktandum 49. nach den neuen Interpellationen behandelt.

Abstimmung

Resolution der SP Fraktion betreffend dem Erlernen einer zweiten Landessprache

JA heisst Traktandierung, NEIN heisst keine Traktandierung

Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 32 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 777, 10.12.14 09:40:06]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Resolution der SP Fraktion betreffend dem Erlernen einer zweiten Landessprache wird traktandiert.

Die Resolution wird als neues Traktandum 50. nach den neuen Interpellationen behandelt.

Abstimmung

Resolution Eric Weber für einen respektvollen Umgang miteinander

JA heisst Traktandierung, NEIN heisst keine Traktandierung

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 86 Nein. [Abstimmung # 778, 10.12.14 09:40:36]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Resolution Eric Weber für einen respektvollen Umgang miteinander wird nicht traktandiert.

Abstimmung

Resolution Eric Weber Überbevölkerung, Überfremdung und Ausländer

JA heisst Traktandierung, NEIN heisst keine Traktandierung

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 93 Nein. [Abstimmung # 779, 10.12.14 09:41:25]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Resolution Eric Weber Überbevölkerung, Überfremdung und Ausländer wird nicht traktandiert.

Abstimmung

Resolution Eric Weber gegen politische Verfolgung

JA heisst Traktandierung, NEIN heisst keine Traktandierung

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 91 Nein. [Abstimmung # 780, 10.12.14 09:41:55]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Resolution Eric Weber gegen politische Verfolgung wird nicht traktandiert.

Abstimmung

Resolution Eric Weber wir gratulieren dem FC Basel zum Einzug ins Achtel-Final der Champions League

JA heisst Traktandierung, NEIN heisst keine Traktandierung

Ergebnis der Abstimmung

2 Ja, 86 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 781, 10.12.14 09:42:27]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Resolution Eric Weber "Wir gratulieren dem FC Basel zum Einzug ins Achtel-Final der Champions League" wird nicht traktandiert.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die bereinigte Tagesordnung zu genehmigen.**

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[10.12.14 09:42:52, ENG]

Zuweisungen

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Zuweisungen** gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang B zu diesem Protokoll) **zu genehmigen**.

Kenntnisnahmen

Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

von folgenden Geschäften:

- Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Stephan Gassmann und Konsorten betreffend Einrichtung einer S-Bahn-Haltestelle Solitude sowie Christian Egeler und Konsorten betreffend S-Bahnhaltestelle Morgartenring-Allschwil (stehen lassen) (BVD, 07.5322.04 08.5023.04)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Kerstin Wenk und Konsorten betreffend Kauf der Jäger- und Sandgrubenstrasse im Rosental-Areal sowie deren Öffnung für den Fuss- und Veloverkehr (stehen lassen) (BVD, 12.5258.02)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Markus Lehmann und Konsorten betreffend Teil-Verglasung der Dreirosenbrücke (stehen lassen) (BVD, 12.5315.02)
- Rücktritt von Murat Kaya als Mitglied der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission per 9. Dezember 2014 (14.5573.01)
- Wiederbesetzung einer Grossratsstelle (Rudolf Vogel anstelle von Samuel Wyss) (14.5572.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Samuel Wyss betreffend Verkehrsleitmassnahmen (BVD, 14.5383.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Beatrice Isler betreffend Reinacherstrasse (BVD, 14.5387.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Otto Schmid betreffend schädigendem Insektizid (GD, 14.5381.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Toya Krummenacher betreffend Auswirkungen der Nothilfestrukturen auf Kinder und Jugendliche (WSU, 14.5382.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Samuel Wyss betreffend Straftäter, welche aufgrund renitenten Verhaltens weder in Haft noch in der psychiatrischen Behandlung betreut werden, sondern auf freien Fuss gesetzt werden (JSD, 14.5384.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage André Auderset betreffend "Unort" Claraplatz (PD, 14.5376.02)
- Rücktritt von Danielle Kaufmann als Mitglied des Erziehungsrates per 4. Februar 2015 (14.5669.01)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend stadtteilbezogene Lärmschutzmassnahmen (WSU, 14.5360.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Einzelhandel fördern - Spielstättenflut stoppen (WSU, 14.5361.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend warum werden kriminelle Ausländer in Basel zu Schweizern gemacht? (JSD, 14.5359.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Eindämmung der Asylantenflut (JSD, 14.5362.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Populismus der immer stärker wird, was meint die Regierung dazu? (PD, 14.5329.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend hat der einfache Bürger ein Anrecht auf eine Antwort? (PD, 14.5332.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Wohnen im Alter im Kanton Basel-Stadt (PD, 14.5369.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Interessenkonflikt in der Basler Politik (PD, 14.5363.02)

- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend wie können die Stadtteile gestärkt werden (PD, 14.5371.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Kurse für Migrantinnen und Migranten 2014. Warum nur Kurse für Ausländer? (PD, 14.5373.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Demokratie statt Arroganz (PD, 14.5374.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend wen gehört das Geld im Rathausbrunnen (PD, 14.5368.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend wie viele Pressesprecher gibt es beim Kanton (PD, 14.5467.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Vermietung des Rathauses (PD, 14.5364.02)

3. Wahl eines Mitglieds der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Nachfolge Samuel Wyss, SVP)

[10.12.14 09:43:14, WA1]

Christian Egeler, Grossratspräsident: Ich beantrage Ihnen, die Wahlen in den Traktanden 3 bis 6 offen durchzuführen, sofern jeweils die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind. Dafür braucht es die Zustimmung eines Zweidrittelmehrs.

Abstimmung

Durchführung offener Wahlen in den Traktanden 3 bis 6 (Zweidrittelmehr)

JA heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

83 Ja, 1 Nein. [Abstimmung # 782, 10.12.14 09:44:03]

Der Grosse Rat beschliesst

die Wahlen in den Traktanden 3 - 6 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind.

Die Fraktion SVP nominiert **Daniela Stumpf (SVP)** als Mitglied der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission.

Gemäss § 14 der Geschäftsordnung bleibt die Fraktionszusammensetzung der Kommissionen während der gesamten Amtsdauer unverändert. Es sind deshalb nur Wahlvorschläge zulässig, welche auf Mitglieder der Fraktion SVP lauten.

Eric Weber (fraktionslos) nominiert Heiner Ueberwasser.

Heiner Ueberwasser verzichtet auf eine Wahl.

Schlussabstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

83 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 783, 10.12.14 09:45:19]

Der Grosse Rat wählt

Daniela Stumpf als Mitglied der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

4. Wahl eines Mitglieds der Begnadigungskommission (Nachfolge Samuel Wyss, SVP)

[10.12.14 09:45:40, WAH]

Die Fraktion SVP nominiert **Rudolf Vogel (SVP)** als Mitglied der Begnadigungskommission.

Eric Weber (fraktionslos) nominiert Eduard Rutschmann.

Wählbar sind Mitglieder der Fraktion SVP.

Eduard Rutschmann verzichtet auf eine Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 1 Nein. [Abstimmung # 784, 10.12.14 09:46:33]

Der Grosse Rat wählt

Rudolf Vogel als Mitglied der Begnadigungskommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

5. Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Murat Kaya, FDP)

[10.12.14 09:46:53, WAH]

Die Fraktion FDP nominiert **Luca Urgese (FDP)** als Mitglied der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission.

Eric Weber (fraktionslos) nominiert Christian Egeler.

Wählbar sind Mitglieder der Fraktion FDP.

Christian Egeler verzichtet auf eine Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

83 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 785, 10.12.14 09:47:50]

Der Grosse Rat wählt

Luca Urgese als Mitglied der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

6. Wahl eines Mitglieds der Kommission für Denkmalsubventionen (Nachfolge Francisca Schiess, SP)

[10.12.14 09:48:11, WAH]

Die Fraktion SP nominiert **Silvia Brodmann** als Mitglied der Kommission für Denkmalsubventionen.

Eric Weber (fraktionslos) nominiert Atilla Toptas.

Atilla Toptas verzichtet auf eine Wahl.

Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 1 Nein. [Abstimmung # 786, 10.12.14 09:49:06]

Der Grosse Rat wählt

Silvia Brodmann als Mitglied der Kommission für Denkmalsubventionen für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

7. Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission betreffend Kantonale Volksinitiative für bezahlbare Krankenkassenprämien im Kanton Basel-Stadt

[10.12.14 09:49:35, GSK, GD, 12.1639.03, BER]

Die Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 12.1639.03 einzutreten und die unformulierte Volksinitiative auszuformulieren.

Christian Egeler, Grossratspräsident: Da dieses Vorgehen eher selten ist, erlaube ich mir ein paar Erläuterungen.

Das Verfahren ist nicht gleich wie bei einem Gegenvorschlag. Wenn Sie nämlich der Ausformulierung zustimmen, kommt nur diese Ausformulierung zur Volksabstimmung, nicht aber die ursprünglich eingereichte Initiative.

Wenn Sie der Ausformulierung nicht zustimmen, wird die eingereichte unformulierte Initiative zur Abstimmung gebracht. Wenn diese dann von den Stimmberechtigten angenommen wird, muss der Grosse Rat eine Vorlage ausarbeiten, was wir jetzt schon gemacht haben.

Zuerst führen wir nun eine Eintretensdebatte durch und beraten dann den vorgelegten Entwurf zur Ausformulierung der Initiative.

Nach der Detailberatung entscheiden Sie in einer Schlussabstimmung, ob die beratene Ausformulierung oder die ursprüngliche unformulierte Initiative dem Volk vorgelegt wird.

Voten: *Beatriz Greuter, Präsidentin der Gesundheits- und Sozialkommission; RR Lukas Engelberger, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD)*

Fraktionsvoten

Voten: *Rolf von Aarburg (CVP/EVP); David Jenny (FDP); Sarah Wyss (SP); Eduard Rutschmann (SVP)*

Schlussvoten

Voten: *RR Lukas Engelberger, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD); Beatriz Greuter, Präsidentin der Gesundheits- und Sozialkommission*

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf den Bericht ein.

Detailberatung

Titel und Ingress

Römisch I, Volksinitiative

Ziffer 1, Änderung des Gesundheitsgesetzes

Der Kapiteltitle X.

Titel X.2.

§ 67 neu

Abs. 1

Abs. 2

Römisch II, Weitere Behandlung

Römisch III. Publikationsklausel

Römisch IV. Rechtsmittelbelehrung

Christian Egeler, Grossratspräsident: Wir kommen nun zur Schlussabstimmung über die Ausformulierung.

Wenn Sie der Ausformulierung jetzt in der Schlussabstimmung zustimmen, wird diese den Stimmberechtigten zum definitiven Entscheid vorgelegt. Wenn die Initiative vorher zurückgezogen wird, dann unterstehen die beschlossenen Änderungen des Gesundheitsgesetzes nur noch dem fakultativen Referendum

Wenn Sie die Ausformulierung jetzt ablehnen, kommt die ursprünglich eingereichte unformulierte Initiative zur Abstimmung und wir können uns dann vielleicht nächstes Jahr nochmals damit auseinandersetzen.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zur Ausformulierung (Antrag Kommission), NEIN heisst Verzicht auf Ausformulierung

Ergebnis der Abstimmung

84 Ja, 1 Nein. [Abstimmung # 787, 10.12.14 10:26:53]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung dem vorgelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Der vollständige Beschluss über die Ausformulierung der Initiative ist im Kantonsblatt Nr. 94 vom 13. Dezember 2014 publiziert.

8. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag zum Gesetz betreffend Förder- und Hilfeleistungen für Kinder und Jugendliche (Kinder- und Jugendgesetz, KJG)

[10.12.14 10:27:07, BKK, ED, 14.0743.02, BER]

Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, auf den Bericht 14.0743.02 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Voten: *Oswald Inglin, Präsident der Bildungs- und Kulturkommission; RR Lukas Engelberger, stv. Vorsteher des Erziehungsdepartementes; Franziska Reinhard (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

I. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN, §§ 1 und 2.

II. GRUNDSÄTZE, §§ 3 bis 8.

III. LEISTUNGEN DER KINDER- UND JUGENDHILFE, §§ 9 und 13.

IV. AUFGABENTEILUNG UND FINANZIERUNG, §§ 14 und 15.

V. ORGANISATION UND ZUSAMMENARBEIT, §§ 16 bis 18.

VI. PLANUNG UND DATENBEARBEITUNG, §§ 19 bis 21.

VII. SCHLUSSBESTIMMUNGEN, § 22.

Publikations- und Referendums Klausel, Wirksamkeit

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein. [Abstimmung # 788, 10.12.14 10:43:27]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung, dem Kinder- und Jugendgesetz zuzustimmen.

Dieses Gesetz ist zu publizieren. Es unterliegt dem Referendum. Es wird nach Eintritt der Rechtskraft am 1. Januar 2015 wirksam.

Das Gesetz betreffend Förder- und Hilfeleistungen für Kinder und Jugendliche (Kinder- und Jugendgesetz, KJG) ist im Kantonsblatt Nr. 94 vom 13. Dezember 2014 publiziert.

9. Ausgabenbericht betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Verein Le Bon Film (Stadtkino Basel/Landkino/Kinemathek) für die Jahre 2015 - 2018

[10.12.14 10:43:43, BKK, PD, 14.1336.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission beantragen, auf den Ausgabenbericht 14.1336.01 einzutreten und dem Verein Le Bon Film Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt Fr. 1'420'000 zu bewilligen.

Voten: *Oswald Inglin, Präsident der Bildungs- und Kulturkommission; Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidentsdepartementes (PD); Joël Thüring (SVP)*

Zwischenfrage

Voten: *Jürg Meyer (SP); Joël Thüring (SVP)*

Voten: *Martina Bernasconi (GLP); Brigitta Gerber (GB); Luca Urgese (FDP); Martin Lüchinger (SP)*

Zwischenfrage

Voten: *Joël Thüring (SVP); Martin Lüchinger (SP)*

Voten: *Sibylle Benz (SP)*

Schlussvoten

Voten: *Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidentsdepartementes (PD); Oswald Inglin, Präsident der Bildungs- und Kulturkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ausgabenbericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Antrag

Die Fraktion SVP beantragt folgende Fassung:

Als Staatsbeiträge an den Verein Le Bon Film (Stadtkino Basel/Landkino/Kinemathek) für die Jahre 2015-2018 werden Ausgaben von **Fr. 1'240'000 (jährlich Fr. 310'000)** bewilligt.

Der Regierungsrat und die Kommission beantragen:

Als Staatsbeiträge an den Verein Le Bon Film (Stadtkino Basel/Landkino/Kinemathek) für die Jahre 2015-2018 werden Ausgaben von **Fr. 1'420'000 (jährlich Fr. 355'000)** bewilligt.

Abstimmung

Änderungsantrag der Fraktion SVP

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Fraktion SVP, NEIN heisst Ablehnung des Antrags.

Ergebnis der Abstimmung

34 Ja, 55 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 789, 10.12.14 11:16:19]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag der Fraktion SVP **abzulehnen**.

Detailberatung

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

63 Ja, 19 Nein, 7 Enthaltungen. *[Abstimmung # 790, 10.12.14 11:17:07]*

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Als Staatsbeiträge an den Verein Le Bon Film (Stadtkino Basel/Landkino/Kinemathek) werden für die Jahre 2015 - 2018 Ausgaben von Fr. 1'420'000 (jährlich Fr. 355'000) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

10. Ausgabenbericht betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Stiftung Haus für elektronische Künste Basel (HeK) für die Jahre 2015 - 2018

[10.12.14 11:17:22, BKK, PD, 14.1337.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission beantragen, auf den Ausgabenbericht 14.1337.01 einzutreten und der Stiftung Haus für elektronische Künste Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt Fr. 880'000 zu bewilligen

Voten: *Oswald Inglin, Präsident der Bildungs- und Kulturkommission; Martin Lüchinger (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ausgabenbericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

81 Ja, 1 Nein. [*Abstimmung # 791, 10.12.14 11:22:49*]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Als Staatsbeiträge an die Stiftung Haus für elektronische Künste Basel (HeK) werden für die Jahre 2015 - 2018 Ausgaben von Fr. 880'000 (jährlich Fr. 220'000) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

11. Ratschlag betreffend Rahmenausgabenbewilligung für den Kunstkredit des Kantons Basel-Stadt für die Jahre 2015 bis 2018/21

[10.12.14 11:23:01, BKK, PD, 14.1462.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission beantragen, auf den Ratschlag 14.1462.01 einzutreten und Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt Fr. 2'080'000 zu bewilligen.

Voten: *Oswald Inglin, Präsident der Bildungs- und Kulturkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

80 Ja, 1 Nein. [Abstimmung # 792, 10.12.14 11:26:17]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für Staatsbeiträge an den Kunstkredit wird für die Jahre 2015 - 2018/21 eine Rahmenausgabenbewilligung von Fr. 2'080'000 erteilt, wobei Projekte im Zeitraum von 2015 bis 2018 bewilligt werden können.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

12. Ausgabenbericht betreffend Rahmenausgabenbewilligung für den gemeinsamen Fachausschuss Literatur der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft für die Jahre 2015 bis 2018/21

[10.12.14 11:26:36, BKK, PD, 14.1465.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission beantragen, auf den Ausgabenbericht 14.1465.01 einzutreten und Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 440'000 zu bewilligen.

Voten: *Oswald Inglin, Präsident der Bildungs- und Kulturkommission; Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidentsdepartementes (PD); Andrea Bollinger (SP); Martina Bernasconi (GLP)*

Besuch auf der Zuschauertribüne

Ich habe die grosse Freude und Ehre, auf der Tribüne den neuen Oberbürgermeister der Stadt Lörrach, Herrn Jörg Lutz, begrüßen zu dürfen. Herr Lutz hat anfangs Oktober die Nachfolge der langjährigen Oberbürgermeisterin Gudrun Heute-Bluhm angetreten. *[Applaus]*

Jörg Lutz studierte in Freiburg im Breisgau Jura und machte in den Folgejahren sein Referendariat am Oberlandesgericht Stuttgart. Eine Auslandsstation führte ihn in ein Anwaltsbüro nach San Francisco.

In den Jahren 1993 bis 1995 war er Rechtsberater der Verwaltung und Kommunalaufsicht im Landratsamt Lörrach. 1999 wurde er zum Bürgermeister der Gemeinde Grenzach-Wyhlen gewählt und 2007 in diesem Amt bestätigt. 2009 wurde ihm die Theodor-Heuss-Medaille für vorbildlichen Bürgerdialog in der Umsetzung der lokalen Agenda 21 verliehen.

Das Ratsbüro hatte Jörg Lutz im Rahmen seiner gelegentlichen nachbarschaftlichen Kontakte bereits vor einigen Jahren als Bürgermeister von Grenzach kennengelernt.

Ich persönlich habe ihn bei seiner Verabschiedung als Bürgermeister von Grenzach-Wyhlen kennengelernt. Grenzach-Wyhlen ist eine Sonnenterasse am Rhein und hat wirklich einiges zu bieten.

Wir danken Herr Oberbürgermeister Lutz, dass er uns heute in Basel besucht, wünschen ihm einen schönen Aufenthalt in unserer – auch schönen - Stadt und freuen uns auf gute freundnachbarschaftliche Zusammenarbeit. *[Applaus]*

Voten: *Luca Urgese (FDP)*

Zwischenfrage

Voten: *Martina Bernasconi (GLP); Luca Urgese (FDP)*

Voten: *Brigitta Gerber (GB)*

Christian Egeler, Grossratspräsident: begrüsst auf der Tribüne eine Schluklasse und bittet um etwas mehr Ruhe.

Voten: *Brigitta Gerber (GB)*

Schlussvoten

Voten: *Oswald Inglin, Präsident der Bildungs- und Kulturkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ausgabenbericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Antrag

Die Fraktion FDP beantragt, die Ausgaben von Fr. 440'000 **auf Fr. 380'000 zu reduzieren**.

Im verteilten Antrag stand irrtümlich eine Reduktion auf Fr. 425'000.

Abstimmung

Antrag der FDP auf Reduktion der Ausgaben von Fr. 440'000 auf Fr. 380'000.

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Fraktion FDP, NEIN heisst Ablehnung des Antrags

Ergebnis der Abstimmung

32 Ja, 53 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 793, 10.12.14 11:50:58]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag der Fraktion FDP **abzulehnen**.

Detailberatung

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

63 Ja, 14 Nein, 8 Enthaltungen. [Abstimmung # 794, 10.12.14 11:51:54]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für Staatsbeiträge an den Fachausschuss Literatur BS/BL wird für die Jahre 2015 - 2018/21 eine Rahmenausgabenbewilligung von Fr. 440'000 erteilt, wobei Projekte im Zeitraum von 2015 bis 2018 bewilligt werden können.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

13. Ausgabenbericht betreffend Rahmenausgabenbewilligung für die Kulturpauschale des Kantons Basel-Stadt für die Jahre 2015 bis 2018/21

[10.12.14 11:52:08, BKK, PD, 14.1464.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission beantragen, auf den Ausgabenbericht 14.1464.01 einzutreten und Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 1'200'000 zu bewilligen.

Voten: *Oswald Inglin, Präsident der Bildungs- und Kulturkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ausgabenbericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 1 Nein. [Abstimmung # 795, 10.12.14 11:55:08]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für Staatsbeiträge an die Kulturpauschale wird für die Jahre 2015 - 2018/21 eine Rahmenausgabenbewilligung von Fr. 1'200'000 erteilt, wobei Projekte im Zeitraum von 2015 bis 2018 bewilligt werden können.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Schluss der 28. Sitzung

11:55 Uhr

Beginn der 29. Sitzung

Mittwoch, 10. Dezember 2014, 15:00 Uhr

19. Neue Interpellationen.

[10.12.14 15:00:33]

Interpellation Nr. 116 Eric Weber betreffend Begnadigung von Grossrat und VA-Präsident Eric Weber

[10.12.14 15:00:33, PD, 14.5561.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *Eric Weber (fraktionslos); Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidiyaldepartementes (PD); Eric Weber (fraktionslos)*

Christian Egeler, Grossratspräsident: erteilt Eric Weber den zweiten Ordnungsruf.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 14.5561 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 117 Luca Urgese betreffend Wirkungsgrad von staatlichen und staatlich finanzierten Publikationen

[10.12.14 15:08:12, WSU, 14.5651.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 118 Mustafa Atici betreffend Standortförderung - Life Sciences als "Klumpenrisiko"?

[10.12.14 15:08:27, WSU, 14.5652.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 119 Toya Krummenacher betreffend Stellenabbau bei Syngenta in Basel

[10.12.14 15:08:44, WSU, 14.5656.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

**Interpellation Nr. 120 Joël Thüring betreffend Strafverfahren gegen mutmasslich Pädophile:
Unterschiedliche Haltung der Strafverfolgungsbehörden in Basel-Stadt und Basel-Landschaft**

[10.12.14 15:09:03, JSD, 14.5662.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD); Joël Thüring (SVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 14.5662 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 121 Felix W. Eymann betreffend Demonstration "OSZE angreifen"

[10.12.14 15:15:52, JSD, 14.5663.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD); Felix Eymann (LDP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 14.5663 ist **erledigt**.

49. Resolution betreffend Musikerinnen und Musiker aus Drittstaaten

[10.12.14 15:26:53, RES]

Die Fraktion SP hat einen Entwurf für diese Resolution aufgelegt.

Der Rat hat die Behandlung der Resolution auf die Tagesordnung gesetzt und terminiert.

Gemäss § 54 der Geschäftsordnung kann eine Resolution nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen gefasst werden.

Voten: *Martin Lüchinger (SP); Beatrice Isler (CVP/EVP); Lorenz Nägelin (SVP); Eric Weber (fraktionslos); André Auderset (LDP); Dominique König-Lüdin (SP); Patrick Hafner (SVP); Eric Weber (fraktionslos)*

Abstimmung

Verabschiedung der Resolution (Zweidrittelmehr)

JA heisst Verabschiedung der Resolution, NEIN heisst keine Verabschiedung der Resolution.

Ergebnis der Abstimmung

70 Ja, 16 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 796, 10.12.14 15:51:03]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Resolution wird verabschiedet.

Das erforderliche Zweidrittelmehr gemäss § 54 der Geschäftsordnung wurde erreicht.

Die gefasste Resolution wird ins Protokoll aufgenommen und umgehend in Form einer Medienmitteilung publiziert.

Die Resolution lautet:

Resolution der Fraktion SP betreffend Musikerinnen und Musiker aus Drittstaaten

Anfangs September 2014 teilte das Amt für Wirtschaft und Arbeit Basel-Stadt den freischaffend tätigen Musiker/-innen die Praxisänderung hinsichtlich der Bestimmung für den Aufenthalt und Erwerbstätigkeit von Ausländer/-innen mit. In Anwendung der Bestimmungen des eidg. Ausländergesetzes vom 16. Dezember 2006 (Stand 1. Februar 2014) ist es Musiker/-innen bzw. Künstler/-innen aus Drittstaaten nicht mehr erlaubt, in der Schweiz Wohnsitz zu haben. Sie dürfen sich nur noch temporär bis maximal acht Monate im Lande aufhalten sofern sie nicht eine 75%-Anstellung bei einem Arbeitgeber haben.

Diese Regelung ist praxisfern weil es für diese hochspezialisierten Künstler/-innen in der Regel kaum solche 75%-Stellen gibt. Sie bestreiten ihren Lebensunterhalt, indem sie in Teilpensen an den verschiedenen Basler Musikinstitutionen tätig sind und in Orchestern im In- und Ausland mitwirken.

Die Praxisänderung hat für die rund 55 betroffenen Künstler/-innen wie auch für Basel- Stadt einschneidende Konsequenzen. Die meisten müssen die Schweiz bis Ende August 2015 verlassen. Damit verliert die Region Basel hochqualifizierte Künstler/-innen, die zum Teil hier die Ausbildung absolvierten und für die Ausbildung zukünftiger Musiker/-innen besorgt sind.

Die starre Regelung des eidg. Ausländergesetzes nimmt zu wenig Rücksicht auf die aktuellen gesellschaftlichen Begebenheiten in den jeweiligen Tätigkeitsgebieten und Branchen und es sind neben den Künstler/-innen noch weitere Bereiche davon betroffen.

Der Grosse Rat fordert deshalb,

- dass der Regierungsrat und/oder der Bundesrat (Bundesamt für Migration) für die von der Praxisänderung betroffenen Musiker/-innen aus den Drittstaaten eine Regelung für einen Kurzaufenthalt bis mindestens Ende 2015 sucht.

- dass sich der Regierungsrat beim Bund einsetzt und mit allen Mitteln darauf hinwirkt, dass es freischaffenden Künstler/-innen aus Drittstaaten möglich ist in der Schweiz praxisgerecht tätig zu sein.

50. Resolution betreffend dem Erlernen einer zweiten Landessprache

[10.12.14 15:51:34, RES]

Die Fraktion SP hat einen Entwurf für diese Resolution aufgelegt.

Der Rat hat die Behandlung der Resolution auf die Tagesordnung gesetzt und terminiert.

Gemäss § 54 der Geschäftsordnung kann eine Resolution nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen gefasst werden.

Voten: *Otto Schmid (SP); Sibylle Benz (SP)*

Abstimmung

Verabschiedung der Resolution (Zweidrittelmehr)

JA heisst Verabschiedung der Resolution, NEIN heisst keine Verabschiedung der Resolution.

Ergebnis der Abstimmung

60 Ja, 26 Nein, 1 Enthaltung. [*Abstimmung # 797, 10.12.14 15:57:24*]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Resolution wird verabschiedet.

Das erforderliche Zweidrittelmehr gemäss § 54 der Geschäftsordnung wurde erreicht.

Die gefasste Resolution wird ins Protokoll aufgenommen und umgehend in Form einer Medienmitteilung publiziert.

Die Resolution lautet:

Resolution der Fraktion SP betreffend dem Erlernen einer zweiten Landessprache

Eines der wesentlichen Merkmale der Schweiz ist die Vielfalt der Kulturen und Sprachen. Sie bedingt ein gutes Mass an gegenseitiger Solidarität, Interesse am anderen und das Verständnis dafür, dass die gegenseitige Beachtung der eigentliche Zusammenhalt des Landes ist. Mit Sorge und Unverständnis haben wir zur Kenntnis genommen, dass in einer wachsender Zahl Kantone das Erlernen einer zweiten Landessprache nicht mehr als unverzichtbarer Lerninhalt der Primarschulen verstanden wird. Der Kanton Freiburg hat als Brückenkanton und Vermittler zwischen Sprachregionen alle Kantone aufgerufen hier zu intervenieren, damit dem frühen Erlernen einer zweiten Landessprache in allen Kantonen weiterhin bzw. erneut oberste Priorität eingeräumt wird.

Dieser Meinung schliessen wir uns an und deshalb fordert der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt die eidgenössischen Räte auf, sowohl beim Bundesrat als auch bei der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) vorstellig zu werden.

- Beim Bundesrat, um diesen aufzufordern, vermehrt in das gegenseitige Kennenlernen und Verstehen der Landeskulturen zu investieren, den Austausch zu fördern sowie das Erlernen der zweiten Landessprache in der Primarschule im Interesse des Landes zu verfolgen.

- Bei der EDK, um diese eindringlich zu bitten, die Lücken des Erlernens der zweiten Landessprache in der Lehrerbildung sowie bei den Lehrmitteln zu schliessen als auch den Kantonen Vorschläge zu unterbreiten, wie interindividuelle Unterschiede im Sprachlernen gelöst werden könnten.

14. Ausgabenbericht betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die GGG Ausländerberatung für die Jahre 2015 bis 2017

[10.12.14 15:58:31, JSSK, PD, 14.1288.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission beantragen, auf den Ausgabenbericht 14.1288.01 einzutreten und der GGG Ausländerberatung Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt Fr. 1'300'374 zu bewilligen.

Voten: *Tanja Soland, Präsidentin der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission; Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidialdepartementes (PD); Patrick Hafner (SVP); Jürg Meyer (SP)*

Eric Weber (fraktionslos): beantragt Nichteintreten und eventualiter Rückweisung an den Regierungsrat.

Abstimmung

Antrag auf Nichteintreten von Eric Weber

JA heisst Eintreten, NEIN heisst Nichteintreten

Ergebnis der Abstimmung

81 Ja, 1 Nein. [Abstimmung # 798, 10.12.14 16:14:23]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Ausgabenbericht **einzutreten**.

Abstimmung

Antrag auf Rückweisung von Eric Weber

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 83 Nein. [Abstimmung # 799, 10.12.14 16:15:18]

Der Grosse Rat beschliesst

den Rückweisungsantrag **abzulehnen**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Antrag

Die SVP beantragt die Streichung von Ziffer 3 (jährlich Fr. 40'000) mit nachstehenden Kostenfolgen:

Ausgaben insgesamt: **Fr. 1'180'374**, jährlicher Gesamtbeitrag (inkl. Teuerungsausgleich) **Fr. 393'458**

Die Kommission beantragt:

Ausgaben insgesamt: **Fr. 1'300'374**, jährlicher Gesamtbeitrag (inkl. Teuerungsausgleich) **Fr. 433'458**

Abstimmung

Antrag der Fraktion SVP auf Streichung von Ziffer 3 (jährlich Fr. 40'000)

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Fraktion SVP, NEIN heisst Ablehnung des Antrags

Ergebnis der Abstimmung

15 Ja, 68 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 800, 10.12.14 16:16:28]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag der Fraktion SVP **abzulehnen**.

Detailberatung

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

76 Ja, 4 Nein, 6 Enthaltungen. [Abstimmung # 801, 10.12.14 16:17:17]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für den Staatsbeitrag an die GGG Ausländerberatung werden für die Jahre 2015 - 2017 Ausgaben in der Höhe von Fr. 1'300'374 (inkl. Teuerungsausgleich basierend auf der Prognose vom Juli 2014) bewilligt. Der jährliche Staatsbeitrag setzt sich wie folgt zusammen:

1. Abgeltung Fr. 390'000 p.a.
2. Teuerungsausgleich auf Abgeltung (gemäss Prognose) Fr. 3'458 p.a.
3. Finanzhilfe für Projekte und Veranstaltungen (nicht indexiert) Fr. 40'000 p.a.

Gesamtbeitrag (inkl. Teuerungsausgleich) Fr. 433'458 p.a.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

15. Ausgabenbericht betreffend Ausrichtung der baselstädtischen Jungbürgerfeier 2015 bis 2018 und Bericht zu einem Anzug

[10.12.14 16:17:32, JSSK, PD, 14.1436.02 11.5055.03, ABE]

Der Regierungsrat und die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission beantragen, auf den Ausgabenbericht 14.1436.02 einzutreten und Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 400'000 zu bewilligen.

Voten: *Tanja Soland, Präsidentin der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission; Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidiyaldepartementes (PD); Toni Casagrande (SVP); Emmanuel Ullmann (GLP); Danielle Kaufmann (SP); Raoul Furlano (LDP); Ernst Mutschler (FDP); Eric Weber (fraktionslos); Patrick Hafner (SVP); Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidiyaldepartementes (PD)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ausgabenbericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

76 Ja, 8 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 802, 10.12.14 16:46:55]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Ausrichtung der baselstädtischen Jungbürgerfeier von 2015 bis 2018 werden Ausgaben in der Höhe von Fr. 400'000 (Fr. 100'000 p.a.) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Der Regierungsrat und die JSSK beantragen, den Anzug Emmanuel Ullmann und Konsorten betreffend "Jungbürgerfeier für 18-jährige Ausländer, die in Basel geboren und aufgewachsen sind" (11.5055) als erledigt abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 11.5055 ist **erledigt**.

16. Ausgabenbericht betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Stiftung Frauenhaus für die Jahre 2015 bis 2016

[10.12.14 16:47:42, JSSK, JSD, 14.1388.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission beantragen, auf den Ausgabenbericht 14.1388.01 einzutreten und der Stiftung Frauenhaus Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt Fr. 1'000'000 zu bewilligen.

Voten: *Tanja Soland, Präsidentin der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission; Nora Bertschi (GB); Ursula Metzger (SP); RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ausgabenbericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

77 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 803, 10.12.14 16:56:33]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für Staatsbeiträge an die Stiftung Frauenhaus werden für die Jahre 2015 und 2016 Ausgaben von Fr. 1'000'000 (Fr. 500'000 pro Jahr, zuzüglich allfälliger Teuerung) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

17. Ratschlag betreffend Neubau Primarschule und Doppeltturnhalle Schoren und Fotovoltaikanlage

[10.12.14 16:56:47, BRK BKK, BVD, 14.0691.01, RAT]

Der Regierungsrat, die Bau- und Raumplanungskommission und auch die Bildungs- und Kulturkommission beantragen, auf den Ratschlag 14.0691.01 einzutreten und Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 23'100'000 zu bewilligen sowie eine Widmung vorzunehmen.

Voten: *Conradin Cramer, Präsident der Bau- und Raumplanungskommission; Oswald Inglin, Präsident der Bildungs- und Kulturkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Ziffer 1, Ausgabenbewilligung

Alinea 1

Alinea 2

Alinea 3

Ziffer 2, Widmung (die Wirksamkeit tritt am 1. Januar 2015 ein und nicht am 1. Juli 2014)

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

76 Ja, 1 Nein. [Abstimmung # 804, 10.12.14 17:04:09]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1. Für den Neubau Primarschule Schoren und Doppeltturnhalle, für die Projektierung und Erstellung einer Fotovoltaikanlage sowie für die Möblierung werden einmalige Ausgaben in der Höhe von Fr. 23'100'000 bewilligt. Diese Ausgaben teilen sich wie folgt auf:
 - Fr. 21'790'000 für den Neubau der Schulanlage zu Lasten Investitionsbereich 4 "Hochbauten im Verwaltungsvermögen, Teil Bildung" (Immobilien Basel-Stadt, Baupreisindex Nordwestschweiz Hochbau, April 2013 103.2 Pkte.)
 - Fr. 140'000 für die Projektierung und Erstellung von Fotovoltaikanlagen zu Lasten Investitionsbereich 4 "Hochbauten im Verwaltungsvermögen, Teil Bildung" (Immobilien Basel-Stadt)
 - Fr. 1'170'000 neues Mobiliar der Schulanlage zu Lasten Investitionsbereich 6 "Bildung" (Erziehungsdepartement)
2. Eine Fläche von rund 5'645 m² auf der Parzelle 508 in Sektion 7 am Schorenweg ist vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen zu übertragen (Wirksamkeit per 1. Januar 2015).

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

18. Ausgabenbericht für die Elektrifizierung der Hochrhein-Strecke. Finanzielle Beteiligung des Kantons Basel-Stadt an den Kosten der Entwurfs- und Genehmigungsplanung

[10.12.14 17:04:24, RegioKo, BVD, 14.1350.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Regiokommission beantragen, auf den Ausgabenbericht 14.1350.01 einzutreten und Ausgaben in der Höhe von maximal Fr. 1'400'000 zu bewilligen.

Voten: *Emmanuel Ullmann, Präsident der Regiokommission*

Fraktionsvoten

Heinrich Ueberwasser (SVP): beantragt Rückweisung an den Regierungsrat.

Voten: *Jörg Vitelli (SP); Heiner Vischer (LDP)*

Einzelvoten

Voten: *Felix Meier (CVP/EVP); Anita Lachenmeier-Thüring (GB)*

Schlussvoten

Voten: *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD); Emmanuel Ullmann, Präsident der Regiokommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ausgabenbericht **einzutreten**.

Abstimmung

Rückweisungsantrag Heiner Ueberwasser

JA heisst Zustimmung zum Rückweisungsantrag, NEIN heisst Ablehnung des Rückweisungsantrags

Ergebnis der Abstimmung

11 Ja, 64 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 805, 10.12.14 17:39:11]

Der Grosse Rat beschliesst

den Rückweisungsantrag **abzulehnen**.

Detailberatung

Titel und Ingress. Hier ist ein Fehler im Beschlussentwurf: das Geschäft war bei der Regiokommission, nicht bei der UVEK

Ziffer 1, Kostenbeteiligung

Ziffer 2, Ermächtigung zur Planungsvereinbarung

Eine Publikationsklausel fehlt im Beschlussentwurf: der Beschluss wird selbstverständlich im Kantonsblatt publiziert.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

68 Ja, 5 Nein, 6 Enthaltungen. [Abstimmung # 806, 10.12.14 17:40:26]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1. Der Kanton Basel-Stadt beteiligt sich mit maximal 10% an den Gesamtkosten der Entwurfs- und Genehmigungsplanung. Dafür werden Ausgaben von maximal Fr. 1'400'000 zu Lasten des Investitionsbereichs "Öffentlicher Verkehr" bewilligt (Bau- und Verkehrsdepartement, Mobilität).
2. Der Regierungsrat wird ermächtigt, eine entsprechenden Interreg-Vereinbarung wie auch eine Planungs- und Finanzierungsvereinbarung zur Beauftragung der DB-Gesellschaften für die Entwurfs- und Genehmigungsplanung im Namen des Kantons Basel-Stadt zu unterzeichnen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

20. Anzüge 1 - 10

[10.12.14 17:40:43]

1. Anzug Peter Bochsler und Konsorten betreffend Fernbuslinien in Basel

[10.12.14 17:40:43, BVD, 14.5510.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 14.5510 entgegenzunehmen.

Eric Weber (fraktionslos): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Peter Bochsler (FDP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 5 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 807, 10.12.14 17:47:21]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug 14.5510 einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu **überweisen**.

2. Anzug Remo Gallacchi und Konsorten betreffend Beschränkung der Anzahl Vorstösse pro Sitzungstag

[10.12.14 17:47:39, Ratsbüro, 14.5520.01, NAE]

Das Ratsbüro ist nicht bereit, den Anzug 14.5520 entgegenzunehmen.

Christian Egeler, Grossratspräsident: Erlauben Sie mir eine Vorbemerkung: wir werden wahrscheinlich ein paar Minuten überziehen. Ich beabsichtige aber, diesen Anzug noch zu Ende zu beraten.

Voten: *Eric Weber (fraktionslos); David Jenny (FDP); Lorenz Nägelin (SVP); Remo Gallacchi (CVP/EVP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

12 Ja, 55 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 808, 10.12.14 17:56:17]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 14.5520 ist **erledigt**.

Mitteilungen

Rücktritt aus dem Erziehungsrat

Danielle Kaufmann hat den Rücktritt als Erziehungsrätin auf den 4. Februar 2015 erklärt.

Ich danke der Zurücktretenden für die dem Staat in dieser Funktion geleisteten Dienste. Die Ersatzwahl findet am 5. Februar statt.

Schluss der 29. Sitzung

17:58 Uhr

Basel, 10. Dezember 2014

Christian Egeler
Grossratspräsident

Thomas Dähler
I. Ratssekretär

Sitz	Abstimmungen 803 - 808	803	804	805	806	807	808
1	Beatriz Greuter (SP)	J	J	N	J	J	N
2	Sibylle Benz (SP)	E	J	N	J	J	N
3	Philippe Machereel (SP)	J	J	N	J	J	N
4	Dominique König (SP)	J	J	A	A	J	N
5	Ursula Metzger (SP)	J	J	N	J	J	N
6	Otto Schmid (SP)	J	J	N	J	J	N
7	Thomas Gander (SP)	J	J	N	J	J	N
8	René Brigger (SP)	J	J	N	J	J	A
9	Christophe Haller (FDP)	A	A	A	A	A	A
10	Ernst Mutschler (FDP)	A	J	N	J	J	N
11	Erich Bucher (FDP)	J	J	N	J	J	N
12	Murat Kaya (FDP)	J	J	A	A	A	A
13	David Jenny (FDP)	J	J	N	J	J	N
14	Patrick Hafner (SVP)	A	A	J	N	J	N
15	Lorenz Nägelin (SVP)	J	J	J	N	J	N
16	Roland Lindner (SVP)	A	A	A	A	A	A
17	Bruno Jagher (SVP)	J	J	E	J	J	N
18	Michael Wüthrich (GB)	J	J	N	J	E	N
19	Patrizia Bernasconi (GB)	J	J	N	J	N	N
20	Elisabeth Ackermann (GB)	J	J	N	J	N	E
21	Raoul Furlano (LDP)	J	J	N	J	A	N
22	Patricia von Falkenstein (LDP)	J	J	N	J	J	N
23	Michael Koechlin (LDP)	J	J	N	J	A	N
24	Oswald Inglin (CVP/EVP)	J	J	A	A	A	J
25	Beatrice Isler (CVP/EVP)	J	J	J	N	J	J
26	Aeneas Wanner (GLP)	A	A	N	J	J	N
27	Dieter Werthemann (GLP)	J	J	N	J	A	N
28	Ruedi Rechsteiner (SP)	J	A	N	J	A	N
29	Daniel Goepfert (SP)	J	A	A	A	A	A
30	Tobit Schäfer (SP)	A	A	A	A	A	A
31	Jörg Vitelli (SP)	J	J	N	J	E	N
32	Jürg Meyer (SP)	J	J	N	J	J	N
33	Brigitte Heilbronner (SP)	J	J	N	J	A	N
34	Andrea Bollinger (SP)	J	J	N	J	A	A
35	Toya Krummenacher (SP)	J	J	N	J	J	N
36	Stephan Luethi (SP)	J	J	N	J	A	N
37	Leonhard Burckhardt (SP)	J	J	N	J	J	A
38	Seyit Erdogan (SP)	J	J	N	J	J	N
39	Danielle Kaufmann (SP)	J	A	A	A	A	A
40	Christian von Wartburg (SP)	J	J	N	J	A	N
41	Daniela Stumpf (SVP)	A	A	A	A	A	A
42	Alexander Gröflin (SVP)	A	A	J	E	J	N
43	Andreas Ungricht (SVP)	J	J	J	N	A	A
44	Joël Thüring (SVP)	J	J	A	A	A	A
45	Michel Rusterholtz (SVP)	J	J	J	E	J	N
46	Sibel Arslan (GB)	A	A	A	A	A	A
47	Brigitta Gerber (GB)	J	A	N	J	A	N
48	Anita Lachenmeier (GB)	J	J	N	J	N	N
49	Eveline Rommerskirchen (GB)	J	J	N	J	A	N
50	Nora Bertschi (GB)	J	J	A	J	N	N
51	Stephan Mumenthaler (FDP)	J	J	A	A	A	A
52	Christian Egeler (FDP)	P	P	P	P	P	P

Sitz	Abstimmungen 803 - 808	803	804	805	806	807	808
53	Luca Urgese (FDP)	J	J	N	J	J	N
54	Christine Wirz (LDP)	J	J	N	J	J	A
55	Heiner Vischer (LDP)	J	J	N	J	J	A
56	Thomas Müry (LDP)	J	J	N	J	J	J
57	Felix Meier (CVP/EVP)	J	A	J	E	A	J
58	Helen Schai (CVP/EVP)	J	J	N	J	J	J
59	Andrea Knellwolf (CVP/EVP)	J	J	N	J	J	J
60	Emmanuel Ullmann (GLP)	J	J	N	J	E	A
61	Martina Bernasconi (GLP)	J	J	N	J	J	N
62	Mustafa Atici (SP)	J	J	N	J	J	N
63	Tanja Soland (SP)	J	J	N	J	J	N
64	Martin Lüchinger (SP)	J	J	N	J	J	N
65	Gülsen Oeztürk (SP)	J	J	N	J	J	N
66	Kerstin Wenk (SP)	A	A	N	J	A	A
67	Atilla Toptas (SP)	J	J	N	J	J	E
68	Franziska Reinhard (SP)	A	A	A	A	A	A
69	Sarah Wyss (SP)	J	J	N	J	J	A
70	Georg Mattmüller (SP)	J	J	N	J	J	N
71	Pascal Pfister (SP)	J	J	N	J	J	N
72	Mirjam Ballmer (GB)	J	J	N	J	E	N
73	Heidi Mück (GB)	J	J	N	J	A	N
74	Urs Müller (GB)	J	J	N	J	A	N
75	Talha Ugur Camlibel (GB)	J	J	N	J	J	N
76	Rudolf Vogel (SVP)	J	J	J	N	J	N
77	Karl Schweizer (SVP)	A	A	A	A	A	A
78	Oskar Herzig (SVP)	J	J	J	E	A	A
79	Toni Casagrande (SVP)	A	J	A	A	A	A
80	Peter Bochsler (FDP)	J	J	N	J	J	N
81	Mark Eichner (FDP)	J	J	N	J	J	N
82	Roland Vöggtli (FDP)	A	J	A	A	A	A
83	Felix Eymann (LDP)	A	J	A	A	A	A
84	André Auderset (LDP)	A	A	N	J	A	J
85	Remo Gallacchi (CVP/EVP)	J	A	E	E	J	J
86	Pasqualine Gallacchi (CVP/EVP)	A	A	J	J	J	J
87	Eric Weber (fraktionslos)	N	N	E	E	J	N
88	Martin Gschwind (fraktionslos)	A	A	A	A	A	A
89	Salome Hofer (SP)	A	A	A	A	A	A
90	Franziska Roth (SP)	J	J	N	J	J	N
91	Eduard Rutschmann (SVP)	A	A	A	A	A	A
92	Heinrich Ueberwasser (SVP)	J	J	J	J	E	N
93	Conradin Cramer (LDP)	J	J	N	J	J	N
94	Thomas Strahm (LDP)	J	J	N	J	J	N
95	Andreas Zappalà (FDP)	J	J	N	J	J	N
96	Annemarie Pfeifer (CVP/EVP)	J	J	N	J	J	J
97	Rolf von Aarburg (CVP/EVP)	J	J	N	J	J	J
98	Thomas Grossenbacher (GB)	J	J	N	J	N	A
99	Katja Christ (GLP)	J	J	N	J	A	A
100	Helmut Hersberger (FDP)	J	J	N	J	A	J
J	JA	77	76	11	68	51	12
N	NEIN	1	1	64	5	5	55
E	ENTHALTUNG	1	0	3	6	5	2
A	ABWESEND	20	22	21	20	38	30
P	PRÄSIDIUM (stimmt nicht mit)	1	1	1	1	1	1
	Total	100	100	100	100	100	100

Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisung)

	Komm.	Dep.	Dokument
Direkt auf die Tagesordnung kommen			
1. Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission betreffend Kantonale Volksinitiative für bezahlbare Krankenkassenprämien im Kanton Basel-Stadt	GSK	GD	12.1639.03
2. Ratschlag betreffend Rahmenausgabenbewilligung für den Kunstkredit des Kantons Basel-Stadt für die Jahre 2015 bis 2018/21	BKK	PD	14.1462.01
3. Ausgabenbericht betreffend Rahmenausgabenbewilligung für den gemeinsamen Fachausschuss Literatur der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft für die Jahre 2015 bis 2018/21	BKK	PD	14.1465.01
4. Ausgabenbericht betreffend Rahmenausgabenbewilligung für die Kulturpauschale des Kantons Basel-Stadt für die Jahre 2015 bis 2018/21	BKK	PD	14.1464.01
5. Bericht des Regierungsrates zu zwei Vorgezogenen Budgetpostulaten sowie zu einem Planungsantrag		FD	14.0084.01 14.5015.02 13.5524.02 06.5327.04
6. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Oskar Herzig und Konsorten betreffend steuerliche Anreize für Unternehmen, welche sich neu im Kanton Basel-Stadt ansiedeln wollen		FD	12.5303.02
7. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend öffentliches Veloverleihsystem		BVD	07.5326.04
8. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Salome Hofer und Konsorten betreffend Ausbau der Veloroute Riehen - Basel auf Stadtgebiet		BVD	10.5107.03
9. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Aufbau eines Velobahn-Netzes		BVD	10.5111.03
10. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Helen Schai-Zigerlig und Konsorten betreffend Öffnung der Kornhausgasse und Cityring-Querung für Velos		BVD	10.5290.03
11. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Esther Weber Lehner und Konsorten betreffend Schulsozialarbeit an der Volksschule Basel		ED	07.5358.04
12. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug der Regiokommission betreffend (sprach)grenzüberschreitende Praktikas zur Talentförderung in der Berufsbildung		ED	12.5318.02
Überweisung an Kommissionen			
13. Ratschlag Staatsbeitrag an den Verein für Kinderbetreuung Basel betreffend Mütter- und Väterberatung Basel-Stadt für die Jahre 2015 bis 2018	BKK	ED	14.1151.01
14. Ratschlag Rahmenausgabenbewilligung für den gemeinsamen Fachausschuss Audiovision und Multimedia der Kantone BS und BL für die Jahre 2015 bis 2018/21	BKK	PD	14.1463.01
15. Ausgabenbericht betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an das Zentrum Selbsthilfe für die Jahre 2015 bis 2018	GSK	GD	14.0960.01
16. Petition P332 "Für Massnahmen gegen die Wohnungsnot"	PetKo		14.5571.01
17. Ratschlag zur Erstellung des öffentlichen Platzes „Stadtterminal“ auf der Erlenmatt mit Räumlichkeiten für Jugendliche	UVEK	BVD	14.1083.01
18. Ratschlag Areal Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Zonenänderung, Bbauungsplan	BRK	BVD	14.1588.01
19. Rücktritt von Sibylle Oser als Ersatzrichterin am Strafgericht per 31. Mai 2015	WVKo		14.5655.01

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

20. Motionen:

- | | | | |
|----|--|--|------------|
| 1. | Stephan Mumenthaler und Konsorten betreffend der Einführung von Kinderbetreuungsgutscheinen (Modell Luzern) | | 14.5564.01 |
| 2. | Alexander Gröflin und Konsorten betreffend gesetzliche Grundlage im Sozialhilfegesetz zur Benützung von Fahrzeugen | | 14.5565.01 |
| 3. | Mark Eichner und Konsorten Erhöhung der Abzugsfähigkeit der familienergänzenden Kinderbetreuungskosten | | 14.5642.01 |
| 4. | André Auderset und Konsorten betreffend konsequente Bestrafung von Verletzungen der Toleranzzonen | | 14.5643.01 |

21. Anzüge:

- | | | | |
|----|--|--|------------|
| 1. | Beatrice Isler und Konsorten betreffend Bau Parking Erdbeergraben | | 14.5566.01 |
| 2. | Erich Bucher und Konsorten betreffend effektive und kosteneffiziente Tagesstrukturen | | 14.5563.01 |
| 3. | André Auderset betreffend Verlegung der Toleranzzonen | | 14.5644.01 |

- | | | | |
|-----|---|--------------|------------|
| 22. | Bericht der Petitionskommission zur Petition P320 "Verkehrtes Verkehrskonzept Gundeli - nein danke!" | PetKo | 13.1672.02 |
| 23. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Rolf von Aarburg und Konsorten betreffend Numerus clausus trotz Ärztemangel | ED | 10.5078.03 |
| 24. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Tanja Soland und Konsorten betreffend Nutzung des Sparpotentials der Tagesschulen | ED | 12.5121.02 |

Kenntnisnahme

- | | | | |
|-----|--|-----|--------------------------|
| 25. | Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Stephan Gassmann und Konsorten betreffend Einrichtung einer S-Bahn-Haltestelle Solitude sowie Christian Egeler und Konsorten betreffend S-Bahnhaltestelle Morgartenring-Allschwil (stehen lassen) | BVD | 07.5322.04
08.5023.04 |
| 26. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Kerstin Wenk und Konsorten betreffend Kauf der Jäger- und Sandgrubenstrasse im Rosental-Areal sowie deren Öffnung für den Fuss- und Veloverkehr (stehen lassen) | BVD | 12.5258.02 |
| 27. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Markus Lehmann und Konsorten betreffend Teil-Verglasung der Dreirosenbrücke (stehen lassen) | BVD | 12.5315.02 |
| 28. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Samuel Wyss betreffend Verkehrsleitmassnahmen | BVD | 14.5383.02 |
| 29. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Beatrice Isler betreffend Reinacherstrasse | BVD | 14.5387.02 |
| 30. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Otto Schmid betreffend schädigendem Insektizid | GD | 14.5381.02 |
| 31. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Toya Krummenacher betreffend Auswirkungen der Nothilfestrukturen auf Kinder und Jugendliche | WSU | 14.5382.02 |
| 32. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Samuel Wyss betreffend Straftäter, welche aufgrund renitenten Verhaltens weder in Haft noch in der psychiatrischen Behandlung betreut werden, sondern auf freien Fuss gesetzt werden | JSD | 14.5384.02 |
| 33. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage André Auderset betreffend „Unort“ Claraplatz | PD | 14.5376.02 |
| 34. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend stadtteilbezogene Lärmschutzmassnahmen | WSU | 14.5360.02 |
| 35. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Einzelhandel fördern - Spielstättenflut stoppen | WSU | 14.5361.02 |

36.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend warum werden kriminelle Ausländer in Basel zu Schweizern gemacht?	JSD	14.5359.02
37.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Eindämmung der Asylantenflut	JSD	14.5362.02
38.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Populismus der immer stärker wird, was meint die Regierung dazu?	PD	14.5329.02
39.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend hat der einfache Bürger ein Anrecht auf eine Antwort?	PD	14.5332.02
40.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Wohnen im Alter im Kanton Basel-Stadt	PD	14.5369.02
41.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Interessenkonflikt in der Basler Politik	PD	14.5363.02
42.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend wie können die Stadtteile gestärkt werden	PD	14.5371.02
43.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Kurse für Migrantinnen und Migranten 2014. Warum nur Kurse für Ausländer?	PD	14.5373.02
44.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Demokratie statt Arroganz	PD	14.5374.02
45.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend wen gehört das Geld im Rathausbrunnen	PD	14.5368.02
46.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend wie viele Pressesprecher gibt es beim Kanton	PD	14.5467.02
47.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Vermietung des Rathauses	PD	14.5364.02
48.	Rücktritt von Murat Kaya als Mitglied der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission per 9. Dezember 2014		14.5573.01
49.	Wiederbesetzung einer Grossratsstelle (Rudolf Vogel anstelle von Samuel Wyss)		14.5572.02
50.	Rücktritt von Danielle Kaufmann als Mitglied des Erziehungsrates per 4. Februar 2015		14.5669.01

Anhang C: Neue Vorstösse

Motionen

1. Motion betreffend der Einführung von Kinderbetreuungsgutscheinen (Modell Luzern)

14.5564.01

"Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf"

Die Unterzeichnenden fordern Rahmenbedingungen für die familienergänzende Kinderbetreuung, die es allen Einwohnerinnen und Einwohnern ermöglicht, den Wunsch nach Kindern und die Ausübung einer - finanziell lohnenden und zukunftssträchtigen - Berufstätigkeit zu vereinbaren. Nur so kann die Wahlfreiheit bezüglich der Familienform gewährleistet und den aktuellen Herausforderungen des Arbeitsmarktes begegnet werden.

Zwischen 2005 und 2013 hat sich die Zahl extern betreuter Kinder in Basel-Stadt von rund 2'500 auf rund 5'000 verdoppelt. Dabei lag der Anteil an subventionierten Plätzen zwischen 60-65%. Der Trend ist klar. Die externe Kinderbetreuung gewinnt an Bedeutung. Entsprechend wichtig ist, dass Finanzierung und Vermittlung der subventionierten Betreuungsplätze effizient und bedürfnisgerecht erfolgen.

Das "Modell Luzern" zeigt, dass in diesem Zusammenhang in Basel-Stadt Handlungsbedarf besteht. Im Kanton Basel-Stadt werden die Anbieter externer Kinderbetreuung mit Pauschalbeträgen finanziert und die subventionierten Plätze durch die Vermittlungsstelle Tagesheime vermittelt (Infras, 2013). Die Elternbefragung Tagesheime Basel-Stadt 2014 zeigt, dass die Zufriedenheit mit diesem System im Vergleich zu anderen untersuchten Indikatoren tief ist. Die heutige Anbieterfinanzierung und Fremdvermittlung führt zum einen dazu, dass die Eltern (Nachfrage) kaum einen Einfluss auf das Angebot an externer Kinderbetreuung haben. Zum anderen ist die Fremdbestimmung für die Eltern beträchtlich. Die Auswahl des Tagesheims und der Zeitpunkt der Vermittlung sind häufig bis kurz vor dem Wiedereinstieg der Frau ins Berufsleben ungewiss. Diese Situation ist im Hinblick auf die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie unglücklich.

Das "Modell Luzern", welches 2009 in Luzern als Pilot und 2013 von 75% der Stimmbevölkerung gutgeheissen wurde, bietet hier eine erprobte und einfache Lösung. Die Finanzierung der subventionierten Betreuungsplätze erfolgt in Luzern seit 2013 nicht mehr über die Tagesheime (sog. Anbieter- oder Objektfinanzierung) sondern über Betreuungsgutscheine (sog. Subjektfinanzierung). Das Verwaltungsmodell ist einfach. In einem ersten Schritt suchen sich die Eltern einen Betreuungsplatz. Eine öffentliche Stelle unterstützt hier nach Bedarf. In einem zweiten Schritt stellen die Eltern beim zuständigen Amt einen Mitfinanzierungsantrag. In einem dritten Schritt bestätigt das zuständige Amt den Eltern Gutscheinanrecht und -höhe. Die Resultate des Luzerner Modells sind beeindruckend (Wyrsh, 2014): Wartezeiten und Wartelisten gibt es nicht mehr; bei gleichem Subventionsbeitrag konnte der Anteil an subventionierten Plätzen um 12% gesteigert werden.

Aufgrund dieses starken Leistungsausweises des "Modells Luzern" fordern die Motionäre den Regierungsrat auf, im Rahmen eines 2-3-jährigen Pilots ab 2016 den schrittweisen Übergang zum Luzerner Modell in Basel-Stadt einzuleiten. Die hierfür nötigen gesetzlichen Rahmenbedingungen sind zu schaffen.

Stephan Mumenthaler, Mark Eichner, Thomas Strahm, Ernst Mutschler, Erich Bucher, Martina Bernasconi, David Jenny, Katja Christ, Andreas Zappalà, Luca Urgese, Emmanuel Ullmann, Karl Schweizer, Joël Thüring, Conradin Cramer, Helmut Hersberger, Andrea Knellwolf

2. Motion betreffend gesetzliche Grundlage im Sozialhilfegesetz zur Benützung von Fahrzeugen

14.5565.01

Seit 1.1.2011 verbietet der Kanton Basel-Stadt in einer Weisung der Sozialhilfe Basel Sozialhilfebezügern den Besitz eines Autos. Seitdem deckt der Grundbedarf der Sozialhilfe kein Auto. Personen, die sich bei der Sozialhilfe anmeldeten, mussten die Kontrollschilder abgeben.

Das Appellationsgericht hat in seinem Urteil vom 6. August 2014 festgehalten, dass "der angefochtenen Weisung eine gesetzliche Grundlage fehlt". Die Verkehrsausgabenpositionen im Grundbedarf der SKOS-Richtlinien bezeichnen ausdrücklich den öffentlichen Nahverkehr sowie den Unterhalt von Velo oder Mofa, nicht aber den Unterhalt eines Autos.

Die Sozialhilfe Basel-Stadt hat bisher die Benutzung eines Fahrzeuges für nicht notwendig erachtet. Dieser Regelung fehlte offenbar die gesetzliche Grundlage, welche hiermit geschaffen werden soll.

Aus diesem Grunde wird der Regierungsrat gebeten, das Sozialhilfegesetz wie folgt zu ergänzen:

Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger dürfen während der Zeit ihrer Fürsorgeabhängigkeit keine Fahrzeuge besitzen oder zu Eigentum erwerben dürfen. Bei Zuwiderhandlung erfolgt eine Leistungskürzung um die Summe der errechneten Kosten des Autos.

Ausnahmen können bewilligt werden, wenn das Auto zur Generierung eines eigenen Erwerbseinkommens und damit zur Senkung der Sozialhilfeunterstützung führt oder aus gesundheitlichen Gründen (Krankheit oder Behinderung) benötigt wird.

Alexander Gröflin, Urs Müller-Walz, Remo Gallacchi, Luca Urgese, Patricia von Falkenstein, Dieter Werthemann, Joël Thüring, Michael Wüthrich, Bruno Jagher

3. Motion betreffend Erhöhung der Abzugsfähigkeit der familienergänzenden Kinderbetreuungskosten

14.5642.01

„Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf“

Die Unterzeichnenden fordern Rahmenbedingungen für die familienergänzende Kinderbetreuung, die es allen Einwohnerinnen und Einwohnern ermöglicht, den Wunsch nach Kindern und die Ausübung einer - finanziell lohnenden und zukunftssträchtigen - Berufstätigkeit zu vereinbaren. Nur so kann die Wahlfreiheit bezüglich der Familienform gewährleistet und den aktuellen Herausforderungen des Arbeitsmarktes begegnet werden.

Die Mehrheit (62%) der Frauen in Basel-Stadt mit kleinen Kindern bis sechs Jahren arbeitet gar nicht oder in einem Pensum unter 50% (Quelle: Studie „Familienfreundliche Steuer- und Tarifsyste - Vergleich der Kantone Basel-Stadt und Zürich“ des Präsidi aldepartements des Kantons Basel-Stadt sowie der Direktion der Justiz und des Innern des Kantons Zürich). Die Weichen für das ganze Erwerbsleben werden meist in dem Lebensabschnitt gestellt, in welchem die Frauen aufgrund der Betreuung von Kindern gar nicht oder in Kleinstpensen arbeiten. Dies verringert die Karrierechancen massiv und birgt erhebliche Armutrisiken für die Frauen, falls die Partnerschaft zerbricht. Demgegenüber sind 88% der Männer mit Partnerin und Kindern unter 25 Jahren vollzeiterwerbstätig.

Diese für die Frauen nachteilige Situation wird in Basel-Stadt insbesondere in mittelständischen Familien durch groteske finanzielle Fehlanreize zementiert - das Erwerbseinkommen der zweitverdienenden Frauen wird bei kleinen Arbeitspensen bis 40% durch das Zusammentreffen verschiedener Faktoren wie einkommensabhängiger Kinderbetreuungstarife, höherer Steuerbelastung und Steuerprogression, Wegfall von Subventionen und aufgrund von Sozialabgaben weitestgehend aufgeessen. Die Frau arbeitet also entweder gratis zu Hause oder faktisch gratis auswärts. Erhöht die zweitverdienende Frau ihr Pensum auf über 40%, hat die Familie am Ende des Monats sogar weniger Geld in der Familienkasse, als wenn die Frau bei ihrem geringeren Pensum geblieben wäre (Quelle: Studie „Familienfreundliche Steuer- und Tarifsyste - Vergleich der Kantone Basel-Stadt und Zürich“ des Präsidi aldepartements des Kantons Basel-Stadt sowie der Direktion der Justiz und des Innern des Kantons Zürich, Abteilungen für die Gleichstellung von Frauen und Männern vom 18. Juni 2012). Ein wesentlicher Faktor für diese finanziell nachteiligen Folgen ist der Umstand, dass der steuerlich abziehbare Betrag für Kinderbetreuungskosten auf maximal CHF 10'000 pro Kind und Jahr beschränkt ist, obwohl die Elternbeiträge für eine Betreuung an fünf Tagen pro Woche (bei staatlich subventionierten Tagesheimen) bis zu CHF 26'400 pro Jahr und Kind betragen können. Bei rein privaten Angeboten können diese Kosten erheblich höher ausfallen.

Nur funktionsfähige, einfache Strukturen ohne die aktuell bestehenden, teilweise grotesken finanziellen Fehlanreize, die insbesondere gut ausgebildete Frauen stark benachteiligen, schaffen eine tatsächliche Wahlfreiheit bezüglich der gewünschten Familienform und sind somit von grosser Bedeutung für eine liberale, chancengleichere Gesellschaft. Zudem sprechen beschäftigungspolitische Gründe, insbesondere der Fachkräftemangel, dafür, Fehlanreize und Hemmnisse in den heutigen Rahmenbedingungen für die familienergänzenden und ausserschulische Kinderbetreuung rasch zu beseitigen.

Um die geschilderten finanziellen Fehlanreize zumindest zu verringern, fordern die Motionäre die Regierung auf, dem Grossen Rat eine Beschlussvorlage über eine Gesetzesänderung vorzulegen betreffend die Erhöhung des maximalen Kinderbetreuungskostenabzugs auf den Betrag, welcher dem jeweils aktuell gültigen maximalen Elternbeitrag bei subventionierten Tagesheimen entspricht (aktuell CHF 26'400 pro Jahr und Kind), sofern diese Kosten in direktem kausalem Zusammenhang mit der Erwerbstätigkeit, der Ausbildung oder Erwerbsunfähigkeit der steuerpflichtigen Person stehen.

Mark Eichner, Stephan Mumenthaler, Remo Gallacchi, Martina Bernasconi, Katja Christ, Andreas Gröflin, Erich Bucher, Tobit Schäfer, Conradin Cramer, Christine Wirz-von Planta, Pasqualine Gallacchi

4. Motion betreffend konsequente Bestrafung von Verletzungen der Toleranzzonen

14.5643.01

Die Zahl der auf Basels Strassen anschaffenden Sexarbeiterinnen hat massiv zugenommen, insbesondere im Geviert Webergasse-Ochsengasse. Dies führt zum einen zu aggressiverem Anwerben potentieller Kunden, vor allem aber zu einer illegalen Ausdehnung des Rotlicht-Milieus. Viele Sexarbeiterinnen weichen der grossen Konkurrenz in der Kleinbasler Toleranzzone in benachbarte Strassen aus. Dies führt zu den entsprechenden unerwünschten Folgen für die dortigen Anwohnenden und vor allem auch für das örtliche Gewerbe. So steht ein Hotel in der Nähe der Kaserne vor dem Aus, weil die Gäste ausbleiben, nachdem sie im Internet vermehrt negative Bewertungen wegen Belästigungen durch Sexarbeiterinnen nachlesen müssen.

Eine Verschärfung dieser Tendenz ist absehbar. Zum einen, weil in Kürze auch Sexarbeiterinnen aus weiteren Oststaaten zur Arbeitsaufnahme in die Schweiz einreisen dürfen. Zum anderen wird das neue Verkehrssystem Innerstadt zu einer Verschiebung des motorisierten Freier-Verkehrs an andere Orte, etwa um die Claramatte, führen.

Bislang konnten Sexarbeiterinnen, die ausserhalb der Toleranzzonen anwarben, von der Polizei höchstens verzeigt werden. Dieses Verfahren dauert solange, dass die Täterinnen bereits längst wieder im Ausland waren, bis eine Sanktion rechtskräftig war. Verständlicherweise verzichtet die Polizei meist darauf, diesen administrativ aufwändigen Leerlauf in Angriff zu nehmen.

Deshalb soll ein Wechsel von heutigen Verzeigungs- zum Ordnungsbussenverfahren erfolgen. Dies bedingt eine Ergänzung des kantonalen Übertretungsstrafgesetzes um den entsprechenden Tatbestand.

Einwenden könnte man, dass ja eine Ordnungsbusse angefochten werden kann, womit wiederum das langwierige Verzeigungsverfahren zur Anwendung kommt. Hier sei aber an die Praxis gegenüber ausländischen Verkehrsteilnehmern erinnert, denen bei Verfehlungen im Strassenverkehr eine Kautionshöhe in Höhe der zu erwartenden Summe von Busse und Verfahrenskosten berechnet wird. So soll auch in diesen Fällen von „Verkehrsdelikten“ vorgegangen werden.

Die Unterzeichnenden ersuchen den Regierungsrat, eine Ergänzung des kantonalen Übertretungsstrafgesetzes vorzulegen, welches die Sanktionierung der Verletzung der Toleranzzonen mit einer Ordnungsbusse nicht unter CHF 100 vorsieht. Dazu ist dafür zu sorgen, dass bei Widerspruch gegen die Ordnungsbusse der zu erwartende Betrag für Busse und Verfahrenskosten mittels Erheben einer Kautionshöhe gesichert wird.

André Auderset, Ursula Metzger, Felix W. Eymann, Kerstin Wenk, Peter Bochsler,
Patricia von Falkenstein, Sibel Arslan, Samuel Wyss, Pasqualine Gallacchi

Anzüge

1. Anzug betreffend Bau Parking Erdbeergraben

14.5566.01

Im Ratschlag Nachtigallenwäldeli/Heuwaage/Zolli (10.0866.01 vom 19. Mai 2010) ist eine Entwidmung einer Fläche im Bereich Erdbeergraben enthalten. Diese Entwidmung sieht vor, ein unterirdisches Parkdeck mit rund 490 Parkplätzen zu bauen.

Der Bau dieses Parkings verlangt zwingend nach einer Verlagerung von mindestens 60% oder 294 oberirdischen Parkplätzen, welche den dem Gebiet angrenzenden Lebensräumen verloren gehen.

Aus verkehrstechnischer Sicht ist es wichtiger, für BewohnerInnen Parkmöglichkeiten anzubieten, als für Menschen von ausserhalb ein P+R-System zu vermitteln, denn sowohl Zolli und auch Heuwaage sind mit dem öV prominent erschlossen. Die Frage steht im Raum, ob ein Teil des geplanten öffentlichen Parkings in ein fest vermietetes Quartierparking umgenutzt werden kann.

Durch die zwingende Verlagerung oberirdischer Parkplätze entsteht mehr Raum, welcher sich mit einer Finanzierung durch den Mehrwertabgabefonds im Sinne von flankierenden Massnahmen in Grünzonen umwandeln liesse. Wir denken hier an Grünzonen und Alleen im Bereich des Quartiers Bachletten-Holbein (Birsigstrasse, Bachlettenstrasse etc.) und im Bereich des Gundeldinger-Quartiers (Dachsfelderstrasse, Pruntrutstrasse, mit den einheitlichen, denkmalgeschützten, beidseitigen Baumgartnerhausreihen aus den 1930-ern) etc. sowie an eine gut beleuchtete Fussgängerpromenade/Veloführung am Höhenweg oder am Erdbeergraben. Flankierende Massnahmen sind unseres Erachtens zwingend, weil sonst die frei werdenden Flächen von Wildparkierenden besetzt werden; diesen kann die Polizei aufgrund fehlender Ressourcen kaum genügende Kontrollen entgegensetzen.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

- ob ein Teilbereich des neuen unterirdischen Parkdecks als Quartierparking realisiert werden kann?
- ob sie bereit ist, via Mehrwertabgabefonds in den dem Zolli-Gebiet angrenzenden Lebensräumen und unter Mitwirkung der Bevölkerung neue Grünzonen, Fussgängerpromenaden und Veloführungen zu gestalten?

Beatrice Isler, Jörg Vitelli, Oswald Inglin, Sibel Arslan, Sibylle Benz Hübner, Helen Schai-Zigerlig,
Andrea Knellwolf, Bruno Jagher

2. Anzug betreffend effektive und kosteneffiziente Tagesstrukturen

14.5563.01

"Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf"

Die Unterzeichnenden fordern Rahmenbedingungen für die familienergänzende Kinderbetreuung, die es allen Einwohnerinnen und Einwohnern ermöglicht, den Wunsch nach Kindern und die Ausübung einer - finanziell lohnenden und zukunftssträchtigen - Berufstätigkeit zu vereinbaren. Nur so kann die Wahlfreiheit bezüglich der Familienform gewährleistet und den aktuellen Herausforderungen des Arbeitsmarktes begegnet werden.

Der Kanton Basel-Stadt bietet in jedem Quartier ergänzend zum Schulunterricht Tagesstrukturen an, welche während den Schulferien durch die Tagesferien ergänzt werden.

Das Angebot an Tagesstrukturen und Tagesferien ist in verschiedene Module aufgeteilt, welche individuell gewählt werden können. Im Jahr 2011 beschloss der Grosse Rat einen Kredit von 39 Millionen Franken, um neben den durch HarmoS bedingten baulichen Massnahmen auch die Infrastruktur für das Angebot von Tagesstrukturen weiter auszubauen und somit eine Betreuung von rund 25 Prozent der schulpflichtigen Kinder in den Tagesstrukturen zu ermöglichen.

In gewissen Quartieren übersteigt aber die Nachfrage nach einer Kinderbetreuung der Kinder in Tagesstrukturen bereits heute das Angebot an den entsprechenden Standorten. Hinzu kommt, dass in anderen städtischen Zentren wie Zürich oder Genf der Anteil der schulpflichtigen Kinder, welche in Tagesstrukturen betreut werden, bereits rund 50 Prozent beträgt. Die Verfügbarkeit von schulischen oder ausserschulischen Tagesstrukturen ist eine wichtige Voraussetzung für die Erwerbstätigkeit beider Elternteile und somit für die effektive Wahlfreiheit bezüglich der gewünschten Familienform. Aus diesem Grund und angesichts der Tendenz in anderen Schweizer Städten ist es angezeigt, zu prüfen, ob und wie auch in Basel-Stadt ein vergrössertes, jedoch bedarfsgerechtes und möglichst kosteneffizientes Angebot an Tagesstrukturen für schulpflichtige Kinder erwerbstätiger Eltern geschaffen werden kann.

Die Anzugsteller bitten daher den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, wie in anderen Kantonen und Gemeinden, insbesondere Zürich und Genf, aber auch im zum Vergleich geeigneten Ausland, Tagesstrukturen bereitgestellt werden. Dabei sollen insbesondere das Modell der gebundenen Tagesschule und der Tagesschule light, die zur Zeit in der Stadt Zürich verfolgt bzw. geprüft werden, untersucht und auf eine Übertragbarkeit auf Basel-Stadt hin geprüft werden. Zudem sind für die verschiedenen Modelle, welche in anderen Gemeinwesen zur Anwendung kommen, Aussagen zum Umfang der Betreuung, der Möglichkeit einer Priorisierung der Betreuung von Kindern erwerbstätiger Eltern, zur Kostenfolge, zur benötigten baulichen Infrastruktur, die Auswirkungen auf private Anbieter von Betreuungsangeboten, den möglichen Einbezug von privaten Anbietern und Freiwilligen (bspw. Rentnern) sowie zur Verbindlichkeit für die Kinder und Eltern gemacht werden.

Erich Bucher, Martina Bernasconi, Andrea Knellwolf, Thomas Gander, Katja Christ, Beatrice Isler, Daniela Stumpf, Stephan Mumenthaler, Luca Urgese, Mark Eichner, Andreas Zappalà, Christian von Wartburg, Nora Bertschi, Thomas Strahm, Brigitta Gerber, Eduard Rutschmann, Georg Mattmüller, Christophe Haller, Ernst Mutschler

3. Anzug betreffend Verlegung der Toleranzzonen

14.5644.01

Die Zahl der auf Basels Strassen anschaffenden Sexarbeiterinnen hat massiv zugenommen, insbesondere im Geviert Webergasse-Ochsengasse. Dies führt zum einen zu aggressiverem Anwerben potentieller Kunden, vor allem aber zu einer illegalen Ausdehnung des Rotlicht-Milieus. Viele Sexarbeiterinnen weichen der grossen Konkurrenz in der Kleinbasler Toleranzzone in benachbarte Strassen aus. Dies führt zu den entsprechenden unerwünschten Folgen für die dortigen Anwohnenden und vor allem auch für das örtliche Gewerbe. So steht ein Hotel in der Nähe der Kaserne vor dem Aus, weil die Gäste ausbleiben, nachdem sie im Internet vermehrt negative Bewertungen wegen Belästigungen durch Sexarbeiterinnen nachlesen müssen.

Eine Verschärfung dieser Tendenz ist absehbar. Zum einen, weil in Kürze auch Sexarbeiterinnen aus weiteren Oststaaten zur Arbeitsaufnahme in die Schweiz einreisen dürfen. Zum anderen wird das neue Verkehrssystem Innerstadt zu einer Verschiebung des motorisierten Freier-Verkehrs an andere Orte, etwa um die Claramatte, führen.

Aufgrund dieser Entwicklungen bietet es sich an, das heutige System der Toleranzzonen völlig neu zu überdenken. Insbesondere muss dabei das Beispiel Zürichs auf seine Anwendbarkeit für Basel untersucht werden. Dort wurde die Toleranzzone in der Innerstadt aufgehoben und für die Sexarbeiterinnen ein geschützter und überwachter Arbeitsort ausserhalb geschaffen. Diese sogenannten „Sexboxen“ gaben an der Fasnacht zwar zu mancher Schnitzelbank-Pointe Anlass, scheinen sich aber zu bewähren.

Die Unterzeichnenden ersuchen den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob das „Zürcher System“ in der Behandlung der Strassen-Prostitution so oder in abgewandelter Form auf Basel anwendbar ist, oder welche anderen Möglichkeiten bestehen, um die ausufernden Zustände in und um die Toleranzzone Webergasse-Ochsengasse ändern zu können.

André Auderset, Felix W. Eymann, Peter Bochsler, Patricia von Falkenstein, Samuel Wyss, Pasqualine Gallacchi

Interpellationen

1. Interpellation Nr. 116 betreffend Begnadigung von Grossrat und VA-Präsident Eric Weber

14.5561.01

Eric Weber wurde am 1. Dezember vor Strafgericht Basel verurteilt. Nur weil er im Oktober 2012 aktiven Wahlkampf machte. Verkehrte Welt.

In diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Wie laufen Begnadigungen ab?
2. Können davon auch Grossrats-Mitglieder profitieren?
3. An was alles, wie Fristen, muss bei einer Begnadigung gedacht werden?
4. Eric Weber hat das Urteil vom Strafgericht vom 1. Dezember weiter gezogen. Kann er dennoch jetzt schon eine Begnadigung verlangen?
5. Eric Weber hat die Nase satt. Unser Parlament, der Grosse Rat, kann über Begnadigungen abstimmen. Das ist doch richtig? Auch Eric Weber kann zu Begnadigungen abstimmen.
6. Wenn es um die Begnadigung von Eric Weber geht. Kann dann auch Eric Weber über sich selbst abstimmen? Oder kann er an dieser Abstimmung dann nicht teilnehmen?
7. Es ist wichtig, dass der Grosse Rat Rechte hat. Ich mache folgenden Kuhhandel und würde sofort zurück treten: Der Grosse Rat begnadigt mich umgehend und ich würde per sofort aus dem Parlament zurück treten. Damit wäre doch allen geholfen.
8. Kann auch der Regierungsrat mich begnadigen? Da ich ja Grossrat bin.
9. Ich würde gerne sofort von meinem Amt als Grossrat zurück treten, wenn der Kanton alle meine Schulden, wie Gerichtsgebühren und Urteilsgebühr etc. übernehmen würde? Ich bitte darum.

Angestrebt ist ein Rücktritt auf Ende Jahr 2014. Aber nur bei Erfüllung dieser obigen Bedingungen, die ganz normal gestellt sind.

Eric Weber

2. Interpellation Nr. 117 betreffend Wirkungsgrad von staatlichen und staatlich finanzierten Publikationen

14.5651.01

Der Kanton Basel-Stadt richtet sich mit zahlreichen Publikationen an die Öffentlichkeit. Er unterstützt zusätzlich in einzelnen Fällen Publikationen von Dritten finanziell. So hat der Regierungsrat beispielsweise am 6. Mai 2014 einen Betrag von maximal CHF 701.000 gesprochen für Zwei Ausgaben des TRAS-Magazins zur Propagierung von Energiesparmassnahmen, Energieeffizienz und erneuerbaren Energien. Zuvor wurden bereits CHF 1,764 Mio. für vier Ausgaben gesprochen (vgl. IP 10.5349). Dieses Magazin wird als Zeitungsbeilage in grossen Gebieten der Schweiz verteilt.

In seiner Antwort auf einen Anzug von Tanja Soland (10.5019) begründete der Regierungsrat seine Kommunikation mit dem Öffentlichkeitsprinzip und führte aus, die Verwaltung kommuniziere, weil sie davon ausgehe, dass ein entsprechender Bedarf bestehe. Es solle nach dem Verhältnismässigkeitsprinzip jedoch kein unverhältnismässiger Aufwand von Kosten und Zeit erzeugt werden.

Im Rahmen der in dieser Legislatur noch ausstehenden Generellen Aufgabenüberprüfung (GAP) bietet sich die Gelegenheit, alle Ausgaben des Kantons kritisch in Frage zu stellen und gegebenenfalls zu streichen.

In diesem Zusammenhang bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Verfügt der Regierungsrat über eine Übersicht aller von der Verwaltung an die Öffentlichkeit gerichteten Publikationen?
2. Kann er neben den Produktionskosten auch Angaben über die für die Publikationen aufgewendeten Personalkosten machen?
3. Gibt es neben dem TRAS-Magazin noch weitere Publikationen von Dritten, welche vom Kanton (mit)finanziert werden?
4. Kann der Regierungsrat, wenn er gemäss eigenen Angaben der Ansicht ist, die Verwaltung kommuniziere erfolgreich und effektiv und es bestehe ein entsprechender Bedarf, darlegen, worauf sich diese Ansicht stützt?

5. Ist der Regierungsrat unter den aktuellen finanzpolitischen Vorzeichen bereit, den Wirkungsgrad dieser Publikationen kritisch zu hinterfragen und Publikationen mit grossem Streuverlust bzw. deren Finanzierung einzustellen?
6. Ist er namentlich bereit, eine Publikation, welche der propagandistischen Verbreitung der baselstädtischen Energiepolitik im Rest der Schweiz dient, auf deren Wirkungsgrad und Streuverlust zu überprüfen sowie allenfalls deren Finanzierung einzustellen?

Luca Urgese

3. Interpellation Nr. 118 betreffend Standortförderung - Life Sciences als «Klumpenrisiko»?

14.5652.01

Der Kanton Basel-Stadt, bzw. der ganze Wirtschaftsraum Nordwestschweiz gilt zu Recht als bedeutender Life Sciences-Standort. Dabei stehen in der Regel die Grosskonzerne im Zentrum der Beachtung. Auch bei den bisherigen Fördermassnahmen (Inkubator, Innovations- und Technologieparks) stehen Startup-Firmen der Pharmabranche im Vordergrund. Für eine breit abgestützte und zukunftsorientierte Wirtschaftsförderung ist jedoch eine breitere Abstützung notwendig.

Die Rahmenbedingungen für die Erhaltung und Stärkung des Life Sciences-Standorts Basel (Kanton Basel-Stadt, bzw. Wirtschaftsraum Nordwestschweiz) wurden in jüngster Vergangenheit vertieft, gerade und besonders auch im Rahmen der Startup-Förderung. Aus einer ganzheitlichen Sichtweise spielen für die Standortpolitik auch die berufliche und universitäre Ausbildung, sowie die Forschung und Lehre eine wichtige Rolle. Eng damit vernetzt sind die Gesundheitsbranche und die damit verbundenen Berufsfelder und Wirtschaftsfaktoren. Die Fördermassnahmen des Kantons Basel-Stadt sowie sein Bekenntnis zur Pharma-Branche als Forschungs- und Wirtschaftspartner sind zu begrüssen. Gleichzeitig ist damit ein gewisses «Klumpenrisiko» verbunden.

Es geht nämlich praktisch kein Jahr vorbei, ohne dass wir nicht von einem Stellenabbau in der Life-Sciences Branche hören. Der angekündigte Abbau von 500 Stellen bei Syngenta am Standort Basel hat viele Menschen in der Region verunsichert. Und wann betrifft es mich?, werden viele denken. Die grosse Abhängigkeit von den Life-Sciences ist für den Standort Basel langfristig gefährlich.

Traditionellerweise sind Industrie- und Gewerbebezonen von Wohngebieten und Angeboten im öffentlichen Raum klar getrennt. Bei vielen Gewerbe-, Industrie- und Forschungsnutzungen (z.B. Labors) ist diese Trennung sinnvoll und oft auch gesetzlich gefordert. Dies ist jedoch längst nicht immer der Fall und viele Startups liessen sich sehr gut im Wohn- und/oder Quartierumfeld integrieren.

Mit der Auslagerung einiger grösserer industrieller Produktionen, z.B. auf dem Areal von Volta Nord, entstehen neue Mischformen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Nutzen (Wohnen, Arbeiten, Leben) sowie entsprechende Austauschmöglichkeiten. Mit einer gezielten Förderung solcher Areale mit gemischter Nutzung kann ein optimales Umfeld für Innovationen über die Pharma- und Life Sciences-Branche hinaus geschaffen werden. Dies trägt insgesamt zur Zukunftsfähigkeit und -sicherung des Standorts Basel bei, und schafft gleichzeitig die Voraussetzung für die Entwicklung unterschiedlichster Wirtschaftsbereiche.

Im Wissen, dass international tätige Firmen oft durch ihre kurzfristige Entscheidungen auch etablierte Standorte gefährden können und dass die Neuansiedelung und Verankerung neuer Wirtschaftszweige nicht von heute auf morgen möglich ist, möchte der Interpellant dennoch die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen bitten:

1. Welchen Stellenwert haben vernetzte Förderinstrumente in der Strategie des Regierungsrats über den Life Sciences-Schwerpunkt hinaus?
2. Sind im Sinne einer Ergänzung der bereits bestehenden Fördermassnahmen zur Stärkung und Potentialnutzung für gemischte Arealnutzungen, z.B. auf dem Gelände von «Volta Nord» weitere Massnahmen geplant? Wenn ja, welche?
3. Wie bedeutend sind die Life-Sciences wirklich für den Standort Basel? Und für wie gefährlich schätzt die Regierung die Abhängigkeit des Kantons von den Life-Sciences ein?
4. Ist der Kanton Basel-Stadt überhaupt in der Lage ohne die Life-Sciences zu leben?
5. Was unternimmt der Kanton gegen diese Abhängigkeit?
6. Welchen Wirtschaftsbereich, ausser den Life-Sciences, erachtet die Basler Regierung für wirtschaftlich bedeutend?
7. In welchen Wirtschaftsbereichen sieht sie Möglichkeiten für einen Ausbau im Rahmen der Standortpolitik? Gibt es handfeste Pläne und Zeithorizonte, bis wann was verwirklicht werden soll?
8. Was haben diese Standort-Bemühungen bisher konkret gebracht?

Mustafa Atici

4. Interpellation Nr. 119 betreffend Stellenabbau bei Syngenta in Basel

14.5656.01

Der angekündigte, dramatische Stellenabbau bei Syngenta betrifft am Standort Basel 500 Arbeitsplätze. Rund 100 davon werden nach Stein (AG) verlagert, der Rest wird nach Grossbritannien verschoben oder geht ganz verloren. Die Forschung wird damit in Basel gänzlich aufgegeben und der Standort wird sich lediglich auf Headquarter- sowie forschungsunterstützende Funktionen beschränken.

Auch wenn die seit Anfang Jahr geltende Sozialplanpflicht vom Unternehmen verlangt, die betroffenen Mitarbeiter zu unterstützen und der Sozialplan den Eindruck vermittelt, dass auf die schwierige Situation der Mitarbeitenden über 50 Rücksicht genommen wird, zählen bei Syngenta scheinbar einzig Effizienz - und Profitsteigerung. Der Konzern legt sogar - ohne das geringste Schamgefühl - offen, dass es sich um eine Massnahme zur Gewinnmaximierung zulasten der Arbeitnehmenden im operativen Bereich handelt.

Für die betroffenen Mitarbeitenden und ihre Familien ist dies ein harter Schlag, haben viele von ihnen doch schon Jahre ihr Wissen und ihre Arbeitskraft in den Dienst dieses Unternehmens gestellt. Umso mehr muss Syngenta sich ihnen gegenüber - insbesondere älteren Mitarbeitenden - grosszügig zeigen und auch Hand für individuelle Lösungen über den Sozialplan hinaus bieten.

Aber auch für den Kanton Basel-Stadt hat dieser Stellenabbau Folgen. In Zukunft werden rund 500 Arbeitsplätze in Forschung und Entwicklung am Standort einfach fehlen. Zudem ist der Abzug der Forschung aus Basel bei Syngenta ein besorgniserregendes Signal. Nachdem in den letzten Jahrzehnten in Chemie/Pharma die Produktion grossmehrheitlich vom Standort Basel verschwand, wurden die verschwundenen Arbeitsplätze immerhin durch neue in Forschung und Entwicklung ersetzt. Jetzt aber scheint das Bekenntnis der Branche zum Forschungsstandort Basel ins Wanken zu kommen., Arbeitsplätze verschwinden ohne das neue geschaffen werden. Zudem werden uns im Kanton auch die Ausgaben dieser Beschäftigten fehlen - von Steuern, über Mieten bis Detailhandel und Gastronomie. Und nicht zuletzt wälzt Syngenta ihre Profitgier auf die Gesellschaft ab, in dem ein - hoffentlich kleiner - Teil dieser Beschäftigten in die Arbeitslosigkeit kommen werden.

Ich bitte den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Was unternimmt der Regierungsrat, um sich für die Erhaltung der bedrohten Stellen einzusetzen?
2. Wie gewährleistet der Regierungsrat, dass Syngenta den ins Auge gefassten Sozialplan grosszügig umsetzt?
3. Mit welchen wirksamen Massnahmen begegnet der Regierungsrat der Unsicherheit und den Ängsten der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern?
4. Mit wie vielen Arbeitslosen rechnet das zuständige Amt?
5. Wie viele der Betroffenen sind über 50? Sieht der Regierungsrat besondere Massnahmen für diese Betroffenen vor (z.B. seitens des AWA bzw. RAV)?
6. Wie steht der Regierungsrat dazu, dass mit dem geplanten Stellenabbau die Forschung am Standort Basel von Syngenta aufgegeben wird? Wie schätzt die Regierung diesen Entscheid im Zusammenhang mit dem Bekenntnis der Pharma/Chemie zum Forschungsstandort Basel ein?
7. Welche Massnahmen ergreift die Regierung, um weiteren Arbeitsplatzverluste in der Branche Chemie/Pharma bzw. Life Sciences zu verhindern?
8. Wie hoch schätzt die Regierung die finanziellen Ausfälle für die lokalen KMUs (Zulieferer bis Gastronomie), die heute von Syngenta und ihren Beschäftigten leben? Kann sie dies überhaupt abschätzen?
9. Wie hoch werden die Steuerausfälle dieser Beschäftigten geschätzt?
10. Was passiert mit den nicht mehr benötigten Gebäuden?

Toya Krummenacher

5. Interpellation Nr. 120 betreffend Strafverfahren gegen mutmasslich Pädophile: Unterschiedliche Haltung der Strafverfolgungsbehörden in Basel-Stadt und Basel-Landschaft

14.5662.01

Gemäss bz basel vom 03. Dezember 2014 sind im Rahmen der Operation „Spade“ im November 2013 durch die kanadische Polizei fast 350 Personen verhaftet und unzählige Filme mit nackten Knaben beschlagnahmt worden. Bei einer Durchsuchung der Geschäftsräume der Internet-Firma „Azov Films“ fielen der Polizei auch Namen und Adressen von Käufern der Filme in die Hände. Zum Kundenkreis zählen Männer aus der ganzen Welt, 150 davon wohnen in der Schweiz, 9 davon in den beiden Basel.

Inzwischen haben verschiedene kantonale Behörden Strafverfahren gegen die Käufer dieser Filme eingeleitet, wegen Verdachts auf Kinderpornografie. Die Staatsanwaltschaft Basel-Landschaft eröffnete vier Verfahren, diejenige in Basel-Stadt hingegen kein einziges. Die Behörden in Basel-Stadt erachten offensichtlich die Filme für strafrechtlich nicht relevant.

Dies entspricht zwar auch der Haltung der Fedpol, da es sich um FKK-Filme mit spielenden oder raufenden Jungen handelt. Nach geltender Schweizer Rechtsprechung können derartige Aufnahmen jedoch als pornografisch ausgelegt werden, auch wenn sie keine sexuellen Handlungen zeigen. Auf diesen Umstand stützt sich die Staatsanwaltschaft Basel-Landschaft. Den Käufern drohen gemäss Artikel 197 des Strafgesetzbuches Geld- und Freiheitsstrafen von bis zu fünf Jahren.

Kinderschutz-Experten kritisieren, dass einige Kantone keine Ermittlungen aufnahmen (neben Basel-Stadt sind dies der Aargau und St. Gallen), obschon bei pädosexuellen Käufern ein klares Indiz besteht, dass sie eventuell noch weiteres - auch härteres - Material, Bilder oder Videos, erworben oder sogar hergestellt haben.

Da Kinderpornografie, auch nur der ansatzweise Konsum, zum wohl schwerwiegendsten Verbrechen gehört und aus Sicht des Interpellanten zwingend verfolgt werden muss, bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Weshalb erachtet die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt die vorliegenden Fälle - anders als andere Kantone (wie z.B. Kanton Basel-Landschaft) - als strafrechtlich nicht relevant?
2. Weshalb fand zwischen den Kantonen in der Sache keine Koordination statt?
3. Auch wenn die Regierung gegenüber der Staatsanwaltschaft in Fragen der Ermittlungen nicht weisungsberechtigt ist: Wäre es aus Sicht des Regierungsrates nicht angebracht, dass die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt in dieser Frage mit Basel-Landschaft koordiniert vorgegangen wäre und ebenfalls ermitteln würde?
4. Wäre aus Sicht des Regierungsrates, auch im Sinne einer Präventivmassnahme, eine Null-Toleranz-Politik in dieser Frage angebracht?
5. Welche Massnahmen hat der Regierungsrat bereits ergriffen resp. will er ergreifen, um Kinderpornografie resp. den Konsum von Kinderpornografie zu bekämpfen?
6. Führt eine ungleiche Haltung der einzelnen Strafverfolgungsbehörden in der Region nicht dazu, dass einzelne Kantone in der Konsequenz für Pädokriminelle attraktiver werden?

Joël Thüring

6. Interpellation Nr. 121 betreffend Demonstration „OSZE angreifen“

14.5663.01

Am Abend des 5. Dezember 2014 fand bekanntlich eine von den zuständigen Behörden bewilligte Demonstration gegen die OSZE in Basel statt. Zahlreiche Personen nahmen daran teil, darunter auch viele Vermummte und Maskierte. Es kam zu Körperverletzungen und Sachbeschädigungen. Als friedlich kann eine solche Demonstration nicht bezeichnet werden.

Die Demonstration wurde bewilligt, weil das Recht auf Meinungsäusserung als wichtig erachtet wird. Dem kann dann beigeplichtet werden, wenn Demonstrierende offen zu ihrer Meinung stehen und sich mit ihrer Teilnahme zu einer Haltung bekennen, ihre Meinung äussern. Man will der Bevölkerung zeigen, dass man gegen oder für etwas ist und dazu steht. Im vorliegenden Fall war das anders. Zwar hat ein Politiker, dessen Identität bekannt ist, die Bewilligung beantragt und erhalten. Andere Teilnehmer haben sich aber weder im Vorfeld in einem Interview mit einer Zeitung zu erkennen gegeben noch während des Marsches durch die Stadt, sie waren maskiert oder vermummt und haben sich schon dadurch strafbar gemacht. Damit erfüllen sie die zentrale Voraussetzung für eine Demonstration nicht, offen zur eigenen Meinung zu stehen. Eine weitere Voraussetzung für einen Demonstrationzug durch die Stadt ist nicht erfüllt: die Kommunikation der Anliegen gegenüber den Bewohnenden der Stadt. Weil sich die Bevölkerung und die Gewerbetreibenden fürchten vor Schäden oder physischer Beeinträchtigung, die regelmässig durch Demonstrierende verursacht werden, ist die Stadt praktisch menschenleer.

Vor diesem Hintergrund stellen sich verschiedene Fragen, um deren Beantwortung ich den Regierungsrat bitte:

1. Weshalb wird ein Demonstrationzug durch die Innenstadt bewilligt, man könnte das Recht auf Meinungsäusserung durch eine Demonstration ebenso gut gewähren, wenn die Manifestation auf einem Platz durchgeführt wird, wo niemand negativ tangiert wird?
2. Weshalb wird eine Route durch die Innenstadt bewilligt, vorbei an Gebäuden, die - wie auch am Freitag wieder feststellbar - besonders im Visier der Chaoten sind (Banken, Ladengeschäfte, Safran-Zunftthaus etc.)?
3. Gibt es ein Recht auf die freie Wahl einer Strecke für die Demonstranten?
4. Wenn schon durch die Innenstadt gezogen werden soll, könnte dann nicht wenigstens die Anzahl der Züge durch diese Strassen limitiert werden?
5. Wurde das Vermummungsverbot in letzter Zeit durchgesetzt, gab es in der Vergangenheit entsprechende Anzeigen oder Verurteilungen?
6. Könnte die Bewilligung nicht mit der Auflage erteilt werden, dass die Demonstration ohne Gewalt und Sachbeschädigungen verlaufen muss?

7. Sind die Organisatoren haftbar für Personen- und Sachschäden?
8. Besteht eine Haftung des Kantons für Personen- und Sachschäden?
9. Erkennt der Regierungsrat kein Problem in der Tatsache, dass es in letzter Zeit mehrfach nicht gelungen ist, Privateigentum vor Beschädigungen durch Demonstrationsteilnehmer zu schützen?
10. Erachtet der Regierungsrat die Sicherheit und körperliche Unversehrtheit unserer Angehörigen des Polizeikorps nicht als wichtig?

Felix W. Eymann

Schriftliche Anfragen

1. Schriftliche Anfrage betreffend Kundenorientierung im Bereich Abfall und Entsorgung

14.5667.01

Verschiedene Informationen im Bereich Abfall und Entsorgung können auch online abgerufen werden. Offensichtlich wurde dabei zum Teil aber vergessen, an den Kunden zu denken. Als Beispiele - leider ist die Aufzählung nicht abschliessend - wäre zu nennen:

- Um lediglich einen Termin einer nächsten Papierabfuhr zu erfahren, muss ein bis zu 8 MB (!) grosses Dokument geladen werden, das dann zwar alle Informationen enthält, aber auf mobilen Geräten schlicht nicht brauchbar ist;
- Es ist zwar möglich, sich per E-Mail an die nächste Metallabfuhr erinnern zu lassen - tut man das aber irrtümlich mehrfach, erhält man die entsprechende Anzahl Mails, eine Abmeldung ist nur generell möglich;
- Auch noch Anfangs Dezember des laufenden Jahres waren nur die Informationen bis Ende Jahr erhältlich, was z.B. bei Papier- und Metallabfuhr sehr unpraktisch ist.
- Die Verwaltung verweist auf den an alle Haushaltungen verteilten Abfallkalender, der aber natürlich nicht immer greifbar ist.

Dass es auch anders geht, zeigt die Stadt Zürich (!): schon bisher wurden nicht nur sehr viel praktischere Informationszugänge auf der Homepage angeboten, sondern auch eine App. Vor Kurzem wurde das App-Angebot sogar erweitert (www.sauberes-zuerich-app.ch) und es stehen moderne Tools für Android und iOS zur Verfügung (schon bald auch Windows).

Der Unterzeichnete bittet die Regierung deshalb um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Warum werden die Informationen im Bereich Abfall und Entsorgung lediglich auf für den Kunden umständliche bzw. nicht brauchbare Art angeboten?
2. Warum werden entsprechende Hinweise nicht umgesetzt oder mindestens geprüft?
3. Ist auch hier die Aufteilung der Verantwortlichkeit auf zwei Departemente hinderlich? Wenn ja, wie gedenkt die Regierung, dieser Problematik zu begegnen?
4. Ist in absehbarer Zukunft eine Verbesserung der Kundenfreundlichkeit zu erwarten?
5. Auch auf der Seite des Tiefbauamts zur Abfallentsorgung war zum Zeitpunkt der Eingabe ein nicht funktionierender Link angegeben. Offensichtlich kommt das auf den Seiten des Kantons seit der Neugestaltung immer und immer wieder vor, obwohl moderne EDV-Tools eine automatische Überprüfung sämtlicher Links ermöglichen würden. Ist die Regierung bereit, diesem Thema endlich die nötige Beachtung zu schenken?

Patrick Hafner

2. Schriftliche Anfrage betreffend öffentliche Uhren

14.5668.01

Jeder baselstädtische Strombezügler zahlt einen Anteil an die Kosten nicht nur der öffentlichen Beleuchtung, sondern auch der von den IWB betriebenen Uhren im öffentlichen Raum. Die IWB bringen auf diesen Uhren auch Werbung an. Leider ist manchmal auch festzustellen, dass Defekte an diesen Uhren - Ausfall der Beleuchtung oder gar der Zeitangabe an sich - nicht innert nützlicher Frist behoben werden. Dazu hat der Unterzeichnete schon von den IWB direkt Antworten erhalten.

Der Unterzeichnete bittet die Regierung aber um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Zu welcher Leistung (Anzahl Standorte, Anzahl Uhren, Genauigkeit, Beleuchtung, Unterhalt) sind die IWB

genau verpflichtet und wer bezahlt dafür wie viel?

2. Welche gesetzliche Grundlage besteht dazu?
3. Auf wie vielen der von den IWB betriebenen Uhren ist Werbung angebracht und wie hoch ist der Nutzen dafür zu beziffern?
4. Ist es aus Sicht der Regierung denkbar, den Betrieb der öffentlichen Uhren anders zu finanzieren, allenfalls gar durch die darauf angebrachte Werbung die Rechnung der Strombezügler entsprechend zu entlasten?

Patrick Hafner

3. Schriftliche Anfrage betreffend Präventionsmassnahmen durch den Kanton Basel-Stadt

14.5680.01

Der Kanton Basel-Stadt führt verschiedene Präventionsprojekte für die Kantonsbevölkerung durch.

Zu erwähnen sind die ganzen Präventionsprojekte für Kinder, welche sich stark auf die Bewegung und Ernährung konzentrieren. Für Jugendliche und Erwachsene werden verschiedene Projekte unterstützt, welche sich mit der Thematik Sucht auseinandersetzen.

Mit dem Mammographie-Screening wird ein weiteres Präventionsprogramm durchgeführt.

Interessant wäre, eine Übersicht über öffentliche Präventionsprogramme und Projekte zu bekommen für Kinder, Jugendliche oder Erwachsene.

Laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) verfügt die Schweiz über ein Gesundheitssystem, welches zu den Besten gehört. Die Gesundheitsausgaben sind aber sehr hoch. Jedoch fliesst nur ein Bruchteil unserer Ausgaben im Gesundheitswesen in die Gesundheitsförderung und in die Prävention. Scheinbar sind wir momentan mehr daran interessiert, Krankheiten zu heilen, als diese vorgängig nicht ausbrechen zu lassen, was eigentlich eine paradoxe Situation ist.

Prävention kann z.B. dazu beitragen, Fettleibigkeit zu verhindern und dadurch die durch Fettleibigkeit resultierenden Krankheitskosten zu senken. Grundsätzlich sollte der Kanton ein grosses Interesse haben, weitere nützliche Projekte im Bereich der Prävention zu fördern.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

- Wie viele Präventionsprojekte werden durch den Kanton für Kinder, Jugendliche, Erwachsene durchgeführt?
- Wie viele Präventionsprojekte werden vom Kanton finanziert und von externen Anbietern durchgeführt?
- Wie weit ist die Planung weiterer Screening-Programme für die Früherkennung von Krebs (z.B. Prostatakrebs)?
- Welche Präventionskampagnen sind für das Jahr 2015 in Planung?
- In welchen Bereichen erachtet der Kanton weitere Präventionsprojekte als sinnvoll?

Beatriz Greuter

4. Schriftliche Anfrage betreffend Fachreferat gegen Gewalt

14.5681.01

Vor knapp einem Jahr wurde im Justiz- und Sicherheitsdepartement ein Fachreferat geschaffen, in welchem verschiedene Querschnittsfunktionen und -themen, etwa die Thematik der häuslichen Gewalt, der Runde Tisch Rotlicht-Milieu, der Runde Tisch Gewalt bei Sportveranstaltungen oder die Arbeitsgruppe Extremismus, zusammengefasst sind. Offen blieb hier, welche Gewichtung Halt-Gewalt nach dieser Umstrukturierung erhält bzw. ob dem Thema nach wie vor genügend Rechnung getragen wird. Nach weniger als einem Jahr musste nun bereits die Leitung des Fachreferates wieder neu ausgeschrieben werden.

In diesem Zusammenhang bitte ich die Regierung um Beantwortung folgender Fragen:

- Ist aufgrund der Kündigung von Claudia Dubacher eine Zwischenevaluation der Umstrukturierung des Fachreferats und der erhofften Ziele vorgesehen?
- Werden aufgrund der in diesem ersten Jahr gemachten Erfahrungen Massnahmen ergriffen und welche sind dies?
- Welches waren die Schwierigkeiten, die in diesem ersten Jahr aufgetaucht sind, und wie sollen sie angegangen werden?
- Hat sich die Zusammenlegung der Themen bewährt bzw. konnte den verschiedenen Themen gebührende Aufmerksamkeit gegeben werden?

- Werden für die Bearbeitung der Themen weiterhin keine fixen Stellenprozente vorgesehen?
- Warum ist im neuen Stellenausschrieb keine Co-Leitung für die Fachstelle Häusliche Gewalt vorgesehen?
- Welche Konsequenzen hat dies für die Fachstelle Halt Gewalt (personell und in Bezug auf sonstige Ressourcen)?

Nora Bertschi

5. Schriftliche Anfrage betreffend einheitliche Gesundheitserziehung an den Schulen, Kindergärten und Vorschulinstitutionen

14.5690.01

Gesundheit und Bildungserfolg hängen zusammen. Die Schule gilt als Lern- und Lebenswelt. Gesundheitsbezogene Bildung, sowie frühzeitig bei Kindern einsetzende und kontinuierlich fortgeführte Gesundheitserziehung fördern körperliche, seelisches und soziales Wohlbefinden, unterstützen die Entwicklung von Persönlichkeit, sozialen Kompetenzen und lebenspraktischen Fähigkeiten. In diesem Sinne ist Gesundheitserziehung als ein wesentlicher Bestandteil des alltäglichen schulischen Lebens zu verstehen. Umso wichtiger ist die Gesundheitserziehung in den Vorschulstrukturen (Frühförderung, Tagesheimen) und in den Kindergärten. Eine einheitliche Gesundheitserziehung in den Bildungsinstitutionen fördert Wahrnehmungsfähigkeit, Körpergefühl, Selbstbewusstsein, Selbstsicherheit, Eigenverantwortlichkeit, persönliche Autonomie, Umgang mit Gefühlen, Umgang mit Krankheiten der Schülerinnen und Schüler. Sie ermöglicht langfristig gesunde Essgewohnheiten und Bewegungskultur der Gesellschaft. Körperliche Hygiene, Zahngesundheitspflege, Ernährungserziehung, Sexualerziehung und Aids-Prävention, Suchtprävention, erste Hilfe, Sport und Bewegungserziehung, Stressvermeidung, Stressbewältigung, Konflikterkennung und Konfliktbewältigung sind wichtige Themen der Gesundheitserziehung. Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention müssen frühzeitig und einheitlich organisiert und strukturiert werden.

An den baselstädtischen Schulen, Kindergärten und in den Vorschulinstitutionen laufen viele Projekte für Gesundheitsprävention. Unklar ist, ob diese Projekte wirklich präventiv wirken und nachhaltig sind?

Ich bitte den Regierungsrat, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie wird Gesundheitserziehung an den Schulen, in den Kindergärten und in den Vorschulinstitutionen eingeführt?
2. Gibt es ein einheitliches Konzept für die Gesundheitserziehung vom Vorschulalter bis Oberstufe, nach welchen Kriterien es stufenweise und altersentsprechend aufgebaut wird?
3. Wie werden die Präventionsprojekte an den Schulen koordiniert und kontrolliert?
4. Sind die präventiven Wirkungen und die Nachhaltigkeit dieser Massnahmen nachweisbar?
5. Obwohl es an den Schulen und in den Vorschulinstitutionen viele Bemühungen gibt, warum steigen die Anzahl der übergewichtigen Schülerinnen und Schüler in den letzten 20 Jahren kontinuierlich an?
6. Haben die psychischen Störungen (zB. Depression, Angststörungen, stressbedingte psychosomatische Beschwerden, Konzentrationsprobleme und Aufmerksamkeitsstörungen, Suchtproblematik usw.) unter den Schülerinnen und Schüler zugenommen?
7. Ist die Zusammenarbeit zwischen der Eltern und Bildungsinstitutionen im Sinn der Gesundheitserziehung optimal? Was kann man noch verbessern?
8. Wie können die Anliegen der Gesundheitserziehung in Übereinstimmung mit dem Lehrplan 21 umgesetzt werden?
9. Sind neue Strukturen an den Bildungsinstitutionen für die Gesundheitsförderung nötig?
10. Sind die Lehrkräfte und das Betreuungspersonal im Sinne der Gesundheitserziehung speziell eingeschult und weitergebildet?

Atilla Toptas

6. Schriftliche Anfrage betreffend Familien sind die Urzellen der Gesellschaft

14.5578.01

Die neuen deutschen Wörter werden immer blöder. Heute sprechen viele von Patchwork-Familien. Vor 15 Jahren gab es dieses Müll-Wort noch nicht.

1. Was tut der Regierungsrat, dass die Familie als Urzelle der Gesellschaft besser geschützt wird?
2. Warum wird heute so viel für Schwule und Lesben gemacht?
3. Wer heute noch als „normal“ gilt, ist doch der Verlierer. Warum wird die Gesellschaft so schnell so ganz anders?

Eric Weber

7. Schriftliche Anfrage betreffend ist die Regierung für oder gegen die Abhaltung von Volksabstimmungen

14.5579.01

Viele Menschen fühlen sich von den gewählten Abgeordneten nicht mehr angemessen vertreten.

Weiter fühlen sich viele Menschen von den vielen Abstimmungen überfordert. Man hat nicht die Zeit, sich in alle Abstimmungen hinein zu arbeiten. Selbst Grossrat Eric Weber muss mal sagen, dass ich zu dieser Abstimmung nichts sagen kann, da ich mich schlicht nicht mit allem beschäftigen kann. Man muss Hauptthemen setzen, wie die Ausländer- und Asylfrage.

1. Ist die Regierung für oder gegen die Abhaltung von Volksabstimmungen?
2. Sollen die Basler Abstimmungen reduziert werden?

Eric Weber

8. Schriftliche Anfrage betreffend warum wird in der Politik nur noch übereinander und nicht mehr miteinander gesprochen

14.5580.01

In der Öffentlichkeit gewinnt man den Eindruck, dass in der Basler Politik nur noch übereinander und nicht mehr miteinander gesprochen wird. Die Politik verliert an Ansehen.

Was kann nach Ansicht der Regierung getan werden, dass wieder vermehrt miteinander gesprochen wird?

Eric Weber

9. Schriftliche Anfrage betreffend Entfremdung der Politiker vom Volk

14.5581.01

Meine Parteibasis beschwert sich immer häufiger öffentlich über die Entfremdung der Politiker zum Volk. Daher hält die VA immer öfters Bürgersprechstunde auf der Strasse ab. Eric Weber steht vor der Clarapost oder vor dem Coop in der Clarastrasse.

Was macht die Regierung konkret, dass sich die Regierungsräte nicht vom einfachen Volk entfremden?

Eric Weber

10. Schriftliche Anfrage betreffend der Staat darf keine Geheimnisse vor seinen Bürgern haben

14.5582.01

Viele Wähler sagen mir, dass der Staat keine Geheimnisse vor seinen Bürgern haben darf. In einer Schriftlichen Anfrage sagte mir der Regierungsrat, er sagt nicht, welche Gastgeschenke er erhalten hat. Das ist aber eine krumme Wahrnehmung des Volkswillens. In anderen europäischen Ländern gibt die Regierung dazu Auskunft.

1. Will die Regierung weiterhin nicht sagen, welche Geschenke sie in den letzten 5 Jahren erhalten hat?
2. Was meint die Regierung: In welchen Bereichen darf die Regierung Geheimnisse vor dem Volk haben?
3. In welchen Bereichen darf die Regierung keine Geheimnisse vor dem Volk haben? Wir bitten um ein bis zwei Beispiele. Danke.

Eric Weber

11. Schriftliche Anfrage betreffend ein König oder eine Königin wäre eine Bereicherung für Basel

14.5583.01

Meine Partei sagt: "Ein König oder eine Königin als Staatsoberhaupt von Basel wäre eine Bereicherung für unsere Demokratie." Wir würden damit auch viele neue Touristen gewinnen. Der Königspalast steht schon. Es ist das Weiss-Blaue Haus am Rheinsprung.

1. Wie könnte man in Basel eine Monarchie einführen?
2. Gab es in Basel einmal schon eine Monarchie?
3. Spielen die Zünfte in Basel noch eine Rolle?
4. Könnte man eine Familie aus der Chemischen Industrie, eine Besitzer-Familie, nicht in diese Rolle zwingen?

Eric Weber

12. Schriftliche Anfrage betreffend Schutz unserer Kultur vor fremden Einflüssen

14.5584.01

Wie kann unsere Basler Kultur vor fremden Einflüssen geschützt werden?

Eric Weber

13. Schriftliche Anfrage betreffend Umwelt- und Naturschutz haben immer Vorrang, weil sie unser Überleben sichern

14.5585.01

Die Nationale Aktion (NA) war die erste grüne Partei der Schweiz. Wir haben uns schon vor 50 Jahren dafür eingesetzt, dass unsere Bergtäler nicht mit Ferienwohnungen zerstört werden. Zweitwohnungssitze nennt man das in der Fachsprache. Sicherlich, Basel hat keine Bergtäler. Aber wir haben den Rhein. Die Rheinebene. Und vieles mehr. Sandbänke am Rhein. Kleine Berge.

Was macht die Regierung, damit der Umwelt- und Naturschutz in Basel immer Vorrang hat?

Eric Weber

14. Schriftliche Anfrage betreffend immer mehr werdende Bedrohungen in Basel

14.5586.01

Meine Partei sagt: "Wenn man bedroht wird, muss man sich wehren können."

Viele Basler haben Angst. Auch Eric Weber. Nachts, wir gehen nicht mehr auf die Strasse. Wir verstecken uns zu Hause. Angst vor Überfällen. Angst vor Drogen-Dealern. Angst vor Ausländern. Angst vor Asylanten.

1. Was kann ein Basler tun, wenn er sich bedroht fühlt?
2. Sind für die Regierung Drogen-Dealer auch eine Bedrohung?
3. Sind für die Regierung Ausländer auch eine Bedrohung?
4. Sind für die Regierung kriminelle Asylanten auch eine Bedrohung?

Eric Weber

15. Schriftliche Anfrage betreffend wie findet die Personalisierung in der Basler Regierung statt

14.5587.01

Personalisierung, d.h. die Hervorhebung von Persönlichkeiten, ist im Wahlkampf wichtig. Ein Politiker handelt gerne mit einem Slogan.

1. Wie ist es im Regierungsrat, wenn drei Regierungsräte nein sagen und wenn vier Regierungsräte ja sagen?
2. Hat der Regierungspräsident das gleiche Stimmgewicht wie ein normaler Regierungsrat?

Eric Weber

16. Schriftliche Anfrage betreffend kein Bürger bezahlt gerne Steuern

14.5588.01

Kein Bürger bezahlt gerne Steuern. Aber alle erwarten Leistungen vom Staat.

1. Ist der Regierungsrat für Steuersenkungen?
2. Ist der Regierungsrat für Steuererhöhungen?

Eric Weber

17. Schriftliche Anfrage betreffend drängende Probleme in unserem Kanton

14.5589.01

Eine Analyse zu Beginn des letzten Grossrats-Wahlkampfes (28. Oktober 2012), in der die Bürger nach drängenden Problemen gefragt wurden, wusste Grossrat Eric Weber gut zu nutzen. Sein Wahlkampf griff genau diese Sorgen und Ängste der Bürger auf. Damit gewann die VA viele Prozentpunkte hinzu.

Wie sieht es aber zwei Jahre nach der GR-Wahl nun aus?

1. Was sind Ende 2014 die drängenden Probleme in unserem Kanton?
2. Welche Problemlösungen gibt es für Basel?

Eric Weber

18. Schriftliche Anfrage betreffend wer hat mehr Kompetenz in unserem Kanton

14.5590.01

Im Wahlkampf ist es wichtig, überzeugende Problemlösungen anzubieten. Diese Strategie hat die VA von Eric Weber gut verstanden. Die VA schaffte es sogar, einem Konkurrenten ein Thema wegzuschnappen, bei dem ihm bisher mehr Kompetenz zugeschrieben wurde.

1. Wenn die Regierung einmal selbst nicht mehr weiter weiss, wie ist der Ablauf? Werden zuerst Kantonsangestellte befragt, bevor man auf private Berater-Firmen umsteigt?
2. Wer hat im Basler Regierungsrat das Sagen? Kann jeder Regierungsrat frei sagen, was er will?
3. Beim letzten Wort, ist es richtig, dass der Regierungspräsident mehr zu sagen hat und auch das letzte Wort haben darf, im Gegensatz zu einem normalen Regierungsrat?

Eric Weber

19. Schriftliche Anfrage betreffend wieviele abgelehnte Asylbewerber sind noch in Basel

14.5591.01

Die Kantone schieben zu wenige Asylanten ab, deren Asylverfahren bereits abgelehnt worden sind, zeigen Zahlen des Ausländerzentralregisters (liegen der Volks-Aktion vor).

Demnach waren Ende August 2014 rund 2400 "vollziehbar ausreisepflichtige" ("abgelehnte") Asylbewerber immer noch da.

1. Wieviele Asylanten leben in Basel?
2. Wieviele Asylanten haben in Basel einen Duldungsstatus?
3. Wie lange ist so ein Duldungsstatus (bei einer Ablehnung) denn möglich?
4. Wieviele Asylanten sind heute in Basel unmittelbar ausreisepflichtig?
5. Wieviele Asylanten sind untergetaucht und nicht mehr auffindbar?
6. Wieviel bereits abgelehnte Asylbewerber sind jetzt im Herbst 2014 noch in unserem schönen Basel?

Eric Weber

20. Schriftliche Anfrage betreffend wenn Telefonanrufe beim Kanton aufgezeichnet werden - Datenschutz wird nicht eingehalten

14.5592.01

Wenn man ein paar Telefon-Nummern vom Kanton anruft, dann kommt folgende Durchsage: "Es kann sein, dass dieser Anruf zu Schulungszwecken aufgezeichnet wird."

In anderen Kantonen und in anderen Ländern kommt aber folgende Durchsage: "Es kann sein, dass dieser Anruf zu Schulungszwecken aufgezeichnet wird. Wenn Sie das nicht wünschen, dann sagen Sie das bitte beim Anfang vom Gespräch."

In Basel fehlt ganz klar der Zusatz, wenn man das nicht wünscht, dann soll man es sagen.

1. Wie ist die Regelung in Basel mit Telefonanrufen, die aufgezeichnet, sprich aufgenommen werden?
2. Kann bitte der Zusatz, wenn man es nicht will, soll man es sagen, aufgenommen werden?
3. Wie ist es in Sachen Datenschutz zu sehen? Die bisherige Regelung ist doch mangelhaft?
4. Bei welchen Departementen kommt dieses Tonband, dass das Gespräch aufgezeichnet wird?

Eric Weber

21. Schriftliche Anfrage betreffend was gibt es zu sagen in Sachen Crystal Meth

14.5593.01

Noch wachsen die meisten Kinder wohlbehütet und sicher auf. Drogen werden in ihrem Leben mit hoher Wahrscheinlichkeit keine grosse Rolle spielen. Ein Drogenkonsum kann leicht zur Gewohnheit werden. Jeder, der mit den erschreckenden Bildern verwahter Drogenabhängiger konfrontiert wurde, kam sicherlich schon einmal der Gedanke: "Hoffentlich passiert das meinem Kind nicht!"

Crystal Meth ist ganz gefährlich. Einmal davon genommen, ist man für das ganze Leben abhängig und kommt nicht mehr davon los. Crystal Meth kommt sehr oft aus Tschechien. Die Polizei kommt schon an Schulen und informiert die Eltern. In vielen Ländern Europas macht die Polizei die Eltern auf die sehr hohe Gefährlichkeit dieser Droge aufmerksam und es gibt Vorträge für die Eltern an den Schulen.

1. Wie sieht die Regierung die grosse Problematik Crystal Meth?
2. Geht die Basler Polizei an die Basler Schulen und informiert über Crystal Meth? Wenn die Polizei nicht an die Schulen geht, warum ist dies der Fall?
3. Wie werden unsere Kinder am besten vor Drogen geschützt? Was macht hier der Kanton? Wo gibt es Vorträge bitte dazu?

Eric Weber

22. Schriftliche Anfrage betreffend keine Akzeptanz für Asylanten

14.5594.01

Fragt man die Basler Bevölkerung, so kann man sofort ersehen, dass es keine Akzeptanz für Asylanten gibt. Der Basler sagt, das kostet und viel Geld und es kommen immer mehr. Wie soll das alles mal enden? Wo ist unsere Heimat.

Italien macht es ganz geschickt. Italien lässt "Flüchtlinge" entgegen den EU-Regeln einfach weiterreisen. Italien grenzt bekanntlich an die Schweiz. Also kommen die Asylanten in die Schweiz, so auch nach Basel.

Sicherlich ist die Schweiz kein EU-Mitglied und wird es hoffentlich auch nie werden. Wie muss man aber die Lage betrachten. Daher diese wichtige Anfrage.

1. Kann der Regierungsrat etwas tun, wie eine "Note" nach Italien senden und mitteilen, dass es nicht geht, dass Italien die Flüchtlinge einfach weiter reisen lässt? Italien spart somit viel Geld. Kosten, die auf andere Länder abgewälzt werden.
2. Die Schweiz ist kein EU-Mitglied. Wie verhält es sich dann mit Flüchtlingen, die aus Italien kommen? Denn Horst Seehofer, CSU-Ministerpräsident von Bayern, sagt, dass Italien Flüchtlinge entgegen den EU-Regeln einfach weiterreisen lässt.

Eric Weber

23. Schriftliche Anfrage betreffend vornehmster Akt der Demokratie

14.5595.01

In der Pädagogik steht seit Jahrzehnten das Prinzip des Learning by Doing hoch im Kurs. Alle noch so guten theoretischen Erklärungen, alle nachhaltig vorgetragenen Informationen und Aufklärungen bringen nicht viel, wenn sie nicht vom Handeln begleitet werden. Im alten deutschen Sprichwort heisst es: „Es gibt nichts Gutes, ausser man tut es“.

Genau das trifft auf das wichtigste politische Recht eines Bürgers in einem demokratischen Staat zu, das Wahlrecht. Es ist aus Tradition an ein Mindestalter gebunden, in Basel zurzeit an das 18. Lebensjahr. Das wirft die Frage auf, wie man die unter 18-jährigen am besten auf den Wahlakt vorbereiten kann, der ihnen erst mit dem Erreichen der Volljährigkeit zusteht. Die Antwort ist klar: Alle noch so guten theoretischen Erklärungen bringen nichts, es muss die Handlung dazu kommen. Die Juniorwahl, wie es diese schon in Schulen gibt, zieht genau die richtige Konsequenz und kombiniert Aufklärung in der Schule mit dem Tun.

Jeder, der das einmal gemacht hat, weiss anschliessend, wie dieser vornehmste Akt der Demokratie funktioniert. Ein besseres Training in Demokratie gibt es nicht.

1. Kennen Basler Schulen die Juniorwahl? Wird dies an den Schulen schon durchgeführt? Wenn nein, warum nicht?
2. Gibt es das Basler Jugendparlament noch? Wenn ja, warum hat dort die Volks-Aktion bis heute noch keinen Sitz?
3. Wer alles kann beim Basler Jugendparlament mitmachen? Wer alles wird ausgeschlossen?

Eric Weber

24. Schriftliche Anfrage betreffend Albtraum Zuwanderung - das Buch von Udo Ulfkotte

14.5596.01

Udo Ulfkotte schrieb das Buch "Albtraum Zuwanderung - Lügen, Wortbruch, Volksverdummung". In seinem Buch kommt auch Basel vor. Der weltberühmte Autor aus dem Kopp Verlag kann nicht irren. Es ist nun meine Aufgabe als Parlamentarier und Volks-Held, seinen Basler Hinweisen nachzugehen.

Er schreibt: "Viele der Migranten sind nicht nur keine Hilfe, sondern sie müssen vom Steuerzahler teils lebenslang alimentiert werden. Wir müssen künftig offen aussprechen, was falsch gemacht wurde und dürfen die Wahrheit nicht länger mit einem Tabu belegen. Verdrängtes, das nicht ans Licht gebracht wird, kommt eines Tages auf gewaltsame Weise zum Vorschein."

Über Basel schreibt er auf Seite 239: „Kinder werden von den Roma gezielt für die Kriminalität instrumentalisiert. In Basel schnappte die Polizei an Weihnachten 2010 mehrere zum Einbruchdiebstahl abgerichtete Roma-Kinder. Sie waren nach Auffassung der Jugendstaatsanwaltschaft für mindestens fünf Einbruchversuche an nur einem Tag verantwortlich. Wie häufig in solchen Fällen bestand Unklarheit über das Alter der kleinen Roma-Einbrecher. Sie behaupten immer, noch nicht strafmündig zu sein. In einer Schweizer Stadt wie Basel stammen die jugendlichen Kriminellen heute nicht mehrheitlich aus der Schweiz. Ein Grossteil der Jugendkriminalität in Basel-Stadt ist "importiert". Eine Schweizer Zeitung schrieb 2010 über die Lage in Basel: "Besonders oft erwischt die Polizei minderjährige Zigeuner beim Einbrechen."

1. Wie ist es mit den Roma-Kindern in Basel weiter gegangen? Gibt es Zahlen zu den Roma-Kindern?
2. Wie ist die Lage heute bei den minderjährigen Zigeunern?
3. Stimmt es, dass die Fahrenden oft im Elsass wohnen?
4. Können auch die minderjährigen Einbrecher in Basel in den Polizei-Unterlagen bitte festgehalten werden, damit man später genau weiss, diese oder jene Person war in Basel schon tätig?

Eric Weber

25. Schriftliche Anfrage betreffend wie gefährlich ist die Gender-Ideologie in Basel

14.5597.01

In der Hauptstadt unseres Landes, in der Stadt Bern, hat das Gender-Mainstreaming bereits die Verwaltungssprache reformiert. Personen werden hier grundsätzlich "geschlechtsabstrakt" bezeichnet: Die "Fussgängerzone" wurde zur "Flanierzone", während "Vater" oder "Mutter" in öffentlichen Dokumenten zu "Elternteil 1" und "Elternteil 2" umgewandelt wurden.

Die Sprache der Genderisten verrät ihr eigentliches Ziel: Sie wollen das biologische Geschlecht abschaffen, die Zweigeschlechtlichkeit von Mann und Frau aufheben und stattdessen einer Vielfalt von Geschlechtern das Wort reden. Sie wollen die Ehe von Mann und Frau lediglich als eine unter vielen anderen Möglichkeiten hinstellen. Und sie wollen die Familie nicht mehr aus Blutsverwandten bestehen lassen, sondern aus sozialen Gebilden, losgelöst von der biologischen Abstammung. Letztlich kommt es dadurch zu einer grossen allgemeinen Verunsicherung und Identitätsverwirrung bei den Einzelnen sowie zu einer tiefgreifenden Unordnung auch in den kleinsten gesellschaftlichen Strukturen.

1. Gibt es schon Gender in Basel?
2. Wie ist die Meinung der Regierung über Gender?
3. Stimmt es, dass man bald nicht mehr behaupten darf, dass die Homosexualität - wie die katholische Kirche es lehrt - "eine objektive Unordnung im menschlichen Leben darstellt."? Diese Prophezeiung des damaligen Kardinals Joseph Ratzinger vom 1. April 2005 hat bereits begonnen sich zu erfüllen.

Eric Weber

26. Schriftliche Anfrage betreffend was sind die wichtigsten Massnahmen für die Erhaltung und Schaffung einer sauberen und gesunden Umwelt

14.5598.01

Ich habe grosse Angst, das Wasser in Basel aus dem Wasserhahn zu trinken.

1. Stimmt es, dass in oder bei Basel altes Wasser aufbereitet wird, dass bei uns dann aus dem Trinkhahn kommt?
2. Ist es Wasser aus dem Rhein?
3. Kann es sein, dass wir in Basel Abwasser aus WCs und Toiletten im Wasserhahn haben, welches zuvor aufbereitet wurde?
4. Wie ist es mit Keimen im Wasser?

5. Was sind die wichtigsten Massnahmen der Regierung in Basel für die Erhaltung und Schaffung einer sauberen und gesunden Umwelt?

Eric Weber

27. Schriftliche Anfrage betreffend Terror-Abwehr im Drogeriemarkt. Was macht Basel im Vorfeld der OSZE-Tagung

14.5599.01

Neues Gesetz in Österreich. Wer zu viel Grillanzünder, Nagellackentferner oder Dünger kauft, gilt bald als Terrorverdächtiger. Denn der Kampf gegen den internationalen Terror findet derzeit nicht nur in Syrien statt. Wer viel Nagellackentferner kauft oder eine grössere Menge Grillanzünder im Baumarkt, muss künftig dem Bundeskriminalamt in Österreich gemeldet werden.

Auch Maler, die Aceton zum Auswaschen ihrer Pinsel kaufen, kommen künftig auf die Terrorverdächtigen-Liste des Bundeskriminalamts. Oder Landwirte, die ihre Felder düngen. Und eben Frauen, die zu viel Nagellackentferner benützen. So sieht es zumindest die Novelle des Chemikaliengesetzes vor.

Was wie ein Schildbürgerstreich klingt, ist die nicht zu umgehende Umsetzung einer EU-Richtlinie. Denn in Europa ist die Terrorangst gewaltig, schreibt der "Kurier" am 26. September 2014 auf Seite 19. Zitat: "Befürchtet wird, dass Salafisten oder IS-Kämpfer einfach handelsüblich Chemikalien einkaufen und daraus Bomben basteln könnten."

1. Warum ist daher in Basel der Verkauf von Wasserstoffperoxid oder Nitromethan an Private nicht verboten?
2. Könnte man bitte diesen Verkauf in den vier Wochen vor dem 4. Dezember bitte verbieten? Denn es ist bekannt, aus Polizeikreisen, dass Terroristen nur mit leichtem Gepäck anreisen. Sie wollen ja nicht auffällig werden bei einer Kontrolle. Die Terroristen kaufen sich das Material alles in Basel ein, so vermuten viele Insider.
3. In Österreich ist derzeit wegen Terrorgefahr der Verkauf von Modellflugzeug-Benzin verboten. Warum ist in Basel der Verkauf von Modellflugzeug-Benzin nicht verboten? Warum holen wir uns die Terroristen ins eigene Land? Wann handelt der Regierungsrat bitte endlich?
4. In der EU-Gesetzesnovelle steht ganz klar:

Gruppe 1. Diese Stoffe dürfen seit 2. September nicht an Private abgegeben werden: Nitromethan, Wasserstoffperoxid, Chlorate und Perchlorate, Salpetersäure.

Warum dürfen all diese Stoffe aber weiterhin in Basel abgegeben werden? Leute, bitte denkt doch einmal richtig. Wir haben im Kanton hochbezahlte Mitarbeiter, die aber scheinbar pennen. Am 4. Dezember ist es dann zu spät. Kann der Regierungsrat bitte jetzt schnell handeln und Not-Gesetze erlassen? Denn ich fürchte um den weiteren guten Ruf unserer Stadt Basel. Gibt man in Google ein, Basel ist, dann kommt ja Basel ist eine Verbrecherstadt. Wie man Eric Weber fertig machen will. Bitte bedenkt, ich bin nur eine Einzelmaske. Die Terroristen sind eine Gruppe von 50 bis 70 Leuten. 11. September lässt grüssen. Ich habe vieles zum 11. September gelesen. Warum waren in den Türmen keine jüdischen Leute? Sie bekamen eine Mahnung, es kann was passieren. Und so gebe ich nun die Warnung, auch an alle Medien, am 4. Dezember kann was passieren.

5. Kann die Regierung bitte schauen, dass ab sofort verdächtige Transaktionen, Diebstahl oder Abhandenkommen von folgenden Stoffen gemeldet werden muss, an die Polizei: Hexamin, Schwefelsäure, Aceton, Nitrate, Kalkammon-Salpeter (Stickstoffdünger) und Ammoniumnitrat ?

Eric Weber

28. Schriftliche Anfrage betreffend Terroranschlag in Basel am Donnerstag, 4. Dezember 2014, 16.35 Uhr

14.5600.01

Als ehemals festangestellter Reporter bei der grössten Tageszeitung Europas, bei "Bild" in Chemnitz, habe ich noch heute ein grosses Netzwerk an Informanten. Weltweit treffe ich Politiker und Staatspräsidenten zum Meinungsaustausch. Ende November werden weitere Staatspräsidenten, im Gespräch mit mir, auf meine Homepage gestellt.

Am 4. und 5. Dezember 2014 findet in Basel das OSZE-Treffen statt.

Europäische Sicherheitsbehörden warnen schon seit längerer Zeit, dass wieder ein Anschlag fällig sei. Oftmals wird gewarnt, seit nunmehr 40 Jahren, dass es in Paris gefährlich sein kann. Oftmals wird gewarnt, dass es mit den Flugzeugen in Russland gefährlich sein kann. Und jetzt kommt Basel. Unsere Stadt. Unsere Heimat. Wir sind im Kreuzfeuer des weltweiten Terrorismus.

Basel hat eine sehr sehr schlechte Sicherheit. Man denke nur einmal, wie es einer Terror-Gruppe gelungen ist, im Basler Fussball-Stadion eine Riesen-Fahne gegen die russische Staatsfirma Gazprom zu hissen. Ich selbst wollte es auch wissen und bin der Sache nach gegangen. Ohne Ticket ist es meinen beiden Kindern und mir gelungen, zum Fussball-Länderspiel (EM Quali) Schweiz - England 0:2, am 8. September in der Ehrenlounge zu stehen und unsere Finanzministerin Eva Herzog zu begrüssen. Die Sicherheit ist in Basel gleich Null. Durch ein paar

Hintereingänge ist man schnell bei den Promis. Auch unsere Staatsschreiberin stand dort bei den Ehrengästen. Was für eine freudige Begrüssung.

Der Badische Bahnhof ist zu einem Einfallstor in die Schweiz geworden.

Die Basler Polizei verfolgt eigene Bürger, anstatt mehr zu achten, was von Aussen auf unsere Stadt kommt. Das Sicherheitskonzept hat in Basel viele Lücken.

Als Reporter bin ich der Polizei oftmals die bekannten drei Schritte voraus. Und wenn ich jetzt alles richtig zusammen komponiere und kombiniere, überlegen sich doch jetzt Terroristen weltweit, wie man am 4. Dezember zum Auftakt in Basel zuschlagen kann. Ich rechne mit 30 bis 130 Toten.

Oftmals war ich der Zeit voraus. Ich habe auch schon 1984 gesagt, dass wir im Jahre 2012 rund 10 türkisch-stämmige Grossräte im Parlament haben. Keiner hat es mir geglaubt. Und heute sage ich, wie ich es auch schon im Grossen Rat sagte, dass wir im Jahre 2032 rund 60 türkisch-stämmige und ausländische Grossräte im Parlament haben werden. So ist es halt. So ist die Lage. Damit müssen wir alle umgehen.

Und so fühle ich, dass es am 4. Dezember zu einem Terror-Schlag in Basel kommen wird. Warum? Terroristen und Verbrecher, es ist bei den Polizei-Behörden bekannt, nutzen immer den Auftakt. Aber all das verrät uns die Polizei natürlich nicht.

Eine Abschluss-Feier würde nie gestört. So war es auch beim Fussball-Spiel in Basel, als gegen Gazprom gehetzt wurde. Kaum fing das Spiel an, wurde die Riesenfahne gehisst.

Es gilt daher ein Augenmerk zu richten auf den Eröffnungstag. In diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Hat die Regierung oder die Polizei oder die Staatsanwaltschaft konkrete Hinweise, dass am 4. Dezember 2014, nach 16 Uhr, IS-Leute oder Terroristen zuschlagen können?
2. Da in Basel die OSZE tagt, ab wann werden im Badischen Bahnhof rund um die Uhr Kontrollen durchgeführt?
3. Der neue Durchgang im Badischen Bahnhof, kann dieser bitte in den zwei Wochen vor der OSZE geschlossen werden? Denn dort steht kein Pass-Hüsli.
4. Wieviele Polizisten stehen am 4. Dezember in Basel im Einsatz?
5. Wieviele Zivilbeamte stehen am 4. Dezember in Basel im Einsatz?
6. Wieviel Militär wird am 4. Dezember in Basel im Einsatz stehen?
7. Weiss die Regierung und die Sicherheit überhaupt, wo der Russische Aussenminister oder der Amerikanische Aussenminister nächtigen werden?
8. Grossrat Eric Weber wird am 4. und 5. Dezember 2014 nicht in Basel sein. Die Gründe dazu werden von mir am 2. Dezember in allen Medien und in Radio und TV publiziert. Hat die Regierung Verständnis für Menschen, die Angst vor einem Terror-Anschlag in Basel haben und daher die Stadt kurzfristig verlassen?
9. Die Staatsgäste werden wohl vor allem in Basel-Mühlhausen landen. Aber der Flugplatz ist Land von Frankreich. Der Flughafen hat doch zwei Teile. Ein Teil Frankreich. Ein Teil Schweiz. Werden die Staatsgäste über den Frankreich-Teil oder über den Schweiz-Teil einreisen?
10. Die Polizei sagt fast überall in Europa folgendes: Wenn ein Politiker aus dem Ausland kommt und dieser hat eigene bewaffnete Bodyguards dabei, dann sei dies nicht legal, solange es nicht vorher mit den örtlichen Behörden abgesprochen ist. Wie ist da nun die Lage in Basel? Nehmen wir an: Politiker XY aus Deutschland reist nach Basel an, z.B. Aussenminister und Ex-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier. Er kommt doch auch nach Basel. Dürfen seine deutschen Bodyguards ihre Waffe mitführen oder nicht? Denn bei Herrn Le Pen hiess es einmal, seine Bodyguards dürfen keine Waffen bei sich haben. Wie ist es mit den Waffen in Basel geregelt? Dürfen die Aussenminister ihre Bodyguards mit Waffen mitbringen oder nicht? Müssen die Waffen in Basel registriert werden?
11. Wird es bei der Polizei für die Zeit von Anfang Dezember eine Urlaubs-Sperre geben?
12. Kann es sein, dass viele Polizisten Überstunden machen müssen Anfang Dezember? Wenn ja, kann dies zu Ermüdungserscheinungen und zu gefährlichen Ausfällen fallen. Wie sorgt die Polizei vor, dass die Polizisten und Sicherheitsleute nicht übermüdet sind und dann evtl. zu Kurzschluss-Handlungen kommen?
13. Viele Berufs-Demonstranten reisen nach Basel an. Es wäre daher sinnvoll, wenn man diese schon im Vorfeld aus dem Verkehr ziehen würde. Viele werden mit Bussen aus dem Ausland und aus anderen Kantonen anreisen. Man sollte diese Busse schon im Elsass oder bei Freiburg abstoppen. Gibt es da Absprachen mit den Behörden in Deutschland und Frankreich?
14. Viele Demonstranten werden mit dem Zug ab Zürich anreisen. Kann die Polizei schon vor Basel die Demonstranten im Zug überprüfen?
15. Wie sieht ein Notfall-Plan aus, sollten Demonstranten alles in Basel lahmlegen? Könnte man dann z.B. auf die Chrischona bei Riehen ausweichen? Dort gibt es ein grosses Kongress-Zentrum, welches ich kürzlich mit der dortigen Pressestelle besichtigt habe. Anders gefragt: Sollte das Kongresszentrum im Kleinbasel wegen Demonstranten oder Terror-Anschlag ausfallen, könnte man z.B. auf die Chrischona ausweichen? Wie findet die Polizei meinen Vorschlag? Ich habe auch Verständnis dafür, dass aus Sicherheitsgründen auf nicht alle meine Fragen geantwortet werden kann.

16. Aber ich will nur auf mögliche Sicherheitslücken aufmerksam machen, als interessierter Bürger. Daher die letzte Frage: Wichtig ist der Kontakt zwischen Politiker und Bürgern. Wie hat der einfache Bürger die Möglichkeit, mit den Spitzenleuten der Politik einmal ins Gespräch zu kommen. Wo kann man sich als Zaungast positionieren? Gedacht sei an die vielen Autogramm-Sammler. Viele Bürger gehen in die Hotels und warten dort im Frühstücksraum auf die Ehrengäste. Kann die Basler Bevölkerung auch an diesem OSZE Anlass teilnehmen? Oder dient unsere schöne Stadt nur aus Kulisse? Und die Bevölkerung bleibt hinten vor.
17. Haben die Behörden überhaupt schon einmal nachgefragt und überprüft, warum genau für die Zeit von Ende November 2014 und Anfang Dezember 2014 vermehrt nach Visums für die Schweiz nachgefragt wird, vor allem aus asiatischen und arabischen Ländern? Was ist hier im Gange zum Nachteil unserer schönen Stadt? Ich leide bestimmt nicht unter Verfolgungswahn, aber als Journalist und Politiker kennt man viele Details, die der Normalbürger nie hat.
18. Nie mehr werden so viele Ehrenbürger nach Basel kommen. Auch die Terroristen sehen sich als Ehrenbürger. Aber jetzt, ernsthaft gefragt: Da viele Promis dann in Basel sind, wie Steinmeier, wie der Russische Aussenminister, ist es der Basler Staatskanzlei und unserer Staatsschreiberin bitte möglich, zu sehen, dass sich diese wichtigen Ehrenbürger ins "Goldene Buch" unserer Stadt als Gäste eintragen? Nie mehr in den nächsten 50 Jahren, wir werden es nicht mehr erleben, kommen so viele Promis auf einen Schlag nach Basel. Wird bitte von der Staatskanzlei dafür Sorge getragen, dass sich diese Promis bitte auch ins Buch für besondere Gäste eintragen? Ich komme gerade nicht darauf, wie sich dieses Buch in Basel nennt.
19. Ich würde mich gerne auch in dieses Goldene Buch der Stadt Basel eintragen. Als jüngster Parlamentarier Europas. Von 1984. Wenn man mich in dieses Buch auch eintragen lässt, trete ich als Grossrat am 3. Dezember 2014 zurück. Was meint die Regierung dazu?

Eric Weber

29. Schriftliche Anfrage betreffend Haustürbesuche im Wahlkampf

14.5601.01

Damit die Basler Staatsanwaltschaft einmal weiss, wie der politische Laden läuft, fühle ich mich gezwungen, diese Anfrage zu stellen.

In Frankreich, in Deutschland und in Österreich habe ich im Wahlkampf schon sehr viele Haustürbesuche gemacht. Und ich habe auch zahlreiche Unterschriften für Wahlteilnahmen in Frankreich, Deutschland und Österreich gesammelt. Über Wochen und Monate hinweg. Alles ging normal. Alles klappte. Alles war perfekt.

Nur in Basel tobt ein Krieg der Vernichtung. Egal was Eric Weber im Wahlkampf macht, es passt nicht.

Wahlkampf durch Haustürbesuche. Das ist was ganz normales. Diese Aktion kommt bei den Wählern immer sehr gut an und man gewinnt zusätzliche Stimmen.

1. Wie denkt der Regierungsrat über Haustürbesuche im Wahlkampf?
2. Sind Haustürbesuche in Basel verboten? Denn so denkt die linke Staatsanwaltschaft.
3. Wie ist es mit Haustürbesuchen im Altersheim?

Eric Weber

30. Schriftliche Anfrage betreffend Basler Kriminalität explodiert

14.5602.01

Die Stadt Basel kann das Eigentum ihrer Bürger nicht mehr schützen. Alle acht Stunden wird in eine Wohnung eingebrochen. Jede Nacht gibt es fünf bis sieben Überfälle. Die Basler Zeitung berichtet und kommt mit der Berichterstattung kaum noch nach.

Traumatisierte Bürger fühlen sich in den eigenen vier Wänden nicht mehr sicher. Seit dem Wegfall der Grenzkontrollen sind die Fallzahlen sprunghaft gestiegen.

Polizeivertreter klagen: Wir haben zuwenig Leute, laufend werden Stellen gestrichen. Behörden empfehlen: Investiert mehr Geld in Sicherheitstechnik. Statt erfolglose Anzeigen zu erstatten, beauftragen Bürger private Sicherheitsdienste oder bilden Bürgerwehren.

1. Wieviele private Sicherheitsdienste gibt es in Basel?
2. Gibt es da Zahlen über die Mitarbeiter? Sind es 3400 oder 3550 Mitarbeiter?
3. Gibt es schon Bürgerwehren in Basel? Ist der Regierung etwas bekannt?
4. Darf Eric Weber in seinem Wahlkreis eine private Bürgerwehr bilden?

Eric Weber

31. Schriftliche Anfrage betreffend Datenschutz und wo kann man seine Akten einsehen

14.5603.01

Wir haben viele neue türkisch-stämmige Grossräte in Basel. Mit vielen davon habe ich einen anständigen Kontakt. Wir tauschen uns z.B. mit Zeitungen und Informationen aus. Und ich sage nochmals: Wenn wir in Basel einen türkischen Regierungsrat oder gar einen türkischen Regierungspräsidenten haben, dann bin ich der Verhandlungspartner der noch verbliebenen aufständischen Rand-Schweizer aus dem Kleinbasel. Auch in Krisensituationen muss es Gespräche und Verhandlungen geben.

Viele türkisch- und kurdisch-stämmige Neu-Grossräte fragen mich nun, wo man seine Stasi-Akte einsehen kann, die die Schweizer Polizei führt.

1. Kann ein Basler Grossrat in Basel seine Polizei-Akte einsehen? Vor 6 Jahren wurde bekannt, dass über alle türkisch-stämmigen Grossräte eine Akte bei der Geheimpolizei liegt.
2. Kann ein Basler Grossrat bei der Geheimpolizei seine Akte einsehen?
3. Kann ein Basler Grossrat bei der Bundespolizei seine Akte einsehen?
4. Bitte, wo konkret muss man ein Gesuch mit Ausweis-Kopie hin senden, damit man die Kopie, geschwärzt, seiner Akte sehen kann?

Eric Weber

32. Schriftliche Anfrage betreffend gibt es militärische Überflüge über unserem Basel

14.5604.01

Ich war im November 1999 auf einer wunderschönen Reise, 2 Wochen durch den Kaukasus. In Russland. Während zwei Wochen hatte ich keinen einzigen Schweizer gesehen. Meine Führerin vor Ort war eine junge, hübsche Russin.

Bei einem Bahnhof sahen wir einen ganz langen Militärzug. Dieser transportierte von Moskau kommend Lastwagen und Panzer. So viel Kriegsmaterial habe ich zuvor noch nie gesehen. Ich hatte zwar in der DDR in den Jahren von 1963 bis 1990 sehr viel russisches Militär gesehen, aber was ich in Russland gesehen habe, nahm mir schon den Atem. Daher gehöre ich zu den Kriegs-Gegnern. Ich sagte immer: In der Schweiz machen wir Krieg mit Worten, aber niemals mit Waffen. Ich habe auch Angst vor einem 3. Weltkrieg. Dann gehen wir alle drauf. Dann müssen wir alle sterben.

1. Was macht die Basler Regierung, damit Basel nie in einen Krieg verwickelt wird?
2. Gibt es in Basel militärische Überflugsrechte? Wenn ja, von welchen Staaten? Ich weiss, Basel ist nicht gross, aber ich hatte schon als jüngster Schweizer Grossrat in einer Anfrage nachgefragt, warum wir auf unserem Flughafen Militär aus den USA mit Zwischenlandungen haben.

Ich bekenne mich ganz klar für Russland und ich würde nie mehr in die USA reisen.

Eric Weber

33. Schriftliche Anfrage betreffend TTIP - Transatlantischer Traum oder der Ausverkauf der Demokratie

14.5605.01

Im Frühjahr 2013 wurden der EU-Lobby-Expertin Pia Eberhardt von einer unbekanntenen Quelle geheime Dokumente eines EU-Verhandlungsmandats zugespielt. Es ging um geheime Details des geplanten Freihandelsabkommens TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) zwischen den USA und der EU. Zur Debatte steht eine lange Wunschliste von Konzernlobbyisten und Finanzinstituten: Die Lockerung der Lebensmittelsicherheit, laxere Umwelt- und Chemiestandards, Arbeitsschutzbestimmungen des Arbeitsrechts, staatlicher Schutz für Bildung und Kultur.

Kurz: Es geht um die Ökonomisierung aller Lebensbereiche, der gesamten Daseinsvorsorge. Sonderschiedsgerichte, besetzt von global agierenden Anwaltskanzleien, sollen den "Investitionsschutz multinationaler Unternehmer" garantieren. Rechtsstaatliche Errungenschaften sowie nationale Rechtsstandards zählen dann nicht mehr. Politiker versprechen Wachstum und Arbeitsplätze. Doch die Zahl der Kritiker wächst, die öffentliche Stimmung droht zu kippen, während der Propagandaapparat der Lobbyisten auf vollen Touren läuft.

1. Ist die Basler Regierung für den EU-Beitritt der Schweiz?
2. Wie steht die Regierung zu TTIP?
3. Die Schweiz ist nicht EU-Mitglied. Aber die Schweiz hat Verträge mit der EU. Hat auch Basel Verträge mit der EU?
4. Anders gefragt: Betrifft TTIP auch Basel oder müssen wir im Kleinbasel noch keine Angst haben?

Eric Weber

34. Schriftliche Anfrage betreffend Zahl der Dienstwagen verringern

14.5606.01

Basel hat viele Dienstwagen.

1. Wieviele Dienstwagen hat der Kanton?
2. Was war der Neuwert dieser Dienstwagen? Wie hoch war die Anschaffung?
3. Kann man die Dienstwagen reduzieren? Denn viele Regierungsräte fahren ja mit dem Velo.
4. Kann man bitte auf preiswertere Modelle umsteigen, z.B. von BMW oder Mercedes auf Skoda oder Lada?

Eric Weber

35. Schriftliche Anfrage betreffend Feierlichkeiten bei Mitarbeiter-Geburtstagen generell erst ab 16 Uhr gestatten

14.5607.01

Wir leben in einer schnelllebigen Zeit. Bei jeder Kleinigkeit gibt es schon eine Feier. Oft wird auch schon mittags mit der Feier angefangen.

1. Wie verhält es sich bei Feiern von Kantonsmitarbeitern?
2. Könnte man bitte dafür Sorge tragen, dass die Feierlichkeiten bei Mitarbeiter-Geburtstagen generell erst ab 16 Uhr stattfinden?

Eric Weber

36. Schriftliche Anfrage betreffend Dienstbefreiung für "Geburtstagskinder" streichen

14.5608.01

Auch Basel geht schweren Zeiten entgegen. Wenn Vasella seinen Worten Taten folgen lässt, verlässt Novartis einmal Basel. Dann fehlen uns diese Steuereinnahmen. Überall müssen wir jetzt anfangen, zu sparen. Es ist Aufgabe jedes Grossrates, sich dazu Gedanken zu machen.

Kann man bitte in Basel die Dienstbefreiung für "Geburtstagskinder" streichen?

Eric Weber

37. Schriftliche Anfrage betreffend Arbeitgeberdarlehen an Mitarbeiter

14.5609.01

Notwendigkeit von Arbeitgeberdarlehen an Mitarbeiter überprüfen.

1. Gibt es in Basel Arbeitgeberdarlehen an Mitarbeiter?
2. Wenn ja, wieviele davon sind bekannt?
3. Kann man diese Art von Darlehen bitte abschaffen?

Eric Weber

38. Schriftliche Anfrage betreffend Reinigungsstandards und -rhythmen überprüfen

14.5610.01

Schul- und Bürogebäude höchstens alle zwei Tage, Glasflächen höchstens halbjährlich reinigen.

1. Kann man die Schulen und Büros bitte ab sofort nur noch alle zwei Tage putzen? Das würde Basel pro Jahr rund 1'900'000 Franken sparen.
2. Was meint der Regierungsrat zu meinen Sparvorschlägen?

Eric Weber

39. Schriftliche Anfrage betreffend Kanalreinigung und Schlammabfuhr

14.5611.01

Kanalreinigung und Schlammabfuhr privatisieren.

Warum kann die Kanalreinigung und Schlammabfuhr in Basel nicht privatisiert werden? Es würde billiger kommen.

Eric Weber

40. Schriftliche Anfrage betreffend Abschaffung der Friedhofsgärtnerei

14.5612.01

Kann die Regierung auf die Friedhofsgärtnerei verzichten, weil diese in der Regel nicht kostendeckend arbeiten kann? Private würden es billiger machen.

Grabpflegearbeiten generell auf private Anbieter übertragen.

Eric Weber

41. Schriftliche Anfrage betreffend Pachtzinsen für Kleingärten und Grabland überprüfen

14.5613.01

In Basel gibt es viele Kleingärten. Und gekaufte Gräber.

1. Wann wurden letztmals die Pachtzinsen für Kleingärtner erhöht?
2. Wie verhält es sich bei Gräbern?

Eric Weber

42. Schriftliche Anfrage betreffend in welcher Hand ist der Basler Verkehrsverein

14.5614.01

Obwohl Polit-Profis, kann ich nicht alles wissen. Es gibt in Basel ja auch keine Kurse für Grossräte und Politiker. Und der politische Feind erklärt einem eh nichts. Daher bitte nicht böse sein, da ich vieles mir erfragen muss. Auch als Profi.

1. Im Bereich Basel Tourismus, kann die Aufgabe vom kommunalen Verkehrsamt auf private Träger (z.B. Verkehrsvereine) übertragen werden?
2. Wie hoch ist der Anteil vom Kanton bei Basel Tourismus?
3. Ist Basel Tourismus das gleiche wie der Basler Verkehrsverein? Oder hiess Basel Tourismus früher einmal Basler Verkehrsverein?

Eric Weber

43. Schriftliche Anfrage betreffend frische Socken im Knast

14.5615.01

Strafgefangene haben nach einer Gerichtsentscheidung regelmässig Anrecht auf saubere Unterwäsche und Socken. Eine Justizvollzugsanstalt müsse beides für einen täglichen Wechsel bereitstellen, wenn ein Inhaftierter das verlange, entschied das Oberlandesgericht Hamm in West-Deutschland.

Der tägliche Wechsel gelte als gesellschaftliche Norm oder zumindest als wünschenswert. Eine unzureichende Ausstattung mit Anstaltskleidung könne auch eine unzureichende Körperhygiene zur Folge haben. Und die könne sich nach der Haftentlassung negativ auswirken, etwa beim Wiedereinstieg ins Arbeitsleben. Ein 60-jähriger Gefangener hatte einen Antrag auf Entscheidung gestellt. Er hatte wöchentlich vier Garnituren Unterwäsche und zwei Paar Socken bekommen.

Als ich in Basler U-Haft war und dort mit Rauch Tag wie Nacht gefoltert wurde, wurde meine Unterhose gelb, denn ich konnte ja eine Woche lang keine Wäsche wechseln.

1. Warum bekam Grossrat Eric Weber in der Basler U-Haft während einer Woche nicht einmal eine frische Unterhose?
2. Wie ist es in der Basler U-Haft geregelt? Bekommt man dort keine Unterwäsche?

Eric Weber

44. Schriftliche Anfrage betreffend wenn mit Kanonen der Staatsanwaltschaft auf den Spatzen Eric Weber geschossen wird

14.5616.01

Schon viele Zeitungen haben in den letzten 30 Jahren über mich positiv berichtet, so u.a. auch Beat Alder im damaligen Basler Bebbi, wie mit Kanonen auf den Spatz Eric Weber geschossen wird.

Die Staatsanwaltschaft ist nicht neutral. Beleidigt Eric Weber jemanden, dann wird gleich ganz grosses Geschütz aufgeföhren. Wird aber Eric Weber von jemand beleidigt und wehrt sich dagegen, dann bekommt der Täter Hilfe von der Staatsanwaltschaft.

Ein durchgeknallter Basler meint, Eric Weber sei ein Sadist. Daher stellte ich Strafanzeige. Und die Stawa musste ermitteln. Aber dann griff die Stawa in die Kiste der Frechheiten und Unfairness. Sie hat den Täter, ohne Aktennotiz zu machen, zu einem nochmaligen Gespräch geladen. Und dort sagte man ihm, er solle seine Aussage zurück ziehen, denn sonst würde Eric Weber obsiegen.

1. Findet der Regierungsrat nicht auch, dass die objektive Arbeit der Stawa nicht mehr gewährleistet wird?
2. Es kann doch nicht sein, dass ein Täter frei gesprochen wird und ein anderer Täter, bei gleichem Delikt bestraft wird?
3. Kann die Regierung der Staatsanwaltschaft die Weisung geben, sie solle bitte bei jeder Person neutral urteilen?

Eric Weber

45. Schriftliche Anfrage betreffend wohlhabend auf Dauer

14.5617.01

Mit jährlich 21'000 Franken pro Kopf gibt der Staat für die Basler landesweit mit Abstand am meisten aus. Die Weltkonzerne im Chemie- und Pharmabereich bezahlen scheinbar gut, sogar sehr gut.

Basels Einnahmen hängen von den Standortfaktoren, der Standorttreue der Multis und Reichen und von der Konjunktur ab.

1. Sieht es der Regierungsrat auch so, dass die Einnahmen nicht als dauerhaft gesichert gelten können?
2. Wieviel Steuern bezahlt Clariant in Basel?
3. Wieviele Steuern bezahlt die UBS in Basel?
4. Wieviele Steuern bezahlt die Roche in Basel?
5. 21'000 Franken werden in Basel pro Kopf und Jahr ausgegeben. Aber wie verteilt sich diese Summe? Bitte eine Aufstellung, die in etwa so Aussehen kann: 5'000 Franken pro Jahr für Kantonsangestellte, 5'000 Franken pro Jahr für Instandhaltung von Strassen, Wasserleitungen, Brücken und Häusern. Etc. Anders gefragt: Wie verteilen sich diese 21'000 Franken pro Jahr, wenn man es auf den einzelnen Bürger runter rechnet?

Eric Weber

46. Schriftliche Anfrage betreffend wie wird die Quartierarbeit ausgebaut und finanziert

14.5618.01

Basel hat 19 Quartiere (Stadtteile). Wie muss man das aber genau verstehen?

1. Haben die 19 Basler Quartiere hoheitliche Funktionen?
2. Gibt es Quartier-Räte, sogenannte Quartier-Parlamente?
3. Es gibt Quartierzeitungen. Welche Unterstützung gibt die Regierung für die Quartiere?
4. Erhält die Quartierzeitung aus dem Hirzbrunnen, Quart, Geld-Hilfe oder Geld-Unterstützung vom Kanton?
5. Erhält die Zeitung Vogel Gryff Geld-Hilfe vom Kanton?

Eric Weber

47. Schriftliche Anfrage betreffend Zeitungen in Basel, wie teuer sind die Zeitungsboxen

14.5619.01

Die Basler Zeitung ist die grösste Zeitung der Region. Sie befasst sich täglich mit politischen Ereignissen im In- und Ausland, Wirtschaft und Sport. "20 Minuten" und "Blick am Abend" sind boulevardeske Gratisblätter, die in Zeitungsboxen erhältlich sind.

Der Baslerstab ist leider Anfang 2014 vom Markt verschwunden. Früher schon sind folgende Gratiszeitungen eingegangen: Metropol, News, Heute und CH.

1. Bekommen Blick am Abend und 20 Minuten die Zeitungsboxen kostenfrei?
2. Wenn die Zeitungsboxen kostenfrei sind, warum ist dies der Fall?
3. Wenn die Zeitungsboxen nicht kostenfrei sind, wie teuer kommt eine Zeitungsbox?
4. Müssen die Gratiszeitungen auch für die Verunreinigung der Stadt aufkommen, denn überall liegen die Gratisblätter umher. Auch der Schreibende dieser Zeilen lässt diese Blätter gerne einmal im Traum zurück liegen.

Eric Weber

48. Schriftliche Anfrage betreffend Basler Stadtmarkt

14.5620.01

Auf dem Marktplatz vor dem berühmten roten „Roothuus“ reisen jeden Werktag die Händler aus Basel und Umgebung an und bieten Obst und Gemüse, Brot, aber auch Spezialitäten aus Italien und Spanien an. Vertreter von ökologischem Anbau sind z.B. Bioland (Obst und Gemüse), Bio Andreas (Backwaren) und das Vital Speisehaus aus Dornach mit Demeterprodukten.

1. Gibt es eine Warteliste für neue Standbetreiber?
2. Für einen normalen Stand, wie hoch ist da die Standgebühr?
3. Wie lange ist ein Stand-Vertrag gültig? Für ein Jahr oder für zwei Jahre? Wie sind hier bitte die Regelungen?

Eric Weber

49. Schriftliche Anfrage betreffend neue Schiffe für die Personenschifffahrt

14.5621.01

Die Basler Personenschifffahrt ist aus unserer Stadt nicht mehr weg zu denken. Früher gab es einmal Krach bei der Verwaltung, ich glaube, weil dort sogar zwei Direktoren tätig waren.

1. Wem gehört die Basler Personenschifffahrt? Ist es zu 100% eine Kantons-Firma?
2. Wieviele Direktoren hat die Basler Personenschifffahrt heute?
3. Gibt es schon Pläne für neue Schiffe?
4. Gibt es schon Pläne, wohin alte Schiffe verkauft werden? Oder werden diese ins Ausland verschenkt?
5. Es wäre toll, wenn man in Basel ein permanentes Hotelschiff einrichten könnte? Besteht dazu die Möglichkeit? Denn Hotelschiffe, die ständig vor Anker liegen, ziehen immer viele Gäste an. Der Schreibende dieser Zeilen hat selbst sehr gerne immer auf dem Hotelschiff in Dresden gelebt, der damaligen Elbresidenz, die aber 1994 leider abgezogen wurde und heute als „Road to Mandalay“ durch Burma fährt.

Eric Weber

50. Schriftliche Anfrage betreffend wie rüstet sich die Stadt für weitere Asylbewerber

14.5622.01

Schlägt man dieser Tage Zeitungen in Europa auf, kommt überall das Asylthema. In diesem Sinne auch meine wichtige Anfrage.

1. Wieviele Asylanten leben aktuell im Kanton?
2. Mit wie vielen Asylanten ist in den nächsten Monaten zu rechnen?
3. Wo überall sind in der Stadt Basel und in Riehen oder Bettingen Asylbewerber untergebracht?
4. Wieviele Asylbewerber leben weiterhin in Hotels?
5. Welche Überlegungen gibt es in der Stadtverwaltung weiteren Wohnraum für neu ankommende

Asylbewerber zur Verfügung zu stellen?

6. Woher kommen die Asylbewerber, die in der Stadt Hof eine Bleibe gefunden haben?
7. Viele Gutmenschen wollen sich ehrenamtlich engagieren oder wollen Wohnraum zur Verfügung stellen. Gibt es derzeit schon einen Ansprechpartner in der Stadt?
8. Könnte Regierungsratspräsident Morin auch ein bis zwei Asylbewerber aufnehmen, bei sich zu Hause?
9. Stimmt es, dass 700 Asylbewerber aus Eritrea zur Zeit Sozialhilfe in Basel bekommen und dass dies pro Jahr 13'000'000 Franken kostet?
10. Warum können diese Asylbewerber nicht in ihr Heimatland zurück geschafft werden?

Eric Weber

51. Schriftliche Anfrage betreffend wie hoch sind die Gesundheitsausgaben für ausländische Schwerverbrecher in Basel

14.5623.01

Ein mit mir befreundeter Gefängnisarzt berichtet mir immer. Er hat die Schnauze richtig voll. Daher bin ich von der Quelle informiert und ich weiss, von was ich spreche. Der Gefängnisarzt ärgert sich z.B. über Kriminelle aus Kasachstan, die in Westeuropa in Gefängnissen sitzen und sich hier behandeln lassen. Laut seiner Aussage kostet eine Drogentherapie um die 70'000 Franken und eine Hepatitis-Therapie auch um die 70'000 Franken. Wie ist es in Basel?

1. Werden in Basel ausländischen Verbrechern im Gefängnis Drogen-Therapien ermöglicht?
2. Wenn es solche Drogen-Therapien gibt, wie viele gibt es davon und wie teuer sind diese in Basel?
3. Welche Ärzte führen solche Drogen-Therapien durch?
4. Werden in Basel ausländischen Verbrechern Hepatitis-Therapien ermöglicht?
5. Wenn es solche Hepatitis-Therapien gibt, wie viele gibt es davon und wie teuer sind diese in Basel? Wer bezahlt dieses Geld?

Eric Weber

52. Schriftliche Anfrage betreffend welche Werbeagenturen arbeiten für Basel-Stadt

14.5624.01

Mit Politikerreden ist es wie mit dem Verpackungsmüll aus dem Supermarkt: Oft überflüssig, irreführend bebildert und schwer zu entsorgen. Unablässig werden wir mit Propagandaparolen und Hüllwörtern überschüttet, die mit der Realität etwa so viel zu tun haben wie die fröhlich herumtollenden Schweine auf dem Wurst-Etikett. Zunehmend wird Politik von Werbeagenturen und Imageberatern gemacht. Entsprechend ist sie beschaffen. Inhalt? Fehlanzeige und zweitrangig. Auf die Verpackung kommt es an, auf Signale und "Botschaften". Und die lassen sich jederzeit der Lage anpassen, schnell und unkompliziert.

Das ruft mich auf den Plan.

1. Welche Werbeagenturen arbeiten für Basel-Stadt?
2. Welche Werbeagentur war nun für die Werbung zuständig, wir sind fremdenfeindlich?

Eric Weber

53. Schriftliche Anfrage betreffend warum wurde mein Führerschein in Basel vernichtet

14.5625.01

Ich habe lange in der DDR gelebt und dann in der BRD. Da ich meinen Schweizer Führerschein in Deutschland umschreiben musste, bekam ich einen Deutschen Führerschein. Und mein alter Schweizer Führerschein wurde eingezogen. Später bekam ich dann mit, dass mein Schweizer Führerschein nach Basel geschickt wurde.

So ging ich im Sommer 2012 auf die Führerscheinstelle bei der Polizei an der Clarastrasse. Dort sagte mir eine freche Dame, dass mein Führerschein vernichtet wurde. "Man hat keinen Platz, die Führerscheine alle aufzubewahren", warf mir diese unattraktive Frau noch an den Kopf.

1. Warum werden wir Schweizer nicht benachrichtigt, wenn unser Führerschein in Basel vernichtet wird?
2. Warum wurde der Führerschein von Eric Weber vernichtet?
3. Wann genau wurde der Führerschein von Eric Weber vernichtet?

4. Wie ist das mit den Führerscheinen bitte geregelt? Oft zieht man beruflich von einem Land ins andere und dann wieder zurück. So wäre es doch einfach, wenn der Führerschein hinterlegt wird und eben nicht gleich vernichtet wird.
5. Ich habe nun nur noch den Deutschen Führerschein. Mit diesem Führerschein darf ich aber in der Schweiz nicht fahren. Mit diesem Führerschein darf ich scheinbar nur in Deutschland fahren. Kann ich den Deutschen Führerschein nun in einen Schweizer Führerschein umschreiben lassen? Wenn ja, wie teuer ist das bitte?
6. Warum kann man in Basel die Führerscheine bitte nicht sammeln? Es nimmt doch nicht viel Platz weg.

Eric Weber

54. Schriftliche Anfrage betreffend welche Abos werden im 8-er Tram nach Deutschland akzeptiert

14.5626.01

Die Frage, ob neben dem U-Abo auch das GA und das Halbtax auf der Strecke nach Deutschland gültig sein werden, ist laut BVB-Mediensprecherin Dagmar Jenny noch nicht geklärt. "Es laufen weiterhin Gespräche. Einen Termin gibt es noch nicht", sagt sie gegenüber Grossrat Eric Weber.

1. Bis wann gibt es in dieser Sache Rechtssicherheit?
2. Wie ist es mit dem Mobility-Ticket? Ist dies bis Deutschland gültig?
3. Wie ist es mit der Deutschen Bahncard. Ist diese dann auch im Tram gültig? Mit Bahncard 100 kann man überall Zug, Bus und Tram fahren. Also müsste man dann auch mit dem Tram in Basel kostenfrei fahren können, zumindest mit dem 8er. Aber bis zu welcher Station?

Eric Weber

55. Schriftliche Anfrage betreffend Meinungsfreiheit

14.5627.01

Wir halten die Meinungsfreiheit und somit eine offene Diskussionskultur für eines der wichtigsten Güter der Gesellschaft. Wir wenden uns mit Nachdruck gegen zunehmend verbreitete Tendenzen selbsternannter Gesinnungswächter, Andersdenkende einzuschüchtern oder gesellschaftlich auszugrenzen. Die VA setzt sich dafür ein, dass auch Religionskritik der Meinungsfreiheit unterliegt.

Wir treten dafür ein, dass auch Auffassungen, die abseits vom Meinungskorridor der etablierten Parteien liegen, angemessen in der Berichterstattung der Medien Platz finden. Die Freiheit der Medien darf nie eingeschränkt werden.

1. Unterliegt die Religionskritik auch weiterhin in Basel der Meinungsfreiheit? Oder ist Religionskritik schon verboten? Wenn ja, warum?
2. Wie sieht die Basler Regierung, dass die Basler Zeitung in Händen von Herrn Blocher ist? Sollte die Basler Zeitung nicht in den Händen von Herrn Blocher liegen, dann hat er aber im Hintergrund das Sagen. Wie sieht die Basler Regierung der Wechsel der linksradikalen Basler Zeitung zu einer bürgerlichen Basler Zeitung in den letzten drei Jahren?
3. Was unternimmt die Basler Regierung konkret für Meinungsfreiheit? Oder wie denkt die Regierung über Meinungsfreiheit?

Eric Weber

56. Schriftliche Anfrage betreffend parallele Rechtsordnung muss verboten werden

14.5628.01

Da wir unseren Rechtsstaat bejahen, treten wir entschlossen jeglichem Versuch entgegen, innerhalb unserer Rechtsordnung parallele Rechtsordnungen zu etablieren, die dem geltenden Recht in Basel widersprechen.

Kriminalität darf weder geduldet noch bagatellisiert, sondern muss bekämpft werden. Weltanschauung oder Religion dürfen bei Strafverfolgung und Strafzumessung keine Rolle spielen.

1. Warum gibt es in Basel durch Ausländer schon eine parallele Rechtsordnung?
2. Anerkennt die noch offizielle Basler Justiz Urteile der ausländischen Justiz in Basel, gemeint ist die parallele Rechtsordnung?

Eric Weber

57. Schriftliche Anfrage betreffend stimmt die Aussage der Polizei in Sachen Unterschriften-Sammlung

14.5629.01

Am Freitag, 24. Oktober 2014, haben zwei Frauen vor dem Coop Clarastrasse Unterschriften gesammelt für Zahnmedizin muss bezahlbar sein.

Die zwei Frauen hatten noch zwei Ständer auf den Gehweg gestellt, wo auf ihr Anliegen aufmerksam gemacht wurde. Ich ging dann auf den Claraposten und sprach dort mit dem Polizisten Arda oder Anda. Er sagte, er muss es abklären, ob dies mit den zwei Ständern gestattet ist oder nicht. Er muss die Zentrale fragen.

Ein paar Minuten später sah ich Polizist Anda mit einem anderen Polizisten zusammen die beiden Frauen sprechen. Zu mir meinte Herr Anda, es wäre nicht verboten, beim Unterschriften sammeln noch Ständer auf den Gehweg zu stellen.

1. Wie ist die Regelung? Wenn man Unterschriften sammelt, darf man dann noch Werbe-Ständer hinstellen? Ich gehe davon aus, dass solche Ständer genehmigt werden müssen?
2. Wenn die Werbe-Ständer der zwei Frauen scheinbar erlaubt sind, warum ging denn Polizist Anda und noch ein anderer Polizist zu den Frauen?
3. Waren die zwei Werbe-Ständer "Zahnmedizin muss bezahlbar sein" am 24. Oktober genehmigt, ja oder nein?
4. Wenn die zwei Werbeständer nicht genehmigt wurden, warum wurden diese von der Polizei nicht entfernt?
5. Ist es also richtig, dass jede Partei, auch die VA, Unterschriften sammeln kann und gleichzeitig einen Werbeständer oder sogar zwei aufstellen kann? Wir von der VA werden auf unseren Werbeständer schreiben: "Gegen Ausländer und Asylanten in unserer Heimat - Liste Ausländerstopp." Geht das so in Ordnung?

Eric Weber

58. Schriftliche Anfrage betreffend deutsche Grenzbeamte im Basler Tram

14.5630.01

Das 8-er Tram darf bald bis nach Deutschland fahren. Aber da die Schweiz nicht EU-Mitglied ist und das auch in 1000 Jahren noch nicht sein wird, ist mit erhöhter Rechtsunsicherheit zu rechnen.

1. Bis zu welcher Haltestelle darf ein Deutscher Zöllner mitfahren?
2. Bis zu welcher Haltestelle darf ein Deutscher Grenzpolizist mitfahren?
3. Kann ein Deutscher Beamter einen Schweizer im Tram, auf Schweizer Boden, verhaften und diesen ausschaffen und mitnehmen nach Deutschland? Wie ist hier die Rechtslage?
4. Nehmen wir an, ein Schweizer nimmt eine Vorladung vor Gericht in Deutschland nicht an. Er wird dann ausgewiesen. Und wie es der Zufall will, sitzt er im 8er Tram. Kann der Deutsche Beamte diesen dann im Tram verhaften und ihn an das Gericht ausliefern, bis dort die Verhandlung statt findet?

Eric Weber

59. Schriftliche Anfrage betreffend Straftäter verfolgen statt Strafzettel schreiben

14.5631.01

Viele Kleinbasler greifen sich an den Kopf und sagen: "Diese Regierung verstehen wir nicht mehr. Daher wählen wir Eric Weber."

Im Stadtgebiet werden viele Strafzettel verteilt wegen falsch Parken.

1. Zu welchen Uhrzeiten muss in Basel eine Parkgebühr erhoben werden?
2. Ist das Parken am Samstag und Sonntag kostenfrei? Wie ist es an Feiertagen?
3. Viele Städte starten Initiativen, dass man das Parken kostenfrei machen soll, so dass mehr Leute zum Einkaufen in die Stadt kommen. Wie sieht das die Basler Regierung?
4. Wenn jemand mit dem Auto nach Basel kommt, wo kann er kostenfrei sein Auto abstellen?
5. Wieviele Straftäter werden zur Zeit in Basel verfolgt?
6. Wieviele Täter sitzen in Untersuchungshaft?
7. Wieviele Täter sitzen im Gefängnis in Basel?
8. Wenn es zu wenig Gefängnis-Plätze in Basel gibt, in welche Kantone werden dann die Täter gebracht?

9. Könnte sich Basel-Stadt vorstellen, Gefängnis-Täter im Ausland ihre Strafe absitzen zu lassen? Denn es kommt uns Basel billiger. Viele alte Leute gehen auch ins Altersheim nach Indien oder nach Thailand. Es ist dort billiger. Könnte Basel in Indien oder Thailand oder auch im nahen Elsass fragen, ob man dort Kriminelle unterbringen kann? Ein Beispiel: Ein Täter kostet den Kanton für einen Tag im Gefängnis doch Fr. 850. Im Ausland würde es solche Plätze schon ab Fr. 15 pro Tag geben.

Eric Weber

60. Schriftliche Anfrage betreffend 60 neue Tramzüge aus Bautzen für Basel

14.5632.01

Als einziger Basler Grossrat hatte ich kürzlich die Möglichkeit, mir in Bautzen die Herstellung der neuen Basler Tramzüge bei Bombardier anzuschauen. Bei einer zweistündigen Werks-Führung (ganz für mich alleine) wurde ich in die Geheimnisse des Tram-Baus eingeweiht. Auf meiner Besucherkarte stand: Landtagsabgeordneter Eric Weber. Früher war ich in der Region Bautzen als festangestellter Reporter der Sächsischen Zeitung (Auflage damals 390'000 Exemplare) tätig. So kehrt man immer wieder gerne in seine "alte" Heimat zurück.

Bombardier Flexity Strassenbahnen für Basel sorgen dank der Nutzung plattformspezifischer, modularer Komponenten für maximale Passgenauigkeit aus sämtlichen Tramstrecken der Stadt. Diese einzigartige Flexibilität erlaubt es Bombardier, Basel ein Tram zu liefern, die auf die Bedürfnisse der BVB, der Stadt und der Bevölkerung exakt zugeschnitten ist.

Diese Flexity Tram wurde eigens für die Stadt Basel weiterentwickelt, um ein eigenständiges Fahrzeugdesign zu schaffen, das die kulturelle Vielfalt der Stadt treffend zum Ausdruck bringt.

Für die Basler ist das "Drämmli" eine Herzensangelegenheit - der öffentliche Verkehr hat hier seit 1895 eine enorme Bedeutung. Dies verpflichtet zu einem Raumkonzept, das voll und ganz auf die Kundenbedürfnisse ausgerichtet ist. Das Tram schafft durch Niederflerbauweise, breite Gänge, grosse Fenster und verglaste Türen ein sicheres, geräumiges und offenes Ambiente und ermöglicht den Fahrgästen vor allem: die freie Sicht auf die Schönheiten von Basel.

Das Fahrzeug ist in zwei Längen verfügbar und 2,3 Meter breit. Die fünfteilige Variante ist 31,6 Meter lang und bietet 183 Fahrgästen Platz. Die siebenteilige Variante ist 42,9 Meter lang und bietet 256 Passagieren komfortabel Platz.

Die Flexity Basel Strassenbahn setzt neue Massstäbe in Energie- und Instandhaltungswirtschaftlichkeit, hochwertige Ausführung und Verarbeitung, Komfort und Sicherheit für Fahrgäste, Fahrer und Betriebspersonal.

Auf dem Prospekt von Bombardier kann ich auf der Rückseite folgendes lesen:

Vertragsabschluss mit Basel war der Januar 2012. Für den Fahrzeugtyp Flexity Basel. Und die Stückzahl beträgt 60.

Bombardier liefert z.B. auch nach Kassel oder nach Frankfurt und in viele andere Städte (so nach Brüssel, wo die Trams sogar Ledersitze haben). Vergleicht man da die Grösse der Stadt und die Anzahl verkaufter Trams, so fällt auf, dass Basel eine grosse Stückzahl fest bestellt hat.

1. Wann werden die nächsten neuen Trams aus Bautzen in Basel erwartet?
2. Gibt es schon eine Übersicht, bis wann die anderen 58 Trams nach Basel geliefert werden?
3. Werden alle Trams mit Holzstühlen ausgestattet sein?
4. Könnte man ein paar Basler Trams wie die Trams in Brüssel mit Ledersitzen ausstatten?
5. Wohin werden alte Basler Trams verkauft oder verschenkt? Ich bitte um eine Übersicht.
6. Wurden früher nicht einmal alte Trams nach Rumänien sogar verschenkt? Oder waren das alte BVB-Busse?

Eric Weber

61. Schriftliche Anfrage betreffend wie teuer kam der Regierung der Bordell-Prozess FKK Club Basel zu stehen

14.5633.01

In der Zeitung "Vogel Gryff" vom 16. Oktober 2014 steht auf S. 7: "Weil das Bau- und Gewerbeinspektorat (BGI) im Fall Amerbachstrasse bei der Schliessungsfrage unterlag, musste es einen grossen Teil der Anwaltskosten des Bordellbetreibers übernehmen."

Wie Grossrat Eric Weber recherchiert hat, handelt es sich beim Bordellbetreiber um Herrn Sch. aus Deutschland. Er ist Deutscher. Hat sein Büro in der Nähe vom Voltaplatz und empfängt seine Gäste, wie auch mich, dort in einem Cafe. Herr Sch. hat noch mehrere Bordelle in Deutschland. Damit der Kunde Abwechslung hat, werden die Mädchen immer von einem Club zum anderen Club ausgetauscht. Die Nachfrage bestimmt das Angebot. Oder wie geht wieder dieser Werbespruch.

In der Amerbachstrasse verkehren vor allem Mädchen aus Rumänien und dem sonstigen Ost-Europa. Die Mädchen aus Rumänien machen rund 80 % der dort anschaffenden Damen aus.

Beim FKK Club Amerbachstrasse wird Sex angeboten. Es hat also nichts mit einer Sport-Sauna zu tun. Und daher nennt man sich, modern-deutsch: Sauna-Klub. Aber mit einer normalen, richtigen Sauna hat das wiederum gar nichts zu tun.

Dem Schreibenden dieser Zeilen liegen Mails von einer jungen Frau aus Rumänien vor, die in der Amerbachstrasse seit 2012 bis heute arbeitet. Sie bittet um Geld für ihre angeblich kranke Mutter in Rumänien.

1. Will die Basler Regierung, dass der FKK Club Amerbachstrasse zugemacht wird?
2. Wenn ein Kunde im FKK Club Amerbachstrasse mit einer Frau aufs Zimmer geht, macht er sich dann auch strafbar, weil dort scheinbar kein Bordell genehmigt ist?
3. Warum konnte der Kanton den FKK Club Amerbachstrasse nicht zumachen?
4. In der Zeitung steht, der Kanton muss nun Anwaltskosten vom Bordell-Betreiber bezahlen. Wie hoch sind genau die Kosten, die der Kanton an den Anwalt vom Bordell-Besitzer bezahlen muss?
5. Und wie hoch sind die Anwaltskosten, die der Kanton bisher für seinen eigenen Anwalt bezahlen musste? Oder fallen keine Kosten an, weil der Anwalt evt. in Diensten des Kantons steht?
6. Wieviele Anwälte stehen im Dienst vom Kanton und arbeiten für diesen auch vor Gericht?
7. Wenn der Anwalt im Bordell-Prozess nicht beim Kanton angestellt ist, warum hat man für diesen Prozess (um Geld zu sparen) nicht einen Kantons-Anwalt genommen, der beim Kanton angestellt ist und daher kostenfrei arbeitet?
8. Will der Kanton, dass der Basel FKK Club zumacht oder bestehen bleibt?

Eric Weber

62. Schriftliche Anfrage betreffend Krankenpfleger ohne Ausbildung aus dem Ostblock

14.5634.01

Durch meinen Grossrat Martin Gschwind habe ich Kenntnis von folgendem Sachverhalt: Bei der Firma A. wurden viele Leute eingestellt, ohne dass diese den SRK Ausweis haben, so schreibt es mir Martin Gschwind. Den Patienten wird aber eine Abrechnung gestellt, als hätten die Mitarbeiter aus Rumänien einen SRK-Ausweis.

Weiter kommen die Krankenpfleger mit dem Velo, aber es würde abgerechnet als wäre man mit dem Dienstauto gekommen.

1. Darf man Krankenpfleger ohne SRK Ausweis zu den Patienten schicken?
2. Darf die A. die Arbeit so in Rechnung stellen, als wären diese Krankenpfleger gelerntes Personal?
3. Wie ist es mit den Fahrkosten, wenn der Pfleger mit dem Velo kommt? Es fällt ja dann kein Benzin an.
4. Darf eine Firma die AHV-Bezüge vom Lohn abziehen? Und wenn der Lohn unter 1'800 Franken ist, muss die Firma die Bezüge nicht einzahlen?

Eric Weber

63. Schriftliche Anfrage betreffend mehr Transparenz in Basel

14.5635.01

Transparenz ist ein hoher Wert in einer demokratischen Gesellschaft.

Entscheidungsprozesse sollten durchschaubar, die ihnen zugrunde liegenden Fakten öffentlich zugänglich und das Ergebnis unabhängig von den Interessen einzelner Beteiligten sein. So weit der Idealzustand.

Tatsächlich ist die Sache komplizierter. Häufig werden Entscheidungen schnell gefällt, um einen - möglichen - Schaden von der Bevölkerung abzuwenden. Daten sind bisweilen widersprüchlich, müssen interpretiert werden. Interessen und Motive sind so vielfältig wie die Gesellschaft selbst.

Das Grossrats-Wahlgesetz wurde seit 1992 schon x-fach abgeändert. Aber egal wie auch immer, man kann damit Eric Weber nicht verhindern.

1. Was macht der Regierungsrat für die Transparenz in der Basler Politik?
2. Warum bestimmt der Regierungsrat, wann die nächsten Grossrats-Wahlen statt finden?
3. Warum hat das Parlament kein Mitspracherecht, selbst zu bestimmen, wann die nächsten Grossrats-Wahlen

stattfinden?

4. Will der Regierungsrat ein neues Grossrats-Wahlgesetz? Sollte so ein Gesetz kommen, werden nur noch vier Parteien im Parlament vertreten sein. Und dies sind: SP und vereinte Linke, mit Grünen. FDP fusioniert mit LDP und ein paar Christlichen. SVP. Und die Volks-Aktion.

Eric Weber

64. Schriftliche Anfrage betreffend Sprechstunde für Bürger

14.5636.01

Es gibt viele unzutreffende, aber auch manche berechtigte Kritik am Zustand unseres politischen Systems.

Das Urteilsvermögen auch des einfachen Bürgers kann wachsen. Und immer mehr Menschen sind bereit und in der Lage, zwischen der grundsätzlichen Zustimmung zu unserem Kanton und seiner Verfassung auf der einen Seite und den Zuständen, in denen sich seine Institutionen und seine handelnden Personen befinden, zu unterscheiden.

Der Bürger hat immer mehr Fragen. Es gibt immer mehr Zeitungen. Es gibt immer mehr im Internet und es gibt immer mehr über die Handys. Es entstehen ganz neue Nachrichten-Kanäle.

Selbst als Grossrat kann man den Überblick leicht verlieren.

Die Behörde hängt sich ab und fristet ihr Dasein in einem Elfenbeinturm. Bürger die fragen, werden oftmals nur als lästig empfunden.

Es gibt Stadtteil-Sekretariate. Aber die Übersicht ist etwas unübersichtlich.

1. Warum kann der Regierungsrat nicht eine Sprechstunde für die Bevölkerung einrichten?
2. Wenn das der Regierungsrat nicht will, warum kann man im Grossen Rat nicht einmal pro Monat eine "Aktuelle Stunde" einführen, wo wenigstens die Grossräte der Regierung Fragen stellen können?

Eric Weber

65. Schriftliche Anfrage betreffend wie teuer kommt die Werbung für Basel bei dj

14.5637.01

Auch in der neuen Zeitschrift (geht nur an Journalisten) von dj deutsche journalisten dienste GmbH und Co. KG, Bahnhofstr. 44 in D-97234 Reichenberg ist eine ganze Seite über Basel.

Unter dem Titel "Ganz Basel feiert" wird auf den grössten Jahrmarkt der Schweiz aufmerksam gemacht, der am 25. Oktober seine Pforten öffnet. Gemeint ist die Basler Herbstmesse 2014.

Es steht: "1471 bewilligte Kaiser Friedrich III. auf dem Reichstag zu Regensburg dem Basler Bürgermeister für ewige Zeiten die Basler Herbstmesse. Seit mehr als 535 Jahren lockt der grösste und traditionsreichste Jahrmarkt der Schweiz jährlich Jung und Alt in die Stadt am Rhein. Pünktlich um 12 Uhr am 25. Oktober läutet die Messglocke der Kirche zu Sankt Martin das Spektakel ein, zu dem rund eine Million Menschen aus dem In- und Ausland erwartet werden. Ganz Basel ist dann 14 Tage lang in Feierlaune."

Bei Foto steht: dj, Basel Tourismus. Infos unter www.basel.com

Autor: Beate Fuchs. Quelle: Basel Tourismus und Convention Bureau, Basel, Schweiz

1. Wieviel muss für eine solche Werbe-Seite bezahlt werden?
2. Mit einer Antwort, das geht alles über das Budget von Basel Tourismus, bin ich nicht einverstanden. Ich will bitte konkret wissen, was genau diese einzelne Werbe-Seite in einer Zeitschrift, die nur an Journalisten geht, bitte kostet?
3. Wie lange ist schon die Zusammenarbeit zwischen Basel Tourismus und dj deutsche journalisten dienste?

Eric Weber

66. Schriftliche Anfrage betreffend Plakataktionen während den nächsten Grossratswahlen 2016

14.5638.01

Ich bezweifle, dass sich durch Plakate die Bekanntheit von Kandidaten stark erhöht. Bekanntheit lässt sich eher durch persönliche Auftritte erhöhen.

Selbst ein Händeschütteln in der Fussgängerzone bringt mehr als 1000 Plakate.

Dennoch will und muss die Volks-Aktion bei kommenden Wahlen auch an Plakate denken. Auf dem Weg durch die

Instanzen, bis in die Basler Regierung im Jahr 2020, ist es noch ein langer Weg. D.h. es muss nur noch ein Schritt erfolgen: der Schritt vom Parlament in die Regierung. Dieser Übergang gilt es jetzt zu meistern.

Die VA hat bei den letzten GR-Wahlen vom 28. Oktober fast 6 % aller Stimmen im Kleinbasel erzielt.

1. Politische Parteien dürfen in Basel Plakate aufhängen. Wie ist aber deren Verteilung? Darf eine grosse Partei daher mehr Plakate aufhängen?
2. Ist die Basler Plakatgesellschaft für die politischen Plakate zuständig?
3. Wenn die VA bei der GR-Wahl 2016 auch Plakate aufhängen will, wohin muss man sich da bitte wenden?
4. Hat das Wahlbüro etwas mit den Plakaten zu tun? Anders gefragt: Gibt es Kontingente?
5. Ab wann dürfen Plakate aufgehängt werden? Drei Monate vor der Wahl oder erst zwei Monate vor der Wahl? Grossrat Haller hat schon im Juli 2012 Plakate hängen gehabt, für die Wahl vom 28. Oktober 2012. Er war der erste auf Wahlplakaten, wie die VA die erste Partei war, die schon im Juli 2012 Wahlprospekte in Briefkästen tat.

Eric Weber

67. Schriftliche Anfrage betreffend Zugang zu Räumlichkeiten im Rathaus

14.5639.01

Selbst unter Grossräten herrscht oftmals grosse Unsicherheit, wer für was überhaupt im Rathaus zuständig ist. Unser Rathaus ist Sitz von der Regierung und auch Sitz vom Kantonsparlament. Mit der Grossrats-Karte kann man auch in einzelne Büros im Rathaus. Die Tür öffnet sich dort. Es ist so für die Grossräte eingerichtet, damit Sie z.B. einmal eine Kopie machen können.

1. Wer hat überhaupt das Hausrecht im Rathaus? Ein Regierungsrat oder der Parlaments-Präsident?
2. Wer ist zuständig und Chef für die Grossräte. Der Regierungsrat oder der Grossrats-Präsident?
3. Welche Dienstleistungen kann ein Grossrat im Rathaus bei der Staatskanzlei bitte bekommen? Bitte zwei bis drei wichtige Dienstleistungen aufzählen?
4. Warum ist die Staatsschreiberin zuständig, um mit mir zu reden, wie Anfang 2013 geschehen, um mir mitzuteilen, ich dürfte nur fünf Briefe pro Monat versenden? Obwohl ganz klar ist, dass ich als aktiver Grossrat, der in keiner einzigen Kommission ist, viel aktiver als andere Parlamentarier sein muss, um nicht in der Masse der Abgeordneten unter zu gehen.

Eric Weber

68. Schriftliche Anfrage betreffend wie kann die Balkanisierung gestoppt werden

14.5640.01

Laut "The Daily Express" vom 11. Oktober 2008 will Brüssel weitere 50 Millionen Nordafrikaner nach einem Geheimplan der EU nach Europa holen. Bislang sind schon geschätzte 35 - 50 Millionen Afrikaner und Asiaten in Europa, mit Schwerpunkt England, Frankreich, Deutschland und die Schweiz.

Damit ist die schleichende Landnahme durch raumfreie Zivilokkupanten in eine galoppierende übergegangen.

Die Ursachen der gezielten, hochverbrecherischen und scheinbar unaufhaltsam aufwachsenden Überfremdung liegen tatsächlich in einem Plan gewisser Hintergrundmächte, weltweit mit Schwerpunkt Europa eine Mischbevölkerung zu schaffen, die mangels ausreichender schöpferischer Fähigkeiten leicht zu lenken ist.

Gekoppelt ist die Umvolkung mit der Balkanisierung aller Staaten - also der Aufsplitterung - wie wir sie gegenwärtig vornehmlich im Vorderen Orient und in Nordafrika erleben, aber auch in Europa - siehe Spanien, England und Italien. Als weiteres Element der Völkervernichtung kommt der zentral gelenkte, sozialistische Einheitsstaat "Europäische Union" ins Spiel, bestehend aus vielen kleinen, für sich kaum lebensfähigen aber gut lenkbaren Einheiten als Opfer der Balkanisierung.

Ich hätte diese Anfrage niemals geschrieben, wenn nun nicht im Sommer 2014 die Basler Regierung eine Kampagne gegen Fremdenfeindlichkeit gestartet hätte. An die eigene Basler Bevölkerung, die abgehängt noch im Kleinbasel lebt, denkt doch die Regierung nicht. Im Kleinbasel ist nicht mehr viel zu retten.

Nur noch durch vermehrtes Aufstellen von Kameras, ist die Sicherheit für die Kleinbasel zu gewährleisten.

1. Wieviele öffentliche oder versteckte Video-Kameras gibt es zur Zeit im Kleinbasel?
2. Weil die Kleinbasler Angst haben, vor Ausländern (und nicht etwa vor Eric Weber, wie das die Staatsanwaltschaft erfindet), kann die Regierung dafür Sorge tragen, dass im Kleinbasel mehr Video-Aufnahmen erfolgen?

3. Weiss die Basler Polizei, dass es sogenannte Kriminalitäts-Brennpunkte im Kleinbasel gibt? Anders gefragt: Weiss die Polizei, dass man im Kleinbasel mehr Polizisten haben muss, als z.B. auf dem Bruderholz oder in Riehen?
4. Was unternimmt die Regierung gegen die Balkanisierung Kleinbasels?
5. Warum gibt es nicht einmal eine Kampagne gegen die Balkanisierung Kleinbasels? Aber immer schön gegen die eigene Bevölkerung schiessen. Eric Weber empfindet die Kampagne gegen Fremdenfeindlichkeit als einen Angriff von ganz oben gegen die VA.

Eric Weber

69. Schriftliche Anfrage betreffend wie kann die Kantonsverwaltung abgespeckt werden

14.5641.01

Basel hat einen weiteren Weltrekord. In keinem anderen Land der Welt arbeiten soviele Einwohner beim Kanton. Nichtmal in Nordkorea hat man so viele Staats-Bedienstete, sprich Kantons-Bedienstete, wie in Basel.

Die Volks-Aktion sagt daher: Bitte nur so viel Staat wie nötig.

Politik und Verwaltung in Basel sprechen sich stets neue Aufgaben zu, obwohl sie ohnehin überfordert sind, besonders finanziell. Aber in der Zukunft wird es nicht ohne Selbstbeschränkung gehen.

Der Staat übernimmt staatsferne Aufgaben und bläht sich dadurch immer mehr auf. Die wachsende Bürokratie führt dazu, dass Wirtschaft und private Haushalte mit zusätzlichen Aufgaben belastet werden und die Kosten im öffentlichen Sektor stetig steigen.

Ein logischer Schritt wäre, den Staat abzuspecken und zu analysieren, was in die private Eigenverantwortung oder in die Hand von Public Private Partnerships gelegt werden kann. Doch die Politik tut sich schwer damit, weil dann gewisse Machtpositionen abgegeben und öffentliche Stellen zugunsten der Privatwirtschaft abgebaut werden müssten. Da die öffentlichen Bediensteten aber einen bedeutenden Wähleranteil stellen (in Basel steht es schon bei rund 30 % der Wähler) wäre eine solche Massnahme für die Regierung höchst unpopulär. So dreht sich die Spirale weiter.

1. Wie kann die Kantonsverwaltung abgespeckt werden?
2. Wäre es nicht sinnvoll, wenn Kantonsangestellte nicht mehr im Grossen Rat vertreten wären? Denn Bundesangestellte dürfen ja auch nicht Nationalräte sein.
3. Schafft sich die Regierung mit ihren Kantonsangestellten, in Form von Abgeordneten im Kantonsparlament, nicht so eine eigene Hausmacht? Was ganz klar gegen die Gewaltenteilung spricht und daher nicht ganz mit dem Gesetz konform ist?
4. Ist es richtig, dass der Kanton seinen Mitarbeitern am nächsten Morgen frei gibt, wenn diese am Vortag bis um 23 Uhr im Grossen Rat anwesend waren?
5. Wie verhält es sich mit Grossräten, die beim Kanton angestellt sind? Die Grossräte bekommen doch ein Sitzungsgeld. Wird dieses Sitzungsgeld mit dem normalen Lohn als Kantons-Angestellter gegen gerechnet?
6. Wenn nein, warum wird das Sitzungsgeld nicht gegen gerechnet? Dann bekommt ein Kantonsangestellter seinen vollen Lohn zu 100 % vom Kanton und dann noch zusätzlich die rund 1'000 Franken pro Monat als Grossrat.
7. Wenn ein Kantonsangestellter im Parlament anwesend ist, wie ist das dann geregelt. Wird er für die Sitzungen für das Parlament frei gestellt, bei weiterer voller Lohn-Fortzahlung? Warum gibt es dann keinen Lohnabzug?
8. Wie ist es bei den zahlreichen Kommissions-Sitzungen? Wenn es ein Kantons-Angestellter schlaue macht, dann ist er fast nur noch an Grossrats- und Kommissions-Sitzungen anwesend und fehlt auf seiner normalen Arbeit beim Kanton. Wie ist dies bitte geregelt?

Eric Weber